



Bundesministerium  
für Verkehr, Bau  
und Stadtentwicklung



NATIONALE  
STADT  
ENTWICKLUNGS  
POLITIK

# 5 Jahre LEIPZIG CHARTA – Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt

Integrierte Stadtentwicklung in den 27 Mitgliedstaaten der EU  
und ihren Beitrittskandidaten





## **5 Jahre Leipzig Charta – Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt**

Integrierte Stadtentwicklung in den 27 Mitgliedstaaten der EU und ihren Beitrittskandidaten

# Inhalt

<b>Grußwort</b> .....	6
<b>Einleitung</b> .....	8
<b>1 LEIPZIG CHARTA:</b>	
<b>Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen europäischen Stadt</b> .....	10
<b>2 Herausforderungen für eine integrierte Stadt(teil)entwicklung in Europa</b> .....	12
<b>3 Integrierte Stadt(teil)entwicklungspolitik als Instrument einer nachhaltigen Stadtentwicklung</b> .....	16
<b>4 Fünf Jahre LEIPZIG CHARTA – Entwicklungen in Europa</b> .....	19
<b>5 Integrierte Stadtentwicklung in den 27 Mitgliedstaaten der EU, ihren Beitrittskandidaten sowie in Norwegen und der Schweiz</b> .....	22
<b>A Länder mit umfassenden nationalen Programmen zur integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)</b> .....	23
Belgien .....	23
Dänemark .....	25
Deutschland .....	27
Finnland .....	28
Frankreich (mit Fallbeispiel Lyon – Pentes de la Croix-Rousse) .....	29
Großbritannien .....	33
Irland .....	34
Italien .....	36
Niederlande (mit Fallbeispiel Amsterdam – Nieuw-West) .....	38
Schweden .....	41
Schweiz .....	42
<b>B Länder mit nationalen oder regionalen Programmen oder mit nationalen Leitlinien für integrierte Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)</b> .....	43
Bulgarien .....	43
Island .....	45
Lettland .....	46
Litauen .....	47
Malta .....	48
Montenegro .....	49
Norwegen .....	50
Österreich .....	51
Polen .....	53
Portugal .....	54
Rumänien (mit Fallbeispiel Timișoara) .....	56
Slowenien .....	59
Spanien .....	60
Tschechische Republik .....	62
Ungarn .....	63
Zypern .....	65

C	Länder mit vorwiegend kommunalen Ansätzen	
	integrierter Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) .....	66
	Estland .....	66
	Griechenland .....	67
	Kroatien .....	68
	Luxemburg .....	69
	Mazedonien .....	70
	Serbien .....	71
	Slowakei .....	73
	Türkei .....	73
<b>6</b>	<b>Kontraste:</b>	
	<b>Integrierte Stadt(teil)entwicklung in Brasilien, China, Indien und den USA</b> .....	<b>75</b>
	Brasilien .....	76
	China .....	78
	Indien .....	80
	USA .....	82
<b>7</b>	<b>Der Stand integrierter Stadt(teil)entwicklung in Europa:</b>	
	<b>Zusammenfassung und Fazit</b> .....	<b>86</b>
	<b>Literatur</b> .....	<b>89</b>
	<b>Impressum</b> .....	<b>91</b>

# Grußwort

Unsere Städte und Gemeinden sind zentrale Orte und Akteure für die Bewältigung der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Es kommt also gerade auf die dort vorhandenen Strategien und Energien an, wenn wir unsere Städte nachhaltig entwickeln wollen – also klimagerecht, energieeffizient, anpassungsfähig, sozial gerecht, wirtschaftlich effizient und gestalterisch hochwertig.

Erfolgsbedingung für eine nachhaltige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden ist ein umfassend kooperativer Ansatz, der alle Partner zusammenbringt: aus der Bürgerschaft, aus der Verwaltung, aus Vereinen, Verbänden, der Wirtschaft und der Wissenschaft. Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 haben wir deshalb gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn die LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt als politisches Rahmenwerk vereinbart.

Fünf Jahre danach ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Die Fragen lauten: Inwiefern wird von den Prinzipien, auf die wir uns in der LEIPZIG CHARTA verständigt haben, Gebrauch gemacht? In welchen zentralen Punkten haben wir die LEIPZIG CHARTA umgesetzt? Bei welchen Themen müssen wir noch effizienter zusammenarbeiten, um unsere knappen Ressourcen optimal einzusetzen? Welche Aufgaben stehen uns noch bevor? Diese und weitere Fragen werden wir im Oktober 2012 auf einer internationalen Konferenz, der wir bewusst den Titel „Städtische Energien“ gegeben haben, mit nationalen und internationalen Partnern diskutieren.

Die vorliegende Studie gibt einen Überblick über die Vielzahl an Strategien, mit denen bislang die Staaten der Europäischen Union und darüber hinaus Antworten auf die Fragestellungen der LEIPZIG CHARTA gefunden haben. Diese Antworten sind so vielfältig wie die Städte selbst. Die Studie zeigt aber auch: Bei allen Unterschieden gibt es gemeinsame Trends. Gerade angesichts knapper werdender Ressourcen gewinnen integrierte Ansätze in der Stadtentwicklungspolitik immer mehr an Bedeutung. Denn Zusammenarbeit macht stark. Die Beispiele zeigen zudem eindrucksvoll, dass die Grundsätze der LEIPZIG CHARTA vielerorts Eingang in die Praxis der Kommunen gefunden haben – mit beachtlichen Erfolgen.



Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine interessante und aufschlussreiche Lektüre!

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Peter Ramsauer'.

Dr. Peter Ramsauer MdB  
Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

# Einleitung

Fünf Jahre nach Annahme der „LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt“ im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 beauftragte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), vertreten durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit einer Untersuchung der Frage, inwieweit von der Charta Impulse für eine integrierte Stadt(teil)entwicklung in den 27 Mitgliedstaaten der EU, ihren sechs Beitrittskandidaten Island, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Türkei sowie in den beiden EFTA-Staaten Norwegen und Schweiz ausgegangen sind bzw. wie der jeweilige Status quo entsprechender Politiken dort ist.

Ein Ziel der Untersuchung ist es, die Prozesse der deutschen Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ stärker in einen internationalen Fokus zu stellen. Dazu wird der Vergleich der betrachteten 33 Länder mit Blick auf Herausforderungen und Strategien integrierter Stadt(teil)entwicklung um eine kontrastierende Darstellung ähnlicher Ansätze in China und den USA sowie zwei der BRISE-Staaten (Brasilien, Indien) erweitert.

Die Untersuchung basiert auf dem vom Difu im Zuge der Vorbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 erstellten Hintergrundpapier „Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt“ und schreibt dieses fort. Methodisch stand die Analyse von Dokumenten zur integrierten Stadt(teil)entwicklung in den betrachteten Ländern im Vordergrund. Zusätzlich wurden drei Fallstudien in Amsterdam (Niederlande), Lyon (Frankreich) und Timișoara (Rumänien) durchgeführt, um den jeweiligen Kenntnisstand durch Interviews mit Vertreter/innen von Kommunalverwaltungen sowie der Quartiersebene zu vertiefen.

Der Auseinandersetzung mit den zentralen Elementen der LEIPZIG CHARTA (Kapitel 1) folgen in vorliegendem Untersuchungsbericht eine Betrachtung zentraler Herausforderungen für Stadtentwicklung in Europa (Kapitel 2), die Darstellung des Instruments integrierte Stadt(teil)entwicklung und seiner Elemente (Kapitel 3) sowie die Reflexion der Weiterentwicklung dieses Strategieansatzes im Zuge der EU-Ratspräsidentschaften seit 2007 (Kapitel 4). Die Dokumentation entsprechender Ansätze in den EU-Mitgliedstaaten und -Beitrittskandidaten sowie in Norwegen und der Schweiz (Kapitel 5) wird mit Darstellungen stadtentwicklungspolitischer Herausforderungen und Lösungsansätze in Brasilien, China, Indien und den USA kontrastiert (Kapitel 6). Abschließend werden die zentralen Ergebnisse der Untersuchung zusammenfassend dargestellt (Kapitel 7).

# 1 LEIPZIG CHARTA: Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nach- haltigen europäischen Stadt

Integrierte Stadt(teil)entwicklung hat während der letzten zehn Jahre in vielen EU-Mitgliedstaaten an Bedeutung gewonnen. In besonderem Maße hervorgehoben wurde dies in der „LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt“, die anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007 im Zuge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (erstes Halbjahr 2007) angenommen wurde. In dem Dokument heißt es unter anderem: „Die Ministerinnen und Minister verpflichten sich dazu, (...) das Instrument der integrierten Stadtentwicklung voranzubringen (...) [und] die Governance-Strukturen für deren Umsetzung zu unterstützen.“ (LEIPZIG CHARTA: 1) Dies geht mit der eindeutigen Empfehlung einher, „die Ansätze einer integrierten Stadtentwicklung stärker zu nutzen“ (ebd.: 2).

Unter anderem wird in der LEIPZIG CHARTA festgestellt, dass „alle Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung gleichzeitig und gleichgewichtig zu berücksichtigen [sind]. Hierzu zählen wirtschaftliche Prosperität, sozialer Ausgleich und gesunde Umwelt“ (ebd.: 1f.). Es müsse darum gehen, die Potenziale europäischer Städte in den Bereichen kulturelle und bauliche Qualitäten, soziale Integration und ökonomische Entwicklung mit einem ganzheitlichen Ansatz zu heben. Gleichzeitig wird jedoch konstatiert, dass „demografische Probleme, soziale Ungleichheit, Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen, ein Bedarf an preisgünstigen und geeigneten Wohnungen und Umweltprobleme erkennbar“ sind (ebd.: 2), die ebenfalls zu den Herausforderungen der Stadtentwicklung gehören. Stark zusammengefasst stehen in der LEIPZIG CHARTA also zwei Fragen im Vordergrund, denen mit Ansätzen integrierter Stadtentwicklung begegnet werden soll:

1. Wie können lokales Wirtschaftswachstum, internationale und interregionale ökonomische Konkurrenzfähigkeit und – damit verbunden – die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten als ein Pfeiler der Zukunftsfähigkeit und -sicherung europäischer Städte erreicht werden?
2. Wie können dabei Bevölkerungsgruppen und städtische Teilräume, denen eine Abkopplung von lokaler Wirtschaftsentwicklung, vom städtischen Arbeitsmarkt und sozial-räumlichen Zusammenhängen droht, an den angestrebten Entwicklungen beteiligt werden, um Städte als gesellschaftliche und räumliche Einheiten zu erhalten?

Diese beiden Aspekte wurden während aller EU-Ratspräsidentschaften seit dem Jahr 2000 als wichtige Eckpfeiler einer nachhaltigen Stadtentwicklung betont und fanden bereits vor Annahme der LEIPZIG CHARTA ihren Ausdruck in Beschlussfassungen der informellen Ministerräte zur Stadtentwicklung. Anlass dafür waren die besonderen Herausforderungen, denen sich die Städte Europas seit mehr als zwanzig Jahren stellen müssen, um ihre Entwicklungspotenziale nutzen zu können.

## 2 Herausforderungen für eine integrierte Stadt(teil)entwicklung in Europa

Die europäische Stadt ist nicht nur eine geographische Verortung, sondern ein erfolgreiches Raum-, Sozial-, Politik- und Wertemodell. Sie ist historisch gewachsener Identifikationsort gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt, seit jeher Motor der sozialen Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, Ort einer gemeinschaftlich organisierten Daseinsvorsorge, Zentrum der Wirtschaftsentwicklung und an die jeweiligen regionalen Rahmenbedingungen angepasste Siedlungsform. Um diese Qualitäten bewahren zu können, müssen europäische Städte im Rahmen zukunftsgerichteter Handlungsstrategien auf verschiedene Entwicklungstrends reagieren.

### Anpassung von Strategien für Wirtschaftswachstum

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise geht es insbesondere in den Städten und Stadtregionen darum, mittels geeigneter Wirtschaftswachstumsstrategien wieder handlungsfähiger zu werden. Dazu gehören die in der Strategie „Europa 2020“ genannten drei Prioritäten „Intelligentes Wachstum“ (Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft), „Nachhaltiges Wachstum“ (Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft) sowie „Integratives Wachstum“ (Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt) (EU-KOM 2010).

### Klimaschutz und Bewältigung der Folgen des Klimawandels

Beim Umgang mit dem Klimawandel stehen die Verringerung der Treibhausgas-Emissionen (Mitigation) sowie Maßnahmen zur Anpassung an klimatische Veränderungen (Adaption) auf der Agenda. Insgesamt sollen in der EU bis 2020 eine Verringerung der Treibhausgas-Emissionen um 20 Prozent im Vergleich zu 1990, die Erhöhung des Erneuerbare-Energien-Anteils auf 20 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs sowie die Erhöhung der Energieeffizienz mit einem Einsparpotenzial von 20 Prozent des Energieverbrauchs erreicht werden. Hier müssen vor allem die emissionsstarken Bereiche Wohnen, Verkehr, Gewerbe und Industrie mit hohen Einsparpotenzialen in den Blick genommen werden. (Bauliche) Anpassungen der Städte und Gemeinden an den Klimawandel sind notwendig, weil sie zunehmend von Starkregen, Stürmen, Hitzeperioden und Trockenheit betroffen sein können (vgl. BBSR 2010). Die Städte sind also damit konfrontiert, Konzepte für eine energetische Restrukturierung in den Bereichen Energie (Versorgung), Gebäude (Erhöhung der Energieeffizienz),

Verkehr, Infrastruktur sowie insgesamt für eine in dieser Hinsicht optimierte Stadtstruktur zu entwickeln und umzusetzen.

### Umgang mit dem demographischen Wandel

Mit dem demographischen Wandel sind die Herausforderungen verbunden, adäquat auf die proportionale Zunahme alter und hochbetagter Menschen zu reagieren (altersgerechte Stadt- und Quartiersentwicklung, altersgerechte Umgestaltung von Wohnraum, altengerechte Anpassung von Dienstleistungs- und Mobilitätsangeboten etc.) und Strategien für den Umgang mit der relativen Abnahme der Zahl junger und gut ausgebildeter Menschen im erwerbsfähigen Alter zu finden (innovative integrative Bildungsstrategien, Partnerschaften von Bildungsinstitutionen und Wirtschaftsakteuren etc.). Auch gilt es, auf die zunehmende Ausdifferenzierung von Lebensstilen – Individualisierung, fragmentierte Familienbiographien etc. – zu reagieren. Schließlich geht es darum, Zuwanderer bzw. Menschen mit Zuwanderungshintergrund besser in die (Stadt-)Gesellschaft und in städtische Arbeitsmärkte zu integrieren (Förderung ethnischer Ökonomie, Sprachförderung, Partizipation etc.).

### Sicherstellung von sozial-räumlicher Kohäsion

Fragen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie – oftmals damit verbunden – innovative Bildungsstrategien stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Herausforderung, die sozial-räumliche Kohäsion in Städten bzw. Stadtgesellschaften sicherzustellen. Weil dieser Themenkomplex Handlungsansätze erfordert, die über baulich-technische Maßnahmen weit hinausgehen, und eine starke Verbindung von städtebaulichen, sozialen und wirtschaftlichen Themenfeldern ebenso zur Voraussetzung macht wie das Zusammenwirken unterschiedlicher Ebenen (Gesamtstadt, Quartiere) und einer Vielzahl von Akteuren aus Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, steht er oftmals im Mittelpunkt integrierter Strategien der Stadt(teil)entwicklung und nimmt daher auch in dieser Untersuchung breiten Raum ein. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf benachteiligten Quartieren als räumlicher Implikation sozialer Ausdifferenzierungen, die im Zuge der Globalisierung in Westeuropa spätestens seit Beginn der 1990er-Jahre deutlich sichtbar sind.

Zum Hintergrund dieser sozial-räumlichen und sozio-ökonomischen Entwicklungen gehören weit reichende wirtschaftliche Strukturveränderungen, die verkürzt

folgende Prozesse umfassen: Deindustrialisierung bei gleichzeitigem Wachstum eines auf neue Branchen und auf flexible Produktion ausgerichteten Industriesegments sowie eine expandierende Dienstleistungsökonomie, die sich in einen hochqualifizierten wissensbasierten Bereich (z.B. Forschung, Beratung) und ein gering qualifiziertes serviceorientiertes Segment unterteilt (z.B. Gastronomie, personenbezogene Dienstleistungen). Insbesondere in Ländern mit nur schwachem Wirtschaftswachstum führen die damit verbundenen veränderten Qualifikationsanforderungen des Arbeitsmarktes zu einer anhaltend hohen (Langzeit-)Arbeitslosigkeit vor allem unter nicht oder nur gering qualifizierten (männlichen) Arbeitskräften. Dabei zeigt sich, dass Zuwanderer in vielen Ländern überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen oder in den Niedriglohnsegmenten des Arbeitsmarktes beschäftigt sind. Im expandierenden Dienstleistungssektor – und hier auch im Niedriglohnsektor – sind in starkem Maße Frauen beschäftigt, deren Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung kontinuierlich zugenommen hat. Für viele gut ausgebildete junge Menschen stellt sich zunehmend das Problem eines teilweise extrem schwierigen Zugangs zu sicheren und gut bezahlten Segmenten des Arbeitsmarktes (vgl. u.a. Swianiewicz/Atkinson/Baucz 2011: 6). Mit diesen Polarisierungen – Beschäftigung versus Arbeitslosigkeit, gute Bezahlung versus Niedriglöhne, sichere versus prekäre Beschäftigungsmöglichkeiten – ist die Öffnung einer Einkommensschere verbunden, was unter anderem zu unterschiedlichen Konsummöglichkeiten beispielsweise auf dem Wohnungsmarkt führt. Günstiger Wohnraum ist meist in weniger attraktiven Quartieren konzentriert, wohin einkommensschwächere Haushalte auf der Suche nach einer erschwinglichen Wohnung ziehen, während sich viele Haushalte mit höheren Einkommen einen Wohnstandort in einem „besseren“ Quartier suchen. Durch solche kleinräumigen Segregationsprozesse wird soziale und räumliche Ungleichheit in den Städten verstärkt (vgl. u.a. Franke/Löhr/Sander 2000; Dohnke/Seidel-Schulze/Häußermann 2012).

In den mittel- und osteuropäischen Staaten bilden seit Ende der 1980er-Jahre nicht nur Globalisierungszusammenhänge, sondern auch die Folgen des Transformationsprozesses wesentliche Rahmenbedingungen für die Stadt(teil)entwicklung. Im Zuge der Marktliberalisierung wurden Unternehmen und in starkem Maße auch öffentliche Wohnungsbestände privatisiert, was unter anderem mit einem weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung einherging. Zwar gehören Einkommenseinbußen, Arbeitslosigkeit und Armut einzelner Bevölkerungsgruppen zu den Folgen der Transformation, jedoch sind sozio-ökonomische Segregation und damit

die sozial-räumliche Fragmentierung städtischer Räume in Mittel- und Osteuropa bisher weniger ausgeprägt als in den meisten westeuropäischen Staaten. In den Städten scheinen vor allem ökonomische Herausforderungen neben städtebaulichem Erneuerungsbedarf sowie Engpässen bei der Wohnungsversorgung zu dominieren.

Gleichwohl haben sich – wenn auch von Land zu Land mit unterschiedlicher Ausprägung – in Städten aller EU-Staaten benachteiligte Quartiere als Folge der Restrukturierungen herausgebildet. Dazu gehören

- vormals industriell geprägte Stadtteile, die heute vorrangig unter ökonomischen Schwierigkeiten sowie unter dem Problem großer Gebäude- und Flächenbrachen leiden,
- Quartiere, die erheblichen Umweltbelastungen – beispielsweise durch Lärmimmissionen in der Nähe großer Verkehrsstraßen – ausgesetzt sind,
- Innenstädte mit stagnierender oder rückläufiger Wirtschaftsentwicklung und nachlassender Anziehungskraft unter anderem aufgrund der Konkurrenz auf der „Grünen Wiese“,
- Wohnquartiere, deren städtebauliche Strukturen – vor allem die Wohn- und Wohnumfeldsituation – unzureichend erscheinen, sowie
- Wohnquartiere, in denen sich neben städtebaulichen und ökonomischen Schwierigkeiten auch soziale Probleme konzentrieren und die damit mehrfach benachteiligt sind.

Insbesondere diese mehrfach benachteiligten Stadtteile lassen sich meist durch eine Mischung komplexer, miteinander zusammenhängender Probleme charakterisieren. Dazu gehören (vgl. Franke/Löhr/Sander 2000: 247f., Ministerio de Vivienda 2006: 1ff.):

- städtebauliche Probleme: hoher Sanierungsbedarf auch unter dem Aspekt der Energieeffizienz, Desinvestition, Leerstand, Verfall etc.,
- lokalökonomische Probleme: zurückgehender Einzelhandel, unzureichendes (wohnortnahes) Arbeitsplatzangebot etc.,
- unzureichende Versorgungs-, soziale und kulturelle Infrastruktur (z.B. fehlende Treffpunkte für Jugendliche),
- sozialökonomische Probleme: niedriges (Aus-)Bildungsniveau der Quartiersbevölkerung, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, Kaufkraftverlust, Armut etc.

- sozialstrukturelle Probleme:  
soziale Entmischung, überdurchschnittliche Anteile von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund etc.,
- soziale Probleme:  
Konzentration einkommensschwacher Haushalte, Konflikte zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen, instabile Familienstrukturen, schulische Probleme bei Kindern und Jugendlichen, fehlendes Zusammengehörigkeitsgefühl, Vereinsamung, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, weit verbreiteter Drogen- und Alkoholmissbrauch, fehlende soziale Netzwerke etc.,
- Umweltprobleme:  
fehlende Grün- und Freiflächen, Lärm- und Abgasbelastungen etc.

Governance betont werden (MIF 2006). Mit der LEIPZIG CHARTA gewann das Instrument integrierte Stadt(teil)entwicklung während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 schließlich besonderes Augenmerk.

Benachteiligte Stadtteile können unter anderem die Attraktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit, die Integrationsfähigkeit sowie die allgemeine Sicherheit in Städten gefährden. Außerdem leiden viele Kinder und Jugendliche in solchen Stadtgebieten unter einer nur eingeschränkten Chancengleichheit in Bezug auf (Aus-)Bildung und Zugang zum Arbeitsmarkt, was angesichts der demographischen Entwicklung in vielen europäischen Ländern besonders problematisch ist.

Spätestens seit Ende der 1990er-Jahre wird daher mit wachsendem Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Städte Europas diejenigen Orte sind, in denen sich nicht nur die wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Entwicklungen am stärksten manifestieren, sondern dass sie auch die Hauptlast bei der Überwindung gesellschaftlicher Polarisierung und sozial-räumlicher Spaltung tragen. Die Europäische Kommission betont diese Zusammenhänge in mehreren Veröffentlichungen seit 1999. Auch während der EU-Ratspräsidentschaften, insbesondere Frankreichs im Jahr 2000, der Niederlande in 2004 und Großbritanniens in 2005, wurde bereits darauf hingewiesen. So sind im *Arbeitsprogramm von Lille* ökonomische Entwicklung und die Überwindung von Benachteiligung und Ausgrenzung als wesentliche Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung gleichermaßen verankert (Lille Priorities 2000; EU-KOM 2000). Sie stehen auch im Zentrum des in Rotterdam verabschiedeten *Urban Acquis* (BZK 2005: 2) und werden im *Bristol Accord 2005* unter britischer EU-Ratspräsidentschaft ebenfalls aufgegriffen (ODPM 2005a: 7; Swianiewicz/Atkinson/Baucz 2011: 8). Gleiches gilt für die Schlussfolgerungen der finnischen Ratspräsidentschaft im Jahr 2006, in denen nicht nur die Bedeutung ökonomisch leistungsfähiger Städte im Kontext ihrer Regionen, sondern auch sozialer Zusammenhalt und Beteiligung im Rahmen von

### 3 Integrierte Stadt(teil)entwicklungspolitik als Instrument einer nachhaltigen Stadtentwicklung

Im Hintergrundpapier „Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt“ (BMVBS 2007) zur LEIPZIG CHARTA wird vorgeschlagen, unter integrierten Ansätzen eine räumliche, zeitliche und sachliche Abstimmung und Vernetzung unterschiedlicher politischer Handlungsfelder und Fachplanungen zu verstehen, bei der unter Vorgabe bestimmter (finanzieller) Instrumente definierte Ziele erreicht werden sollen. Dabei spielt die frühzeitige und umfassende Einbindung aller für die nachhaltige Stadtentwicklung relevanten Akteure auch außerhalb von Politik und Verwaltung eine herausragende Rolle – dazu gehören zivilgesellschaftliche und Wirtschaftsakteure, allen voran die lokale Bevölkerung. Es geht um

- eine zunehmende Abkehr von einem strikten „top down“-Prinzip zugunsten einer Stärkung des „bottom up“-Ansatzes und des Wechselspiels zwischen beiden,
- die Orientierung von Zielformulierungen, Strategien, Maßnahmen und Projekten an spezifischen Teilräumen im Kontext gesamtstädtischer und teilweise auch regionaler Ansätze sowie
- eine stärkere Orientierung sektoraler Politiken und Handlungsfelder an den Problemen und Potenzialen, die in den jeweiligen städtischen Teilräumen zu identifizieren sind, beispielsweise das Problem sozial-räumlicher Ausgrenzung, welches alle Politikfelder berührt.

In der Praxis zeichnen sich Ansätze integrierter Stadt(teil)entwicklung durch einen dezidierten Gebietsbezug, die Bündelung von Ressourcen, die intensive Einbeziehung eines breiten Akteursspektrums auch außerhalb von Politik und Verwaltung sowie dafür geeignete Management- und Organisationsstrukturen aus; Grundlage für den Gesamtprozess sollte ein integriertes Entwicklungskonzept sein.

### Gebietsbezug

Der Gebietsbezug bildet die Grundlage nicht nur für die Identifizierung von Problemen und Potenzialen einzelner städtischer Teilräume (Stadtteile, Quartiere), sondern auch für Kommunikation und Kooperation zwischen allen beteiligten Akteuren. Er ist damit zugleich Ausgangsbasis und Fokus integrierter Ansätze zur Stadt(teil)entwicklung. Erst der Gebietsbezug bietet die Möglichkeit, adressatenbezogene und damit sektoral begrenzte Politikansätze zu überwinden.

### Ressourcenbündelung

Eine Voraussetzung für den Erfolg integrierter Stadt(teil)entwicklung ist die fachübergreifende Zusammenarbeit auf den Steuerungsebenen von Politik und Verwaltung (EU, national, regional, kommunal). Es geht darum, nationale Förderprogramme besser aufeinander abzustimmen, EU-Förderprogramme in die nationale Kulisse zu integrieren, kommunale Ressortmittel aus unterschiedlichen Themenbereichen miteinander zu vernetzen und mit Förderprogrammen in Einklang zu bringen. Vor allem die Integration auch nichtstaatlicher Ressourcen – insbesondere von privatwirtschaftlichen Unternehmen und von Stiftungen – spielt eine zunehmend große Rolle. Ressourcenbündelung meint auch die verbesserte inhaltliche Kooperation verschiedener Behörden oder Verwaltungsbereiche – durchaus im Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen von EU, Nationalstaat, Region und Kommune („Multi-Level-Governance“; vgl. auch Swianiewicz/Atkinson/Baucz 2011: 7). Insgesamt soll durch die Bündelung knapper Ressourcen deren effizienter Einsatz gewährleistet werden, was angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise als elementar betrachtet wird (vgl. u.a. EU-KOM 2010).

### Aktivierung und Beteiligung, Empowerment

Ebenso unverzichtbar ist die Einbeziehung insbesondere von Bewohner/innen und Unternehmer/innen in die Stadt(teil)entwicklung. Sie sind nicht nur Expert/innen für die Situation vor Ort mit ihren Problemen und Potenzialen, sondern tragen in ihrem Alltagsleben die Entwicklung des Gemeinwesens. Daher sind die Instrumente zur Unterstützung partizipativer Verfahren kontinuierlich weiterzuentwickeln und an die besonderen Anforderungen der Beteiligung insbesondere von Kindern, Jugendlichen und Bewohner/innen mit Migrationshintergrund sowie von lokalen Unternehmer/innen anzupassen. Gleiches gilt für Strategien und Instrumente der Aktivierung und des *Empowerment*. Darüber hinaus müssen auch Träger im sozialen Bereich, Vereine und Initiativen auf Stadtteilebene umfassend beteiligt werden, um insgesamt das Ziel zu erreichen, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken.

Erfolgreiche Aktivierung und Beteiligung hängen davon ab, dass alle beteiligten Partner (Politik, Verwaltung, Organisationen, Interessengruppen, Bürger/innen, Wirtschaftsakteure etc.) angemessene Gestaltungsspielräume erhalten – dies setzt unter anderem voraus, dass die Städte ihre hoheitliche Position nicht einseitig durchsetzen („from Government to Governance“). Erfahrungen in vielen EU-Mitgliedstaaten zeigen bereits, dass Bürger/innen

zunehmend bereit sind, Mitverantwortung für die Entwicklung ihrer Stadt bzw. Stadtteile zu übernehmen. Gerade dort, wo die unmittelbare, kleinräumige Lebenswelt betroffen ist – also im eigenen Wohnquartier, Stadtteil oder Dorf –, ist das Engagement besonders groß.

## Vernetzungsorientiertes Management und Organisation

Management und Organisation integrierter Stadt(teil)entwicklung sollten an der Komplexität der Probleme und Potenziale vor Ort ausgerichtet werden. Es geht darum, die ressortübergreifende Zusammenarbeit auf der Verwaltungsebene zu koordinieren, die Kommunikation mit und in der Stadtteilbevölkerung zu ermöglichen, die Verwaltungs- und Quartiersebene miteinander zu vernetzen sowie Vertreter/innen von (Aus-)Bildungseinrichtungen, der (lokalen) Wirtschaft und andere relevante Akteure in die Planung und auch Umsetzung von Projekten und Maßnahmen einzubeziehen.

## Integriertes Entwicklungskonzept

Ideale Grundlage für die Umsetzung integrierter Stadtentwicklung ist ein integriertes Entwicklungskonzept, in dem unter anderem Aussagen zu Stärken und Schwächen von Gesamtstadt und einzelnen Stadtteilen, (erreichbaren) Zielen für unterschiedliche Teilräume, Möglichkeiten eines gebündelten Einsatzes öffentlicher und privater Finanzmittel sowie der Vernetzung von Politikfeldern und Akteuren in Politik und Verwaltung („Planung aus einer Hand“) sowie zur Beteiligung von Bürger/innen, Wirtschafts- und anderen Akteuren enthalten sind.

Eine so verstandene integrierte Stadtentwicklungspolitik ist ein geeignetes Instrument, neben der Förderung leistungsstarker städtischer Teilräume auch Tendenzen sozialräumlicher Ausgrenzung abzumildern sowie die Potenziale benachteiligter Menschen und Stadtquartiere für gesellschaftliche und räumliche Integration zu entwickeln.

# 4 Fünf Jahre LEIPZIG CHARTA – Entwicklungen in Europa

Die LEIPZIG CHARTA verstand sich von Beginn an als ein strategischer Baustein zur Umsetzung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie mit den Hauptzielen „wirtschaftlicher Wohlstand“, „soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt“ sowie „Umweltschutz“ (vgl. ER 2005a und 2006). Fünf Jahre später gilt es auch, die angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise formulierte Strategie „Europa 2020“ mit ihren drei Prioritäten „Intelligentes Wachstum“, „Nachhaltiges Wachstum“ sowie „Integratives Wachstum“ zu berücksichtigen (vgl. EU-KOM 2010).

Seit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 wurde der durch die LEIPZIG CHARTA angestoßene Prozess im Zuge der nachfolgenden EU-Ratspräsidentschaften (entsprechend) weiterentwickelt sowie durch Umsetzungsinstrumente ergänzt. So wurde während der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft (2. Halbjahr 2007) das „Erste Aktionsprogramm zur Umsetzung der Territorialen Agenda der europäischen Union (AP1)“ aufgelegt, das mit Laufzeit bis 2011 die europäischen Mitgliedsstaaten und Institutionen bei ihren Umsetzungsschritten der Territorialen Agenda und der LEIPZIG CHARTA unterstützte und die verschiedenen Aktivitäten unter einem Dach zusammenfasste. Dafür wurde ergänzend das „Netz der Kontaktstellen für den territorialen Zusammenhalt (NTCCP)“ als Kommunikationsinstrument eingerichtet.

Im Rahmen der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2008 ist im Zuge des „Ersten Aktionsprogramms (AP1)“ ein „Bericht zur Koordination von Raum- und Stadtentwicklung“ vor dem Hintergrund der Territorialen Agenda und der LEIPZIG CHARTA als Grundlage für eine Weiterbefassung durch die nachfolgende EU-Ratspräsidentschaft erstellt worden (MOP 2008a).

Während der französischen EU Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 wurde von den für Stadtentwicklung zuständigen Ministern das *Marseille Statement* verabschiedet, in dem die Forderungen der LEIPZIG CHARTA erneuert und die Förderung der integrierten Stadtentwicklungspolitik durch die Kohäsionspolitik betont werden. Im Einzelnen wird in dem Dokument darauf hingewiesen, dass angesichts der „finanzielle[n], wirtschaftliche[n] und soziale[n] Krise“ die Strategie einer „nachhaltigen und solidarischen Stadtentwicklung“ beibehalten werden sollte, um „neues Wachstum zu fördern, das die sozialen und territorialen Spaltungen verringert“ (MS 2008: 2).

Die Grundaussage der LEIPZIG CHARTA – wirtschaftliches Wachstum und Überwindung sozialer und räumlicher Benachteiligung – wird im *Marseille Statement* explizit aufgegriffen, wenn es beispielsweise heißt: „Die Städte müssen

den Spannungen und Risiken der Fragmentierung begegnen, (...) indem sie gleichzeitig die Ziele des Strebens nach Exzellenz, der Integration neuer Bevölkerungsgruppen und der Solidarität mit den schwächsten Personen der Gesellschaft verfolgen“ (MS 2008: 3). Eine nachhaltige und solidarische Stadtentwicklung lasse sich nur mit einem multisektoralen, integrierten Ansatz erreichen (ebd.). Insbesondere gehe es darum, benachteiligten Bevölkerungsgruppen einen besseren Zugang zu (Fort-)Bildung und Beschäftigung, erschwinglichem Wohnraum und guter Verkehrsmobilität zu ermöglichen. „Ein solcher integrierter Ansatz dient der Prävention der sozialen Ungleichheit, welche ein Hemmnis für die Innovation, den wirtschaftlichen Wohlstand und das Zusammenleben darstellen kann.“ (ebd.) Ebenfalls betont wird der Mehrebenenansatz einer beteiligungsorientierten Governance: Quartier, Gesamtstadt und (Stadt-)Region müssten dabei ebenso berücksichtigt werden wie die nationale und europäische Ebene (ebd.: 4).

Vor diesem Hintergrund wurde im *Marseille Statement* besonderes Augenmerk auf die Umsetzung der LEIPZIG CHARTA mit dem Fokus auf benachteiligte Stadtteile gelegt, „von denen zu einem großen Teil die Zukunft der Städte abhängt“ (MS 2008: 5). Die Minister beschlossen, bis Ende 2011 das Instrument „Referenzrahmen für die nachhaltige und solidarische Stadt (RFSC)“ unter französischer Leitung zu erarbeiten, um die Forderungen der LEIPZIG CHARTA in die kommunale Praxis umzusetzen (<http://www.rfsustainablecities.eu/>). Der RFSC „soll dazu beitragen, integrierte Stadtentwicklungsansätze in Europa zu verbreiten und allen beteiligten Akteuren ein Instrument an die Hand zu geben, womit sie Ziele, Kriterien, Methoden und Maßnahmen zur Stadtentwicklung vor dem Hintergrund der LEIPZIG CHARTA und einer nachhaltigen Entwicklung beurteilen können. Der Referenzrahmen ist als internetbasierte Anwendung angelegt und wendet sich vor allem an die Akteure vor Ort.“ (BBSR online 2012) Mit ihm lassen sich unter anderem die Bereiche „Strategien zur nachhaltigen Entwicklung“, „Prüfung und Bewertung integrierter Ansätze“, „benachteiligte Quartiere“ und „Monitoring“ bearbeiten (ebd.).

Die während der spanischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 beschlossene *Toledo Declaration* betont erneut die große Bedeutung integrierter Ansätze der Stadtentwicklung als strategisches Instrument, um das in der Strategie „Europa 2020“ formulierte Ziel einer nachhaltigen, sozial-integrativen und intelligent wachsenden Stadt erreichen zu können (vgl. EU-KOM 2010). Dazu müssten vor allem die in der LEIPZIG CHARTA vorgestellten Organisationsformen einer Mehrebenen-Governance tatsächlich eingerichtet werden – auch um angesichts der

gegenwärtigen Finanzkrise die vorhandenen Ressourcen effektiver einsetzen zu können (TD 2010: IVff.; TRD 2010: 4). Als Erfolgskriterien hierfür werden unter anderem Offenheit von Politik und Verwaltung sowie die intensive Aktivierung und Beteiligung von Bewohner/innen und anderen Akteuren genannt (TRD 2010: 4). Auch müsse es darum gehen, neue Partnerschaften zwischen Verwaltung, Immobilien- und Finanzwirtschaft, lokaler Bewohnerschaft sowie sonstigen Akteuren zu bilden (TRD 2010: 9). Insgesamt wird in der *Toledo Declaration* festgestellt, dass die Ziele der LEIPZIG CHARTA noch nicht ausreichend in die Praxis umgesetzt sind, unter anderem weil hierfür noch immer ein gemeinsames Verständnis integrierter Stadt(teil)entwicklung fehle. Daher wurde nochmals auf die Kernelemente dieses Ansatzes hingewiesen (vgl. TRD 2010: 5f.):

- ganzheitlicher themen- bzw. politikfeldübergreifender Ansatz,
- horizontale Vernetzung auf den involvierten Ebenen (EU, Nationalstaat, Region, Kommune, Stadtteil), vertikale Vernetzung zwischen den Ebenen selbst,
- strategische Planung auf gesamtstädtischer Ebene mittels eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes,
- Verknüpfung des integrierten Ansatzes mit einem Gebietsbezug/einer Raumorientierung (area-based approach),
- Verknüpfung des integrierten Ansatzes mit dem Ziel der Inklusion.

Inhaltlich gehe es unter anderem darum, sich den Herausforderungen des demographischen Wandels sowie den Anforderungen von Inklusion und sozialer Kohäsion zu stellen und der drohenden Vertiefung sozialer Polarisierungen mit ihren sozial-räumlichen Folgen entgegenzuwirken. In der Strategie „Europa 2020“ sind dazu unter anderem die Ziele Verbesserung der Beschäftigungssituation, Reduktion der Schulabbrecherquote sowie Verringerung des Armutrisikos formuliert (EU-KOM 2010: 8f.), im Detail gehe es um die Integration von Zuwanderern, bildungsbezogene Chancengleichheit, bedarfsgerechte soziale Dienstleistungen, die Verbesserung der baulichen/städtebaulichen Strukturen etc. (TRD 2010: 2f.). Mit Blick auf den Aspekt Klimaschutz stünden unter anderem die Ziele im Vordergrund, im Rahmen der integrierten Stadt(teil)entwicklung die Energieeffizienz der gebauten Strukturen zu erhöhen und insbesondere benachteiligte Quartiere besser an öffentliche Verkehrssysteme anzubinden (TRD 2010: 1f.). Aus der ökonomischen Perspektive müsse es vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise darum gehen, für Beschäftigungswachstum zu sorgen und die Rezessionsfolgen vor allem in benachteiligten Stadtteilen abzumildern (TRD 2010: 3). Sie

sollten nicht als „Problem“ betrachtet werden, sondern als Räume mit sozialen und physischen Potenzialen, die es zu entwickeln gelte (TRD 2010: 7).

Die kontinuierliche Weiterentwicklung von Ansätzen integrierter Stadt(teil)entwicklung auf der EU-Ebene trifft auf ein heterogenes Spektrum entsprechender Politiken, Programme, Projekte und Maßnahmen in den einzelnen Mitgliedstaaten bzw. bei den EU-Beitrittskandidaten sowie in Norwegen und der Schweiz. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass in Europa kein einheitliches Stadtmodell existiert – Rahmenbedingungen, Probleme und Potenziale unterscheiden sich nicht nur von Land zu Land, sondern auch von Stadt zu Stadt. Hinzu kommt, dass Städtepolitik in den verschiedenen Staaten eine unterschiedlich große Bedeutung beigemessen und daher von nationaler Ebene nicht überall in gleich starkem Maße unterstützt wird. Die nachfolgende vergleichende Darstellung integrierter Stadt(teil)entwicklung zeigt stark zusammengefasst den Stand der Entwicklungen seit Annahme der LEIPZIG CHARTA im Frühjahr 2007 auf.

## 5 Integrierte Stadtentwicklung in den 27 Mitgliedstaaten der EU, ihren Beitrittskandidaten sowie in Norwegen und der Schweiz

Um den zum Teil großen Unterschieden der Ansätze integrierter Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) gerecht werden zu können, werden die in der Untersuchung betrachteten Länder vereinfacht drei Gruppen zugeordnet, die sich vor allem im Hinblick auf die Rolle der jeweiligen nationalen Ebene als potenzieller „Motor“ integrativer Prozesse unterscheiden:

- In Gruppe A finden sich Darstellungen von Ländern mit umfassenden nationalen Programmen zur integrierter Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere).
- Gruppe B umfasst Länder mit nationalen oder regionalen Programmen oder mit nationalen Leitlinien für integrierte Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere).
- In Gruppe C werden Länder mit vorwiegend kommunalen Ansätzen integrierter Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) dargestellt.

Dabei orientieren sich die Länderdarstellungen im Detail an folgenden Fragestellungen, um eine weitgehende Vergleichbarkeit zu gewährleisten:

- Welche Politiken, nationalen Programme und/oder regionalen oder kommunalen Ansätze einer integrierten, gebietsbezogenen Entwicklung benachteiligter Stadtteile werden umgesetzt a) auf nationaler Ebene

und/oder b) auf regionaler Ebene und/oder c) in einzelnen Städten? Welche Bedeutung hat die nationale Ebene als Impulsgeberin?

- Welches sind dabei die wesentlichen Zielsetzungen?
- Sind im Zuge der Ansätze integrierter, gebietsbezogener Entwicklung benachteiligter Stadtteile Formen der politikfeld- oder ressortübergreifenden Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und/oder kommunaler Ebene eingerichtet worden („Multi-Level-Governance“)? Welche Rolle spielen dabei „top down“- und „bottom up“-Ansätze?
- Inwieweit sind unterschiedliche politische Handlungsfelder für die Entwicklung benachteiligter Stadtteile integriert worden?
- Inwieweit werden unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten für die integrierte Stadt(teil)entwicklung genutzt bzw. gebündelt?
- Welche Bedeutung haben Aktivierung, Beteiligung und Empowerment für integrierte Ansätze zur Entwicklung benachteiligter Stadtteile?
- Welche Bedeutung wird der Kooperation von Verwaltung, Wirtschaft, Bewohnerschaft und anderen (lokalen) Akteuren beigemessen?
- Welche Rolle spielt der Sozialraum-/Gebietsbezug bei integrierten Ansätzen zur Entwicklung benachteiligter Stadtteile?

## A Länder mit umfassenden nationalen Programmen zur integrierter Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)

### Belgien

Bereits seit den frühen 1990er-Jahren hat das stark urbanisierte Belgien auf nationaler und regionaler Ebene verschiedene integrierte Stadtentwicklungsprogramme aufgelegt. Dabei haben die Bundesregierung sowie die drei Regionen zwar jeweils ihre eigenen Ansätze entwickelt, gemeinsam fördern aber alle eine nachhaltige Entwicklung der Stadtregionen, soziale Kohäsion, die Aufwertung des öffentlichen Raums und eine erhöhte Sicherheit. Von Beginn an verfolgten sie zudem die Umkehrung von Abwanderungstendenzen aus den Kernstädten und damit ihre ökonomische Stärkung. Seit kurzem ist die Abwanderung aus den Städten gestoppt; stattdessen ist jetzt – besonders unter den Migrant/innen – ein deutliches Bevölkerungswachstum festzustellen. Während zwar noch immer besonderes Augenmerk auf die Bewältigung der zunehmenden

Konzentration von Problemen in benachteiligten Stadtteilen gelegt wird, fokussieren die regionalen Programme heute stärker auf die Entwicklung der Innenstädte und Stadterneuerung.

Um diesen Mehrebenenansatz von Bundes-, regionalen und lokalen Programmen – oft in Kombination mit europäischen Zuschüssen – vor Ort zu koordinieren, haben die Städte spezielle Stellen eingerichtet, um die verschiedenen Ansätze in ein übergreifendes städtebauliches Programm zu integrieren. Vereinbarungen zwischen der nationalen und der regionalen Ebene werden von der Interministeriellen Konferenz für Wohnungs- und Städtebau-Politik getroffen.

Auf nationaler Ebene wurde im Jahr 2000 das staatliche Förderprogramm *Grootstedenbeleid/Politique des Grandes Villes (Federal Big City Policy)* zur Unterstützung von Städten, die am stärksten von benachteiligten Stadtteilen betroffen sind, aufgelegt. In den Jahren 2000 bis 2012 wurden 17 Städten und Gemeinden im ganzen Land rund 800 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die aktuellen vom Staat bezuschussten Stadtverträge, die „*Sustainable Cities contracts*“, zielen vor allem auf die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, die Sanierung von Wohnungen, die Bekämpfung des Klimawandels und die Verringerung des „ökologischen Fußabdrucks“ sowie die Förderung der Attraktivität der Städte (vgl. EUKN 2011: 11; MVIV 2010: 42; Ville Durable; Vranken et al. 2001: 28).

Weitere Initiativen der nationalen Stadtentwicklungspolitik sind Programme zur Mediation zwischen Verursachern und Betroffenen bei Konflikten, die Beschäftigung von jungen Arbeitslosen unter 26 Jahren in kommunalen Projekten, die Integration von Asylsuchenden sowie auf Bundesebene die übergreifende Koordinierung von Fachpolitiken mit städtischem Bezug.

In der Region Flandern ist der *Stedenfonds (Urban Fund)* seit 2003 ein Hebel zur (Weiter-)Entwicklung innovativer Maßnahmen, von Pilotprojekten sowie von ergänzenden und integrierten Ansätzen mit und zwischen den verschiedenen Politikbereichen. Seit 2007 hat die Region Flandern zudem mit 13 größeren Städten Verträge abgeschlossen (*City contracts, 2007–2012*), deren Ziel es ist, strategische Projekte der Stadtentwicklung zu stärken und zu verbessern sowie eine kohärentere regionale Unterstützung zu geben. Im Jahr 2012 findet eine Evaluierung statt, um die Stadtverträge zu nachhaltigen und abgestimmten Stadtprogrammen fortzuentwickeln. Die Flämische Regierung unterstützt zudem auch eine Reihe von Stadterneuerungsprojekten (*Decree on supporting Urban Renewal Projects*): Projektmittel der Regierung dienen der nachhaltigen Realisierung von Stadterneuerung; mit Konzeptzuschüssen sollen unter anderem die Einbindung von Stadterneuerungsprojekten in das Stadtbild, Beteiligungsverfahren, öffentlich-private Partnerschaften sowie eine nachhaltige Energienutzung gefördert werden. Darüber hinaus unterstützt die Stadtpolitik in Flandern im Rahmen eines jährlichen Beteiligungsaufrufs auch innovative Projekte von Bürger/innen (vgl. Thuis in de stad; EUKN 2011: 11; MVIV 2010: 51, 59; Vranken et al. 2001: 29f., Burgers/Vranken 2004: 92f.; Loopmans et al. 2004: 69).

Die Großstadtregion Brüssel legt seit 1994 unter dem Titel *Contrats de quartiers (Quartiersverträge/District Contracts)* Stadterneuerungsprogramme auf, die sich in Zusammenarbeit der Großstadtregion mit den lokalen Gemeindeverwaltungen an benachteiligte Stadtteile richten. Dabei werden jährlich Verträge mit jeweils vier neuen Quartieren geschlossen, die dann eine vierjährige Laufzeit haben. Mit den ersten *Contrats de quartiers* wurde 1994 begonnen, eine zweite Runde erfolgte 1997, und seit 1999 werden jedes Jahr neue Verträge mit Quartieren abgeschlossen. Neben den baulich-städtebaulichen Schwerpunkten, wie unter anderem die Verbesserung der Wohnungsversorgung, des öffentlichen Raums sowie der sozialen und kulturellen Infrastruktur, wird bei der Umsetzung der *Contrats de quartiers* nicht nur der Aktivierung und Partizipation der Bewohner/innen besondere Bedeutung beigemessen, sondern auch geeigneten Management- und Organisationsstrukturen (vgl. *Contrats de Quartiers Durables*; EUKN 2011: 11; MVIV 2010: 39, 59; Noel 2009).

Die Region Wallonien betreibt seit vielen Jahren mit Maßnahmen der Stadterneuerung eine integrierte Stadtteilentwicklungspolitik. Eine umfassende und abgestimmte Planung zielt auf die Umstrukturierung, Sanierung und Verbesserung sozial benachteiligter Stadtteile, um die lokale Bevölkerung zu halten und ihre Entwicklung zu fördern. Zudem sollen die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Funktionen der Stadtquartiere unter Wahrung ihrer kulturellen und architektonischen Besonderheiten verbessert werden. Die Ziele des Stadtteilprojekts (*projet de quartier/ neighbourhood project*) sollen konkret durch Wohnbaumaßnahmen (Neubau, Sanierung), die Entwicklung von öffentlichen Plätzen und Grünflächen sowie die Entwicklung der (lokalen) Wirtschaft umgesetzt werden. Bereits seit 1994 richtet Wallonien mit den *Zones d'Initiatives Privilégiées (ZIP)* oder *preferred initiatives areas* einen Fokus auf benachteiligte Stadtteile und städtische Zentren. Das Ziel dieses Programms ist es, spezifische Budgets für die Entwicklung benachteiligter Stadtteile (einschließlich der Quartiere, in denen der Zustand und der fortschreitende Verfall der Bebauung zur Abwanderung der Bewohner/innen und zur Zunahme sozialer Probleme führen) zu gewähren. Im Rahmen der Stadterneuerung ist in Wallonien der Anteil von Maßnahmen im Handlungsfeld Wohnen von 75 auf 90 Prozent angestiegen. Darüber hinaus bietet das Stadtteilprojekt einen Rahmen für die Integration von anderen öffentlichen Maßnahmen (insbesondere Wiederentwicklung von Brachflächen) oder von Public Private Partnership (*urban revitalizations operations*). Seit dem Jahr 2009 hat die wallonische Regierung erstmals einen *Minister of the City* (vgl. EUKN 2011: 12; De Brabander 1998: 51).

## Quellen

Bruxelles, Villes Durable [Internet]. O.O.  
URL: <http://www.villedurable.be> (Stand: 5/2012).

Burgers, Jack, und Jan Vranken (Hrsg.) (2004):  
How to make a successful Urban Development Programme.  
Experiences from nine European countries. Antwerpen: 91–93.

Contrats de Quartiers Durables [Internet]. O.O.  
URL: <http://www.wijken.irisnet.be>

De Brabander, Guido (1998): Belgium. In: Euricur – European Institute for Comparative Urban Research, Erasmus University Rotterdam (Hrsg.):  
National Urban Policies in the European Union. Responses to urban issues in the fifteen member state. Bearbeiter: Leo van den Berg, Erik Braun, Jan van der Meer. Rotterdam: 36–54.

EUKN – European Urban Knowledge Network (2011): Urban Development in Europe. A Survey of National Approaches to Urban Policy in 15 Member States. The Hague.

Loopmans, Maarten, Sarah Luyten und Christian Kesteloot (2004):  
Urban policies in Belgium: a puff-pastry with a bittersweet aftertaste?  
In: Euricur – European Institute for Comparative Urban Research, Erasmus University Rotterdam (Hrsg.): National Urban Policies in the

European Union. Bearbeiter: Leo van den Berg, Erik Braun, Jan van der Meer. Rotterdam : 68–69.

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010):  
Integrated Urban Regeneration in the European Union.  
Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010.  
Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Noel, Françoise (2009): La Politique de revitalisation des quartiers: à la croisée de l'action urbanistique et sociale. In: Piéree Dejemeppe et al: Bruxelles [dans] 20 ans. Bruxelles.

Thuis in de stad [Internet]. O.O.  
URL: <http://www.thuisindestad.be> (Stand: 5/2012).

Vranken, Jan, Pascal de Decker und Inge van Nieuwenhuyze (2001):  
National City Contexts, Urban Development Programmes and Neighbourhood Selections. The Flemish (Belgian) Background Report. A working paper for UGIS. Antwerpen.

Weite Teile dieses Textes wurden vom belgischen POD (Programmatische Federale Overheidsdienst) Maatschappelijke Integratie, Armoedebestrijding, Sociale Economie en Grootstedenbeleid verfasst.

## Dänemark

In Dänemark stehen die Themen Stadterneuerung (Sanierung und Aufwertung von Altstadtbereichen, Modernisierung des Wohnungsbestandes), Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden, vor allem aber soziale Kohäsion und Entwicklung benachteiligter Quartiere auf der Agenda der Stadterneuerung. Verschiedene politische Strategien spielen dabei zusammen: Wohnungs- und Flächenpolitik, Erhalt des kulturellen Erbes, Bekämpfung des Klimawandels und von sozialer Ausgrenzung (vgl. EUKN 2011: 31ff.; MVIV 2010: 152ff.).

Da Stadtentwicklungspolitik auf der nationalen Ebene in der Verantwortung mehrerer Ministerien liegt (je nach Programm in den Bereichen Bauen, Wohnen, Umwelt, Integration, Soziales und/oder Inneres), wurde hier bereits im Jahr 1993 ein interministerielles *Urban Committee* eingerichtet. Die wichtigste rechtliche Grundlage für Stadtentwicklung ist das Planungsgesetz, nach dem die dänischen Gemeinden dazu verpflichtet sind, einen gesamtstädtischen Entwicklungsplan (*Kommuneplan*) sowie teilräumliche Lokalpläne aufzustellen. Der Charakter der Entwicklungspläne reicht von eher strategischen Leitbildern über „klassische“ Stadtentwicklungskonzepte bis hin zu sehr konkreten Nutzungsfestlegungen; die Beteiligung der Öffentlichkeit ist die Regel (vgl. EUKN 2011: 32ff.).

Besonders stark ausgeprägte Ansätze integrierter Stadtentwicklung finden sich in Dänemark vor allem im Zu-

sammenhang mit der Erneuerung benachteiligter Stadtteile. Dabei handelt es sich vor allem um Siedlungen des öffentlichen Wohnungsbaus aus den 1960er- bis 1980er-Jahren mit einem hohen Anteil an Sozialwohnungen sowie um innerstädtische Altbau-Wohngebiete (vor allem in Kopenhagen). In beiden Gebietstypen gehört ein überdurchschnittlicher Anteil an Arbeitslosen und Transfermittelbezieher/innen zu den größten Problemen. Insbesondere in Sozialwohnungsgebieten hat in den vergangenen Jahren der Anteil von Flüchtlingen und Zuwanderern an der Wohnbevölkerung stark zugenommen, was vielerorts mit sozialen Spannungen einhergeht. Viele Altbaugebiete sind mit baulich-städtebaulichen Missständen konfrontiert. Beide Gebietstypen leiden in der Regel unter einem Negativimage (vgl. EUKN 2011: 32; Franke/Strauss 2005: 14; Skifter Andersen 2002: 8f.; 2010: 115ff.).

Als Reaktion auf die Herausbildung dieser räumlich konzentrierten Problemlagen wurde im Jahr 1996 auf nationaler Ebene das gebietsbezogene integrative Programm *Kvarterløft* aufgelegt (Laufzeit bis 2007). Kernidee des Programms war die ressortübergreifende Kombination zielgruppen- und gebietsorientierter Förderansätze in einer integrativen Strategie unter starker Einbeziehung des lokalen Gemeinwesens. Zusammengefasst zeichnete sich *Kvarterløft* durch die drei Grundsätze ressortübergreifender Ansatz, Zusammenarbeit von Verwaltung und Quartiers-

bevölkerung, lokalen Unternehmer/innen und anderen lokalen Akteuren sowie deren intensive Beteiligung an der Quartiersentwicklung aus (vgl. Leonardsen et al. 2003: 8). Die Programmumsetzung war in die drei Phasen partizipative Planung, beteiligungsorientierte Umsetzung sowie Verstetigung unterteilt (ebd.: 13f.). Im Rahmen des *Kvarterløft*-Programms standen den insgesamt zwölf teilnehmenden Gebieten der ersten und zweiten Programmrunde rund 160 Mio. Euro aus staatlichen und kommunalen Mitteln zur Verfügung (ebd.: 7). Parallel zu *Kvarterløft* starteten im Jahr 2004 die Programme *Områdeformylse* („Gebietserneuerung“) und *Partnerskabsprojekter* („Partnerschaftsprojekte“), die im Prinzip die Strategie von *Kvarterløft* – wenn auch mit geringerer Finanzausstattung – weiter verfolgten. Seit 2007 wurde die integrierte Stadtentwicklungsinitiative aus *Kvarterløft* und *Områdeformylse* unter der Bezeichnung *Områdeløft* fortgeführt (City of Copenhagen 2007: 4).

*Områdeløft* wurde im Oktober 2010 von einer neuen „Ghetto-Strategie“ (*ghetto-strategi*) abgelöst. Ein besonderer Schwerpunkt des neuen Ansatzes lag im Ziel einer stärkeren Durchmischung der Sozialstruktur in den 29 Programmgebieten. Dies sollte unter anderem durch eine sozial ausgewogenere Belegungspolitik der Wohnungsunternehmen, eine stärkere Mischung von Eigentums- und Mietwohnungsbeständen sowie Zuweisungsstopps von Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten und Flüchtlingen in benachteiligte Stadtteile erreicht werden. Zu den Projekten im baulich-städtebaulichen Bereich gehörten Wohnumfeldverbesserungen zwecks Attraktivitätssteigerung benachteiligter Stadtteile, Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie der strategische Abriss von Wohnhäusern. Im sozial-integrativen Bereich standen unter anderem Maßnahmen und Projekte zur sozialen Unterstützung Benachteiligter und zur Förderung von Kindern und Jugendlichen beispielsweise in bilingual ausgerichteten Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen auf der Agenda. Besonderes Gewicht wurde auf Sprachförderung (unter Einbeziehung der jeweiligen Eltern) gelegt. Auch bildeten Qualifizierung, Beschäftigung und Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt einen besonderen Schwerpunkt – so wurden in allen benachteiligten Stadtteilen Jobcenter eingerichtet. Flankiert wurden die Maßnahmen und Projekte durch eine stärkere Polizeipräsenz in den betroffenen Quartieren, eine intensivere Videoüberwachung im öffentlichen Raum sowie Verfahrensbeschleunigungen bei der Strafverfolgung (Social- og Integrationsministeriet o.J.).

Ein integriertes Programm, in dem auf alle Herausforderungen in (benachteiligten) Stadtteilen gleichermaßen

eingegangen wird, gilt in Dänemark als Voraussetzung für eine erfolgreiche Stadt(teil)entwicklung (MVIV 2010: 166). Die seit September 2011 amtierende Mitte-Links-Regierung beschloss im November 2011 einen neuen Handlungsrahmen, in dessen Mittelpunkt umfangreiche Investitionen für Sanierungsmaßnahmen stehen.

## Quellen

- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2012): Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiersentwicklung im Programm Soziale Stadt. Reihe Forschungen, Heft 153. Berlin.
- City of Copenhagen. The Technical and Environmental Administration (Hrsg.) (2007): *Områdeløft* in Copenhagen. Copenhagen.
- EUKN – European Urban Knowledge Network (2011): Urban Development in Europe. A Survey of National Approaches to Urban Policy in 15 Member States. The Hague.
- Franke, Thomas, und Wolf-Christian Strauss (2005): Management gebietsbezogener integrativer Stadtteilentwicklung. Ansätze in Kopenhagen und Wien im Vergleich zur Programmumsetzung „Soziale Stadt“ in deutschen Städten. Difu-Materialien 8/2005. Berlin.
- Leonardsen, Lykke, Lasse Matthiessen, Jakob Klint, Gertrud Jørgensen, Gerdt Larsen und Kim Spiegelberg-Larsen (2003): The Danish Neighbourhood Regeneration Programme. *Kvarterløft* in Copenhagen. The Copenhagen report of the ENTRUST study. August 2003 [Internet]. O.O. URL: <http://ensure.org/entrust/cases/copenhagen/> (Stand: 3/2005).
- MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.
- Skifter Andersen, Hans (2010): Contextualising ethnic residential segregation in Denmark: welfare, housing and immigration. In: Roger Andersson, Hanna Dhalmann, Emma Holmqvist, Timo M. Kauppinen, Lena Magnusson Turner, Hans Skifter Andersen, Susanne Søholt, Mari Vaattovaara, Katja Vilkkama, Terje Wessel, Saara Yousfi (2010): Immigration, housing and segregation in the Nordic welfare states. Department of Geosciences and Geography, Faculty of Science, University of Helsinki: 81–123.
- Skifter Andersen, Hans (2002): Can Deprived Housing Areas Be Revitalised? Efforts Against Segregation and Neighbourhood Decay in Denmark and Europe. *Urban Studies* 39 (4) 2002.
- Socialministeriet (2010): *Ghettoen tilbage til samfundet*. København.
- Social- og Integrationsministeriet (o.J.): De 32 initiativer i regeringens ghetto-strategi [Internet]. O.O. URL: <http://www.sm.dk/data/Dokumentertilnyheder/2010/Oversigt%20over%20initiativer%20i%20ghettostrategien.pdf> (Stand: 2/2012).

## Deutschland

In Deutschland finden sich vielfältige Formen integrierter Stadtentwicklung sowohl im Kontext unterschiedlicher Programme von Bund, Ländern und Kommunen als auch im Zuge eigenständiger Strategien vieler Städte und Gemeinden. Einen übergeordneten Rahmen bildet die im Jahr 2007 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der Bauministerkonferenz, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Städtetag ins Leben gerufene *Nationale Stadtentwicklungspolitik*. Sie hat das Ziel, Handelnde und Interessierte zum Thema Stadt zusammenzubringen, versteht sich dafür als Kommunikationsplattform, thematisiert aktuelle stadtesellschaftliche und städtebauliche Trends, greift beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze (unter anderem im Rahmen innovativer Pilotvorhaben) auf und dient so insgesamt dem Erfahrungsaustausch. Insbesondere die Themenfelder zivilgesellschaftliches Engagement, neue Kooperations- und Beteiligungsformen, soziale Kohäsion, innovative Wirtschaftsentwicklung, Klimaschutz, Baukultur und regionale Kooperation stehen auf der Agenda (vgl. NSP online). Zentrales Gremium für die Begleitung dieses Politikansatzes ist das Kuratorium, an dem unter Leitung des Ministers neben den Partnern der *Nationalen Stadtentwicklungspolitik* Vertreter/innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, von Verbänden sowie weiterer gesellschaftlicher Gruppen teilnehmen. Auf der Arbeitsebene wurde darüber hinaus eine Arbeitsgruppe mit Vertreter/innen von Bund, Ländern und Kommunen eingerichtet, die sich mit Fragen der Weiterentwicklung der *Nationalen Stadtentwicklungspolitik* und der Vermittlung ihrer Ansätze – beispielsweise im Rahmen von Veranstaltungen – beschäftigt.

Mit Blick auf Programme zur integrierten Stadt(teil)entwicklung kommt der Städtebauförderung des Bundes und der Länder eine zentrale Rolle zu. Dabei stellt der Bund im Rahmen eines mit den Ländern jährlich zu schließenden Vertrages Finanzhilfen für investive Zwecke zur Verfügung, die durch Mittel der Länder und Kommunen ergänzt werden, um die Städte mit Programmen<sup>1)</sup>, die auf diese Weise finanziert werden, dabei zu unterstützen, ihre Aufgaben und Herausforderungen besser zu bewältigen (vgl. Städtebauförderung online). Dazu gehört unter anderem das im Jahr 2004 gestartete Bund-Länder-Programm *Stadtumbau*

*West*, mit dem Kommunen in den alten Bundesländern auf der Basis integrierter Entwicklungskonzepte bei der städtebaulichen Bewältigung des demographischen und wirtschaftlichen Strukturwandels unterstützt werden (Konversion ehemaliger Industrie- und Militärstandorte, Anpassung von Wohngebieten an heutige Standards und Bedarfe etc.; vgl. *Stadtumbau West* online).

Ebenfalls im Rahmen der Städtebauförderung wurde bereits im Jahr 2002 das Bund-Länder-Programm *Stadtumbau Ost* mit dem Ziel aufgelegt, die Attraktivität ostdeutscher Kommunen durch die Stärkung ihrer Innenstädte, die Reduzierung des Angebotsüberhangs an Wohnraum sowie eine Aufwertung der von Schrumpfungprozessen betroffenen Städte zu erhöhen. Dabei geht es unter anderem darum, auf der Grundlage integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte und umfassender Bürgerbeteiligung neue Nutzungen für Wohn-, Industrie-, Verkehrs- und Militärbrachen zu identifizieren, Freiflächen zu gestalten, städtische Infrastrukturen an aktuelle Bedarfe anzupassen sowie den Gebäudebestand umzugestalten bzw. aufzuwerten. Daneben spielt in ostdeutschen Kommunen der Rückbau nicht mehr benötigter Gebäude und Infrastrukturen eine vergleichsweise große Rolle (vgl. *Stadtumbau Ost* online).

Ein in besonders starkem Maße integrierter Ansatz wird seit 1999 mit dem Bund-Länder-Programm *Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt* verfolgt, das im Jahr 2012 zum Programm *Soziale Stadt – Investitionen im Quartier* weiterentwickelt wurde. Es hat das übergeordnete Ziel, die Lebenssituation in benachteiligten Wohnquartieren mit einem integrierten Ansatz zu verbessern und die vielerorts beobachtete „Abwärtsspirale“ einer sozialen, wirtschaftlichen, städtebaulichen, infrastrukturellen und ökologischen Negativentwicklung in den betroffenen Stadtteilen zu durchbrechen. Erreicht werden soll dies durch innovative Formen eines vernetzungs- und raumorientierten Managements, eine intensive Aktivierung und Beteiligung lokaler Akteure – allen voran der jeweiligen Quartiersbevölkerung – sowie die Bündelung unterschiedlicher Finanzierungsmöglichkeiten. Im Detail geht es um die Verbesserung der Wohnverhältnisse, des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes sowie der sozialen Infrastruktur sowie des Freiflächen- und Spielflächenangebots. Bis zum Jahr 2011 konnten auch Strukturen zur Stärkung der lokalen Ökonomie und zur Förderung von Gesundheit, Mobilität und Stadtteilkultur ebenso gefördert werden wie die Verbesserung des Angebots an bedarfsgerechten Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten sowie zur

1) Im Rahmen der Städtebauförderung werden die Programme Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Städtebaulicher Denkmalschutz, Soziale Stadt – Investitionen im Quartier, Stadtumbau Ost, Stadtumbau West, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke umgesetzt (vgl. VV-Städtebauförderung 2012).

Integration von Migrant/innen (BMVBS 2011d: 26f.). Das weiterentwickelte Programm *Soziale Stadt – Investitionen im Quartier* soll ebenfalls durch städtebauliche Investitionen einen Beitrag zur Erhöhung der Wohnqualität und Nutzungsvielfalt, zur Verbesserung der Generationengerechtigkeit der Quartiere und zur Integration aller Bevölkerungsgruppen leisten (vgl. VV-Städtebauförderung 2012: Art. 4). Basis der Programmumsetzung waren und sind integrierte Entwicklungskonzepte, die von Kommunen und Gebietsakteuren gemeinsam erarbeitet und fortgeschrieben werden.

Wenngleich viele Kommunen, deren Handlungsautonomie im Grundgesetz rechtlich verankert ist, eigenständige Leitbilder und Programme zur integrierten Stadt(teil)entwicklung aufgestellt haben – beispielsweise Hamburg, Leipzig und München – zeigt sich, dass die genannten Förderprogramme dennoch der stärkste Motor für die Verbreitung integrierter Handlungsansätze auf der kommunalen Ebene sind (vgl. BMVBS/BBSR 2009).

## Finnland

Zu den Schwerpunkten einer integrierten Stadtentwicklungspolitik in Finnland gehören die Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, die Sicherung von Beschäftigung und Stärkung des Arbeitsmarktes, die Steigerung der Qualität von öffentlichen Räumen, des Wohnumfeldes und der Umwelt sowie Fragen der Mobilität und der verkehrlichen Anbindung unterschiedlicher städtischer Räume. Dabei wird für die Umsetzung entsprechender Ansätze auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene die LEIPZIG CHARTA als wichtige Leitlinie und Referenz angesehen (vgl. MVIV 2010: 216; Sisäasiainministeriö 2007). Begleitet wird dies auf nationaler Ebene durch ein zentrales Steuerungsgremium, das ressortübergreifende *Finnish Committee for Urban Policy*, zu dessen Aufgaben die Stärkung des Netzes der finnischen Städte, die Abstimmung der Ansätze integrierter Stadtentwicklung, die Beobachtung der Umsetzung der unterschiedlichen Politiken, die Sicherstellung der Zusammenarbeit zwischen nationaler Ebene und städtischen Regionen sowie allgemein der Erfahrungsaustausch gehören (vgl. TEM 2011).

Auf der nationalen Ebene hat Finnland von 2008 bis 2011 das gebietsbezogene Vorstadt-Revitalisierungsprogramm (*Lähiöohjelma*) aufgelegt und in zwölf Städten mit insgesamt 45 Quartieren durchgeführt. Übergeordnetes Ziel des Programms war es, in Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltung, drittem Sektor und Quartiersbevölkerung

## Quellen

BMVBS/BBSR – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2009): Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen. BBSR-Online-Publikation, Nr. 37/2009. Bonn (Bearbeiter: Thomas Franke, Franciska Frölich-von Bodelschwingh, Wolf-Christian Strauss, Lars Wagenknecht, Ulrich Dilger).

NSP online – Nationale Stadtentwicklungspolitik [Internet]. O.O. URL: [http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/cfn\\_031/sid\\_451AC5BABB44BD5C30CD5AE8B34828Fo/DE/Home/homepage\\_\\_node.html?\\_nnn=true](http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/cfn_031/sid_451AC5BABB44BD5C30CD5AE8B34828Fo/DE/Home/homepage__node.html?_nnn=true) (Stand: 5/2012).

Stadtumbau Ost online [Internet]. O.O. URL: <http://www.stadtumbau-ost.info/> (Stand: 5/2012).

Stadtumbau West online [Internet]. O.O. URL: <http://www.stadtumbauwest.de/> (Stand: 5/2012).

VV-Städtebauförderung 2012 – Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2012 über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV Städtebauförderung 2012) vom 16.12.2011/4.4.2012.

die Wettbewerbsfähigkeit der Stadtteile zu verbessern, das Stadtteilimage aufzuwerten, die regionale Identität zu stärken sowie Segregation und Ausgrenzung zu verhindern (vgl. Ympäristöministeriö 2008: 5ff.). Insbesondere ging es darum, die Stadtteile als strategischen Fokus einer integrierten Stadtentwicklung und des politischen Handelns der kommunalen Praxis wahrzunehmen. Zu den Zielen gehörten unter anderem: Verbesserung der Lebensbedingungen in den Quartieren, Partizipation der Bewohner/innen, Aufbau von Netzwerken, Differenzierung der Sozialstruktur und des Angebots an Wohnformen, Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, Stärkung der lokalen Ökonomie und Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten, Bildung und Ausbildung, Sanierung und Modernisierung des Gebäudebestandes, städtebauliche Aufwertung und Verbesserung des Wohnumfeldes, von Freiflächen und des öffentlichen Raums, Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens, Verbesserung verkehrlicher Anbindungen (ÖPNV, Rad) sowie Öffentlichkeitsarbeit (vgl. Ympäristöministeriö 2008: 9ff.). Einen ähnlichen Ansatz hat die Stadt Helsinki auf kommunaler Ebene unter dem Titel „Renaissance der Vorstädte“ (*Esikaupunkien Renessa*) bereits 2006 begonnen (vgl. Helsingin kaupunki). Derzeit werden Überlegungen angestellt, ob und wie das Programm *Lähiöohjelma* oder vergleichbare Ansätze fortgeführt werden können.

Neben diesem Programm gibt es in Finnland auf nationaler Ebene eine Reihe weiterer stadtentwicklungsrelevanter Politikansätze. Dazu gehört zum Beispiel die 2007 vom Ministerium für Inneres ins Leben gerufene Metropolen-Politik (*Metropolipolitiikka/Suurten kaupunkiseutujen*), die neben Fragen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, des Arbeitsmarktes sowie der Flächennutzungs- und Verkehrsplanung der Städte unter anderem auch Themen wie kommunale Wohnungspolitik, Segregation und Zuwanderung adressiert. Eingeflossen in den Politikansatz sind auch die Erfahrungen, die im Zuge der Umsetzung der EU-Gemeinschaftsinitiativen *URBAN I* und *II* in der Region Helsinki – Vantaa gemacht wurden (vgl. Sisäasiainministeriö 2006: 32ff.). Mittlerweile wurde die Metropolen-Politik auch auf mittelgroße Städte und Gemeinden ausgeweitet. Zudem ist auf nationaler Ebene geplant, mit einzelnen Stadtregionen auf Basis eines „*letter of intent*“ vertragsähnliche Vereinbarungen über die Durchführung von stadtentwicklungsrelevanten Projekten abzuschließen (vgl. Valtiontalouden tarkastusviraston 2011: 7ff.). Darüber hinaus werden Überlegungen angestellt, den für die städtische Dimension vorgesehenen Anteil bei Einsatz der EU-Strukturfonds von bislang fünf Prozent auf bis zu zehn Prozent anzuheben und so die Stadtregionen zu stärken.

Auch die regionale Ebene spielt in Finnland eine wichtige Rolle: Da die meisten finnischen Städte relativ klein sind, ist Stadtpolitik in Finnland vielerorts Teil regionalpolitischer Ansätze oder sogar von Politiken für den ländlichen Raum. Besondere Bedeutung besitzen dabei solche Regionen, in denen sich größere Städte befinden. Hier wird im Rahmen des *Centre of Expertise Programme* und des *Regional Centre Programme* ein besonderer Schwerpunkt auf die Sicherung internationaler wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit durch

einen integrierten „Policy Mix“ gelegt, wobei der Staat auf der Basis der jeweiligen regionalen Entwicklungsstrategien Investitionen in die einzelnen Stadtregionen kanalisiert (vgl. OSKE, RCP).

## Quellen

Helsingin kaupunki – kaupunkisuunnitteluvirasto:  
Esikaupunkien Renessanssi [Internet]. O.O.  
URL: <http://www.esikaupunki.hel.fi/> (Stand: 2/2012).

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010):  
Integrated Urban Regeneration in the European Union.  
Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010.  
Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

OSKE – Osaamiskeskusohjelma:  
Centre of Expertise – The key to successful cooperation [Internet]. O.O.  
URL: [http://www.oske.net/en/centres\\_of\\_expertise/](http://www.oske.net/en/centres_of_expertise/) (Stand: 2/2012).

RCP – Regional Centre Programme: Expertise – Specialisation –  
Co-operation – Networking – Vitality – Welfare [Internet]. O.O.  
URL: <http://www.intermin.fi/intermin/hankkeet/aky/home.nsf/pages/indexeng> (Stand: 2/2012).

Sisäasiainministeriö – Sisäasiainministeriö/Alueiden ja hallinnon  
kehittämissosasto (2007): Mitä Leipzigin prosessin jälkeen: eurooppalaisten  
yleisperiaatteiden hyödyntäminen Suomen kaupunkien kehittämisessä.  
Muistio OV/26.10.2007 [Internet]. O.O. URL: [http://www.tem.fi/files/18187/leipzigin\\_peruskirjan\\_hyodyntaminen\\_26102007.pdf](http://www.tem.fi/files/18187/leipzigin_peruskirjan_hyodyntaminen_26102007.pdf) (Stand: 2/2012).

Sisäasiainministeriö – Sisäasiainministeriö/Alueiden kehittäminen (Hrsg.)  
(2006): Suurten kaupunkiseutujen Poliittikkakokonaisuus. Helsinki.

TEM – Työ- ja elinkeinoministeriö (2011):  
Kaupunkipolitiikan yhteistyöryhmä. 3.11.2011 [Internet]. O.O.  
URL: [http://www.tem.fi/files/31099/Kaupunkipolitiikan\\_yhteistyoryhman\\_asettamispaatos.pdf](http://www.tem.fi/files/31099/Kaupunkipolitiikan_yhteistyoryhman_asettamispaatos.pdf) (Stand: 2/2012).

Valtiontalouden tarkastusviraston (Hrsg.) (2011): Kaupunki- ja metropolipoli-  
tiikka. Tuloksellisuustarkastuskertomus 224/2011. Helsinki.

Ympäristöministeriö – Ministry of the Environment (Hrsg.) (2008):  
Lähiöistä kaupunginosiksi. Lähiöohjelma 2008–2011. Ympäristöministeriön  
Raportteja 17/2008. Helsinki.

## Frankreich (mit Fallbeispiel Lyon – Pentes de la Croix-Rousse)

In Frankreich werden Ansätze integrierter Stadterneuerung vor allem mit den Zielen verfolgt, innerstädtische Zentren zu fördern, den Gebäudebestand zu modernisieren, eine stärkere Durchmischung der Stadtbevölkerung zu erreichen und die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen zu verbessern. Generell liegt der Fokus auf Innenentwicklung und Minimierung des Flächenverbrauchs für Siedlungsentwicklung. Insbesondere die Bereiche Wohnungspolitik, nachhaltige Entwicklung und

Bekämpfung sozialer Exklusion greifen dabei ineinander (MVIV 2010: 225f.)<sup>1)</sup>.

Eine explizit integrierte Stadtentwicklungspolitik ist auf der nationalen Ebene beim *Ministère de la ville* angesiedelt. Die von hier koordinierte *Politique de la ville* konzentriert sich in erster Linie auf die Verbesserung der Lebens-

1) Passagen, die nicht durch andere Quellen belegt sind, basieren auf den Ergebnissen vor Ort durchgeführter Interviews mit Akteuren der kommunalen Verwaltungs- sowie der Quartiersebene.

situation in benachteiligten Quartieren sowie auf die Verringerung sozial-räumlicher Ungleichheiten in den Städten (Ministère de la ville 2011b). Rund 2.400 Quartiere sind betroffen, darunter 751 sogenannte „sensible“ benachteiligte Stadtgebiete (*zones urbaines sensibles* – ZUS). Hierbei handelt es sich vor allem um Vorstädte französischer (Groß-) Städte, in denen während der 1960er- und 1970er-Jahre großdimensionierte Neubaukomplexe (*grands ensembles*) errichtet wurden, die sich unter anderem durch architektonische Einförmigkeit, Monofunktionalität und fehlende Infrastruktur auszeichnen. Ursprünglich als moderne „Schlafstädte“ konzipiert, konzentrieren sich in den *banlieues* heute benachteiligte Bevölkerungsgruppen, viele von ihnen mit Migrationshintergrund (Ministère de la ville 2011a und 2011b; vgl. auch Neumann 2006: 2ff. sowie durch stadt + raum o.J.: 26f.).

Den komplexen Problemlagen in diesen Gebieten sowie in benachteiligten innerstädtischen Altbauquartieren wird im Rahmen der bereits seit den 1980er-Jahren mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten bestehenden *Politique de la ville* mit einem integrierten, politikfeldübergreifenden Ansatz begegnet. Grundlage hierfür sind *Contrats Urbain de Cohésion Sociale* (CUCS), die zwischen Regierung und beteiligten Kommunen geschlossen werden und eine maximale Laufzeit von drei Jahren haben. In den meisten Fällen sind auch weitere lokale Verwaltungseinheiten wie die *Région*, das *Département* oder interkommunale Körperschaften – je nach ihren Zuständigkeiten – in diese Verträge eingebunden. Die CUCS sind zunächst nicht finanziell unterlegt, bilden jedoch die Grundlage, sowohl zur Koordinierung und Stärkung der staatlichen Regelressourcen als auch für spezifische Maßnahmen und Projekte ergänzende Mittel aus staatlichen Programmen und dem jeweiligen städtischen Haushalt beantragen zu können. Inhaltlich fokussieren sie auf der Grundlage kommunaler integrierter Handlungskonzepte auf die Verbesserung der Situation in benachteiligten Stadtteilen durch Maßnahmen und Projekte in den Bereichen sozialraumbezogene Bildungs- und Jugendarbeit, Qualifizierung und Beschäftigung, Wohnen und Wohnumfeld, Gesundheit, lokale Ökonomie, Kultur, Sicherheit und Kriminalprävention (vgl. CUCS). Auch geht es darum, Dritte wie Wohnungsunternehmen, Wirtschaft und Verbände sowie Bewohner/innen in die kommunale Umsetzung der *Politique de la ville* einzubeziehen (vgl. Ministère de la ville 2011a und 2011b).

Auf der nationalen Ebene sind alle beteiligten Ministerien Mitglieder des *Comité interministériel des villes* (CIV – Interministerieller Ausschuss für Städte), das zweimal im Jahr unter der Federführung des Premierministers zusammenkommt, um über Programmentwicklungen und die dafür

benötigten Ressourcen zu beschließen (Ministère de la ville 2011a). Organisiert wird das Gremium vom Generalsekretariat des CIV (SG CIV), das auch die beiden für die Programmumsetzung eingerichteten staatlichen Behörden *Agence Nationale pour la Rénovation Urbaine* (ANRU; Nationale Behörde für Stadterneuerung) sowie *Agence Nationale pour la Cohésion Sociale et l'Égalité des Chances* (ACSE; Nationale Behörde für sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit) managt. ANRU koordiniert die Mittelbündelung für Stadterneuerung im Rahmen des *Programme National de Rénovation Urbaine* (PNRU; Stadterneuerungsprogramm mit einem Volumen von 40 Mrd. Euro für 530 Stadtteile) sowie des *Programme National de Requalification des Quartiers Anciens Dégradés* (PNRQAD; Programm für die Erneuerung benachteiligter historischer Zentren); die Behörde dient der lokalen Umsetzungsebene als zentrale Ansprechpartnerin. ACSE führt auf staatlicher Ebene die Handlungsfelder Soziales, Bildung, Kriminalprävention, Wirtschaft und Beschäftigung sowie Integration zusammen und arbeitet eng mit ANRU zusammen. Das Monitoring und die Bewertung der Umsetzung der *Politique de la ville* wird vom *Observatoire National des Zones Urbaines Sensibles* (ONZUS) evaluierend begleitet (vgl. MVIV 2010: 227ff.; Ministère de la ville 2011a und c).

### Programmumsetzung in den Kommunen: Das Beispiel Lyon – Pentes de la Croix-Rousse

Bei dem innerstädtischen Gebiet Pentes de la Croix-Rousse in Lyon handelt es sich um ein ehemaliges Arbeiterquartier mit hoher baulicher Dichte und einer großen Bewohnerzahl. Aufgrund seiner topographischen Situation (Hanglage mit anschließendem Plateau) haben sich hier bis heute zwei unterschiedliche Entwicklungen herauskristallisiert: Auf der Ebene im Norden des Gebiets führten starke Gentrifizierungstendenzen zu einer Überformung der lokalen Ökonomie und erheblicher Bewohnerverdrängung. In der Hanglage – erschlossen durch schmale Straßen und vergleichsweise steile Treppen – finden sich dagegen viele Charakteristika benachteiligter Stadtteile: im sozialökonomischen Bereich zählen dazu niedrige Einkommen der Quartiersbevölkerung, hohe Anteile an prekär Beschäftigten, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, Alleinerziehenden sowie Ausländern ohne geklärten Aufenthaltsstatus, Unsicherheit unter anderem aufgrund Drogenhandels im Quartier. Pentes de la Croix-Rousse ist für Zuwanderer das wichtigste Eingangsgebiet im Département Rhône-Alpes. Gleichzeitig leben hier jüngere Angehörige der Mittelschicht – viele von ihnen aus der Kunst- und Theaterszene.

Unter baulichen/städtebaulichen Gesichtspunkten ist es nicht unproblematisch, dass in vielen der vergleichsweise sehr hohen Altbauten (ursprüngliche Geschosshöhe von vier Metern und mehr) von ihren Eigentümern zusätzliche Geschosse eingezogen wurden, wodurch es in Pentes de la Croix-Rousse zu einem Einwohnerzuwachs ohne Neubautätigkeiten kam. Die schmalen, engen Straßen sind Ursache für Verkehrsprobleme, und für einige Bevölkerungsgruppen wie ältere Menschen stellt sich die Erreichbarkeit des Quartiers aufgrund seiner Topographie als schwierig dar. Die soziale Mischung des Gebiets ist daher in starkem Maße durch seine geographischen Besonderheiten bestimmt. Insgesamt ist das Quartier von starker Fluktuation betroffen – innerhalb von fünf Jahren tauscht sich die lokale Bewohnerschaft zu rund 60% aus. Zwar liegen keine genauen Untersuchungen vor, welche Bevölkerungsgruppen zu den Abwanderern gehören, doch konstatieren lokale Akteure, dass vor allem die Lärmproblematik (Ausgehviertel) und/oder Sicherheitsprobleme (Drogenszene) zu den Gründen gehören, warum vor allem junge Familien das Viertel verlassen. Zu den größten Potenzialen von Pentes de la Croix-Rousse zählen ein starker Gemeindegeist sowie die große Anzahl bürgerschaftlicher bzw. sozialer Institutionen und Organisationen vor Ort.

Für die Umsetzung der *Politique de la ville* in Lyon wurde ein *CUCS* zwischen dem französischen Staat, der *Region Rhône-Alpes*, dem *Departement du Rhône*, dem Großraum Lyon (*Grand Lyon; Communauté urbaine de Lyon*) sowie der Stadt Lyon (*Ville de Lyon*) geschlossen. Auf Basis je individueller Programme werden für die zehn Lyoner Gebiete übergeordnete Zielsetzungen formuliert; für Pentes de la Croix-Rousse sind dies:

- Erhalt der sozialen Struktur unter anderem durch Sozialen Wohnungsbau,
- Entwicklung von Pentes de la Croix-Rousse zu einem lebenswerten Quartier,
- Entwicklung der lokalen Ökonomie,
- Berücksichtigung der Bedarfe benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Vor allem geht es aus Sicht der lokalen Akteure darum, die heutigen Sozialstrukturen bzw. die bestehende soziale Durchmischung aufrechtzuerhalten und Gentrifizierungstendenzen mit Verdrängungseffekten möglichst zu verhindern. Insgesamt gehe es auch um die Überwindung des Negativimages von Pentes de la Croix-Rousse als Grundlage für die individuelle Entfaltung der Chancen der Quartiersbewohner/innen.



Organisatorisch liegt die Programmdurchführung vor allem in Händen der auf Quartiersebene für alle Gebiete, in denen die *Politique de la ville* umgesetzt wird, eingerichteten Vor-Ort-Büros (*Missions*; vgl. *CUCS*: 97). Dabei ist die in Pentes de la Croix-Rousse liegende und für alle Altbaugebiete Lyons zuständige *Mission Quartiers Anciens* aus Sicht der Interviewpartner faktisch die größte Bündelungsinstanz in der Stadt (Politik- und Verwaltungsbereiche, Akteure, Finanzmittel), denn auf der kommunalen Ebene, deren Verwaltungsstruktur und Aufgaben sich auf den Großraum (vor allem Bauen und Infrastruktur) und die Stadt Lyon (unter anderem Soziales) sowie die neun Stadtbezirke (*Arrondissements*) unterteilt, gebe es kaum entsprechende Anstrengungen – vielmehr seien für die einzelnen Handlungsfelder jeweils unterschiedliche Verwaltungsbereiche zuständig.

Die Implementierung des *CUCS* wird formal von einem Lenkungsgremium gesteuert, das unter anderem aus

Vertreter/innen der Stadt Lyon, *Grand Lyons*, der *Region Rhône-Alpes* und des *Departements Rhône* sowie der jeweiligen Stadtbezirke besteht und zwei Mal im Jahr tagt (vgl. CUCS: 96). Die Organisation einer ressortübergreifenden Koordinierung liegt allerdings im Aufgabenbereich der für die Umsetzung des mit Lyon abgeschlossenen CUCS verantwortlichen städtischen *Direction du développement territorial*. Über die Relevanz von Maßnahmen und Projekten, die unter anderem von den *Missions* für eine Umsetzung vorgeschlagen werden, entscheidet ein ressort- und akteursübergreifendes Gremium, das einmal im Jahr tagt (*Programmation*).

In den Gebieten wurden darüber hinaus ehrenamtliche Quartiersräte (*Conseils de quartier*) aus Bewohner/innen und anderen lokalen Akteuren etabliert, die sich an der Entwicklung vor Ort beteiligen bzw. lokale Ansprechpartner unter anderem für die Verwaltung sind. Im Falle von *Pentes de la Croix-Rousse* bezieht die Stadtverwaltung das betreffende *Conseil de quartier* im Rahmen eines formalen Beteiligungsprozesses mit fünf bis sechs Treffen pro Jahr in ihre Planungen ein. Auch werden regelmäßige Treffen zwischen der *Mission* und Initiativen, Vereinen sowie Akteuren durchgeführt, um Bedarfe im Gebiet zu identifizieren und Projekte ggf. dahingehend anzupassen. Generell muss jedoch zwischen der intensiveren Beteiligung professioneller Akteure bzw. von Institutionen und Organisationen sowie der Partizipation der Quartiersbewohnerschaft unterschieden werden, bei der sich in Lyon noch Entwicklungspotenziale erkennen lassen, wenngleich die vergleichsweise intensiven Aktivierungs- und Beteiligungsprozesse in *Pentes de la Croix-Rousse* eine „Vorreiter“-Rolle für die Stadt einnehmen.

Dennoch wird in den Quartieren eine intensivere Beteiligung gewünscht, die über eine reine kommunale Informationspolitik hinausgeht und die zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem Planungen der Verwaltung noch nicht weitgehend abgeschlossen sind. Insgesamt wünschen sich Akteure der lokalen Umsetzungsebene eine stärkere Entwicklung von traditionellen *top down*- hin zu stärker partizipativen *Governance*-Strukturen – auch mit Blick auf die Verwaltung und Finanzierung der *Politique de la ville* in Lyon.

Insgesamt zeichnet sich der französische Umgang mit benachteiligten Stadtteilen (insbesondere aufgrund der Partnerschaftsverträge CUCS) durch ein komplexes integratives Vorgehen aus, das faktisch alle Elemente der LEIPZIG CHARTA berücksichtigt. Gleichzeitig kann diese Komplexität allerdings auch zu einem Schwachpunkt werden, insofern die Zuständigkeiten zwischen den staatlichen und lokalen Behörden sowie der lokalen Behörden unter-

einander geklärt werden müssen. Die Vielfalt der an den CUCS beteiligten Akteure und Ebenen sowie die Tatsache, dass erst auf der Basis dieser Verträge ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden (können), bergen die Gefahr, dass die erwünschten Erneuerungs- und Beteiligungseffekte in den Quartieren aufgrund langwieriger Abstimmungsprozesse hinter den Erwartungen zurückbleiben.

## Quellen

- Badinter, Robert (2011): *La politique de la ville: bilan et voies d'évolution des politiques de rénovation et de revitalisation urbaines*. Promotion. École Nationale D'Administration. O.O.
- CUCS – Contrat Urbain de Cohesion Sociale de Lyon 2007–2009. Lyon 2007.
- DPISA/Grand Lyon (2008): *Politique de la ville: les principaux repères*. Lyon. durch stadt + raum. Verein für raumbezogene Sozialforschung im Auftrag der Arbeiterkammer Wien (o.J.): *Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Herausforderungen für eine sozialverträgliche Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspolitik* [Internet]. Wien. URL: [http://wien.arbeiterkammer.at/pictures/d22/Stadtstrategien\\_gegen\\_Armut.pdf](http://wien.arbeiterkammer.at/pictures/d22/Stadtstrategien_gegen_Armut.pdf) (Stand: 3/2012).
- Lefèvre, Christian (2004): *France: metropolitan areas as new "reference territories" for public policies*. In: Euricur – European Institute for Comparative Urban Research, Erasmus University Rotterdam (Hrsg.) (2004): *National Urban Policies in the European Union*. Bearbeiter: Leo van den Berg, Erik Braun, Jan van der Meer. Rotterdam: 74–75.
- Mairie de Lyon (Hrsg.) (o.J.): *Projet de Quartier Lyon Croix-Rousse. 2007–2009 Vers un Quartier ou l'on vit mieux ensemble*. Lyon.
- Ministère de la ville (2011a): *"Politique de la ville": Taking action for the social cohesion of cities* [Internet]. O.O. URL: <http://www.ville.gouv.fr/?politique-de-la-ville-taking> (Stand: 3/2012).
- Ministère de la ville (2011b): *Qu'est-ce que la politique de la ville?* [Internet]. O.O. URL: <http://www.ville.gouv.fr/?l-essentiel-de-la-politique-de-la> (Stand: 3/2012).
- Ministère de la ville (2011c): *Les missions du SG CIV* [Internet]. O.O. URL: <http://www.ville.gouv.fr/?missions,199> (Stand: 3/2012).
- MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): *Integrated Urban Regeneration in the European Union*. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.
- Neumann, Wolfgang (2006): *Gesellschaftliche Integration gescheitert? Stadtpolitik in Frankreich vor Herausforderungen in einer neuen Dimension*. In: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): *Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 21*. Januar 2006. Ludwigsburg.

## Großbritannien

Einer der wichtigsten Ansätze integrierter Stadt(teil)entwicklung in England war das im Jahr 2001 aufgelegte und in 2011 beendete Programm *New Deal for Communities* für benachteiligte Stadtteile, die sich vor allem in den von De-industrialisierung besonders stark betroffenen Städten im Norden und Westen des Landes konzentrieren (Liverpool, Hull, Newcastle, Birmingham, Manchester; vgl. ODPM 2006a: 112ff.). Das Programm entstand aus dem zu Beginn der 1990er-Jahre eingerichteten *Single Regeneration Budget (SRB)*, dem Zusammenschluss von Programmen fünf verschiedener Ministerien mit dem Ziel, in benachteiligten Quartieren die Handlungsfelder Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung, (Aus-)Bildung und Qualifizierung, Wohnen, Integration ethnischer Minoritäten, Kriminalitätsbekämpfung sowie allgemein die Verbesserung der Lebensqualität „aus einer Hand“ fördern zu können (Atkinson 2003: 2ff.; ODPM 2006b: 82f.).

Im Mittelpunkt des darauf aufbauenden *New Deal for Communities* standen lokale Partnerschaften (*Local Strategic Partnerships*) zwischen staatlichen Stellen, lokalen Organisationen, Institutionen und Unternehmen, Gemeinwesenorganisationen, Kommunalverwaltung sowie Bürger/innen (*community*), die gemeinsam Quartiersentwicklungskonzepte erarbeiteten (ODPM 2006a: 83ff.). Zentral war auch die Einrichtung lokaler Quartiermanagements, um Bewohner/innen und andere lokale Akteure zu aktivieren und zu vernetzen sowie den Kontakt zwischen Quartiers-ebene und Kommunalverwaltung herzustellen (ebd.: 18ff.; ODPM 2006b: 73f.). Inhaltlich standen unter anderem die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Kriminalität, die Verbesserung von Bildung und Gesundheit sowie der Wohnverhältnisse und des Wohnumfeldes auf der Agenda (MVIV 2010: 174). Auf Basis des *New Deal for Communities* werden unter anderem folgende Punkte als Kernelemente eines erfolgreichen integrierten Ansatzes zur Entwicklung von (benachteiligten) Stadtteilen in England identifiziert (ebd.: 187):

- Einbettung von Quartieren in großräumigere (ökonomische) Verflechtungen, Erarbeitung einer wirtschaftlichen Quartiersperspektive,
- Ressourcenbündelung,
- (räumlich) konzentrierter Mitteleinsatz,
- integratives Management (Handlungsfelder und Akteure), Einbeziehung von Dritten und ihren Ressourcen in lokale Partnerschaften,
- langfristige Ausrichtung von Stadt(teil)entwicklungsprogrammen (zehn bis 15 Jahre).

Seit 2011 wird in England von staatlicher Seite weniger auf finanzielle Unterstützungsleistungen – unter anderem im Zusammenhang mit sozial-räumlichen Entwicklungen – als vielmehr auf Selbsthilfe und Eigenverantwortung der Bürger/innen gesetzt. Unter dem Slogan *Big Society* plädiert die Regierung dafür, dass zivilgesellschaftliche Gruppen in stärkerem Maße Aufgaben übernehmen, die zuvor im staatlichen Verantwortungsbereich lagen (Rásonyi 2011). *Big Society* basiert daher auf den drei strategischen Säulen Stärkung des lokalen Gemeinwesens (Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen auf die Ebene von Kommunen und Stadtteilen), Wettbewerbsprinzip bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge sowie Aktivierung, Beteiligung und Befähigung von Bürger/innen (Cabinet Office 2012).

Insgesamt entstehen so neue „Freiräume für lokale Initiative und Verantwortung“ (Rásonyi 2011) – beispielsweise in den Bereichen Schule, Krankenpflege, Umwelt, Beteiligung (Löpfe 2011). Darüber hinaus muss sich zeigen, ob der geforderte Gemeinsinn gerade in benachteiligten Quartieren allein aus bürgerschaftlichem Engagement heraus entsteht bzw. ob sich damit alle Handlungsfelder, die zu einer integrierten Entwicklung benachteiligter Stadtteile gehören, abdecken lassen (vgl. ORF, Rásonyi 2011). Zur finanziellen Unterstützung des neuen Ansatzes wurde das Finanzinstitut *Big Society Capital* gegründet, mit dessen Hilfe der soziale Sektor ausgebaut werden soll. Sein Kapitalstock umfasst rund 480 Mio. Euro (£ 400 Mio.) aus Geldern, die keinem Besitzer mehr zugeordnet werden können. Zusätzliche rund 290 Mio. Euro (£ 200 Mio.) werden von den vier größten britischen Banken zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird bürgerschaftliches Engagement aus dem Fonds *Community First* unterstützt, dessen Ziel vor allem die Befähigung von Quartiersbewohner/innen besonders benachteiligter Stadtteile ist (vgl. Cabinet Office).

In Schottland unterstützt die regionale Ebene Stadtentwicklung und -erneuerung im Rahmen ihrer *Regeneration Strategy*, wobei auch hier ein besonderer Fokus auf benachteiligte Quartiere gelegt wird. Inhaltlich stehen unter anderem die Themen soziale Kohäsion, Wohnen, Wirtschafts- sowie Infrastrukturentwicklung auf der Agenda. Verschiedene Förderprogramme und Fonds stehen für Maßnahmen und Projekte in den einzelnen Bereichen zur Verfügung, wobei eine stärkere Ressourcenbündelung angestrebt wird. Auf der kommunalen Ebene liegt der Fokus – wie in England bis 2011 auch – auf der Bildung lokaler Partnerschaften. Glasgow hat dezidiert acht Stadterneuerungsgebiete ausgewiesen, in denen mit Unterstützung

der regionalen Ebene integrierte Entwicklungsansätze realisiert werden (The Scottish Government 2011). In Wales, wo die integrierte Entwicklung benachteiligter Stadtteile durch das im Jahr 2007 aufgelegte regionale Programm *Communities First* gefördert wird, liegt der Schwerpunkt ebenfalls auf lokalen Partnerschaften (vgl. Welsh Assembly Government; Welsh Assembly Government 2007). Ähnliches gilt für Nordirland, wo im Rahmen des *Neighbourhood Renewal* Programms in 36 benachteiligten Quartieren – 15 davon in Belfast – die Bildung von *Neighbourhood Partnerships* zur integrierten Gebietsentwicklung im Vordergrund steht (vgl. Northern Ireland Executive, Department for Social Development 2012).

Ein wichtiges Beispiel für kommunale integrierte Entwicklungsansätze ist der gesamtstädtische *Greater London Authority Strategic Plan 2010 – 2012*, der ein breites Spektrum an Zielsetzungen aus unterschiedlichen Politikbereichen umfasst: unter anderem Verbesserung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit, Bekämpfung sozialer Ungleichheit (auch in gesundheitlicher Hinsicht), Zugang zu erschwinglichem Wohnraum, Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum, Umweltverbesserung, Effizienzsteigerung im Verkehrsbereich, Verbesserung des Verwaltungshandelns und von Bürgerbeteiligung (Greater London Authority 2011).

## Quellen

Atkinson, Rob (2003): Urban Policy and Regeneration: bringing the fragments together? In: N. Ellison und C. Pierson (Hrsg.): *New Developments in British Social Policy*. London.

Cabinet Office: *The Big Society Capital* [Internet]. O.O. URL: <http://www.cabinetoffice.gov.uk/content/big-society-capital> (Stand: 2/2012).

## Irland

Wichtige Grundlage für integrierte Stadt(teil)entwicklung in Irland ist die *National Spatial Strategy (NSS) 2002 – 2020*, die von der irischen Regierung im Jahr 2003 beschlossen wurde. Als nationaler Planungsrahmen zielt die in der Zuständigkeit des *Department of the Environment, Community and Local Government* liegende Strategie auf eine ausgewogene soziale, wirtschaftliche sowie bauliche Entwicklung der städtischen und ländlichen Regionen Irlands und damit auf einen integrierten Ansatz. Die verschiedenen Regionen sollen entsprechend ihrer jeweiligen Funktionen und Stärken wettbewerbsfähig ausgestaltet werden. Zu diesem Zweck ist ein Netzwerk von räumlichen Entwick-

Greater London Authority (2011): *The Greater London Authority Strategic Plan 2010 – 2012. Update for 2011 – 12. Final version*, 6 June 2011.

Löpfe, Philipp (2011): Das grösste soziale Experiment des Jahres. *Tagesanzeiger online* [Internet]. O.O. URL: <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Das-groesste-soziale-Experiment-des-Jahres/story/11272237> (Stand: 2/2012).

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): *Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed*. O.O.

Northern Ireland Executive, Department for Social Development: *Neighbourhood Renewal* [Internet]. O.O. URL: [http://www.dsdni.gov.uk/index/urcdg-urban\\_regeneration/neighbourhood\\_renewal.htm](http://www.dsdni.gov.uk/index/urcdg-urban_regeneration/neighbourhood_renewal.htm) (Stand: 4/2012).

ODPM – Office of the Deputy Prime Minister (2006a): *State of the English Cities. A Research Study. Volume 1*. London.

ODPM – Office of the Deputy Prime Minister (2006b): *State of the English Cities. A Research Study. Volume 2*. London.

ORF – Großbritannien: Cameron will Bürger für Sozialdienste einspannen. *“Big Society”: Weniger Staat, weniger Ausgaben?* [Internet]. O.O. URL: <http://oe1.orf.at/artikel/251395> (Stand: 2/0012).

Parkinson, Michael (2004): *United Kingdom: the changing landscape of English urban policy*. In: Euricur – European Institute for Comparative Urban Research, Erasmus University Rotterdam (Hrsg.): *National Urban Policies in the European Union*. Bearbeiter: Leo van den Berg, Erik Braun, Jan van der Meer. Rotterdam: 87 – 89.

Rásonyi, Peter (2010): Die sparsame “grosse” Gesellschaft. *Vage Vision des neuen Premierministers David Cameron für die Zukunft Grossbritanniens*. *NZZ online* [Internet]. O.O. URL: [http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/die\\_sparsame\\_grosse\\_gesellschaft\\_1.6882414.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/die_sparsame_grosse_gesellschaft_1.6882414.html) (Stand: 2/2012).

The Scottish Government (2011): *Achieving A Sustainable Future. Regeneration Strategy*. Edinburgh.

Welsh Assembly Government: *Communities First* [Internet]. O.O. URL: <http://wales.gov.uk/topics/housingandcommunity/regeneration/communitiesfirst/?lang=en> (Stand: 4/2012).

Welsh Assembly Government (2007): *Communities First. Guidance 2007*. O.O.

lungsschwerpunkten – sogenannte *Gateways* (neun Groß- und Mittelstädte) und *Hubs* (18 Kleinstädte) – ausgewiesen worden, deren Attraktivität in Hinblick auf Wohnen und Arbeiten verbessert werden soll. Die Umsetzung der Strategie erfolgt durch nationale, regionale und lokale (Rahmen-) Pläne (*National Development Plan 2007 – 2013, Regional Planning Guidelines, Integrated Planning Frameworks*) (Department of the Environment and Local Government o.J.).

Auf nationaler Ebene wird die Umsetzung der Strategie unter anderem durch die bereits im Jahr 2001 von der

Regierung Irlands ins Leben gerufene Initiative *Revitalising Areas by Planning, Investment and Development (RAPID)* flankiert und unterstützt. Mit diesem Programm wird – ebenfalls unter Federführung des *Department of the Environment Community and Local Government* – das Ziel verfolgt, die im Rahmen des *NDP* zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel (*Mainstream-Förderung*) auf die 52 am stärksten benachteiligten städtischen Gebiete und Provinzstädte Irlands zu konzentrieren. Das Programm *RAPID* selbst verfügt nur in geringem Umfang über Mittel, die für kleinere Maßnahmen zur Verbesserung der baulichen und sozialen Infrastruktur (z. B. Errichtung von Spielplätzen, Erhöhung der Verkehrssicherheit, Unterstützung von Gesundheitsinitiativen) in den Zielgebieten eingesetzt werden können. In jedem der Gebiete ist ein sektorenübergreifendes *Area Implementation Team (AIT)* eingerichtet worden, um unter Mitwirkung staatlicher Stellen, lokaler Partnerschaften sowie der Bewohner/innen einen Plan zur Umsetzung des Programms zu entwickeln (vgl. Fahey et al. 2011: 26; Fitzpatrick/Associates 2006; Pobal).

Mit diesem gebietsbezogenen Ansatz wird darauf reagiert, dass die dynamische wirtschaftliche Entwicklung Irlands in den 1990er-Jahren sich nicht auf alle Regionen und städtischen Räume des Landes gleichermaßen positiv ausgewirkt hat. Insbesondere in der Stadt und Region Dublin (*Greater Dublin*), wo etwa 40 Prozent der Bevölkerung des Landes leben, gibt es Gebiete, die durch baulichen Verfall, Infrastrukturmängel, das Ausbleiben von Investitionen sowie durch Arbeitslosigkeit und Armut geprägt sind. Mehrheitlich konzentrieren sich diese Gebiete in Innenstadtlagen und in städtischen Randlagen bzw. Außenbezirken.

Auf lokaler Ebene spielt bei der Umsetzung der *NSS* die Stadterneuerung eine zentrale Rolle, und zwar vor allem in benachteiligten Stadtteilen sowie im staatlich geförderten Wohnungsbau. Dabei verfolgt die Stadterneuerung in Irland einen integrativen Ansatz und beschränkt sich in der Regel nicht allein auf bauliche Maßnahmen, sondern nimmt ebenso Handlungsfelder wie Beschäftigung und Ausbildung, sozialer Zusammenhalt, Schule und Bildung, Kriminalprävention, lokale Ökonomie in den Blick (Instituto Universitario de Urbanística de la Universidad de Valladolid 2010: 34). Da die benachteiligten Gebiete häufig in unmittelbarer Nähe zu wichtigen und zentralen Bereichen der Städte liegen, erhofft man sich durch ihre Entwicklung auch einen Beitrag zur gesamtstädtischen Qualität (vgl. Department of the Environment, Heritage and Local Government/Forfás 2006: 122).

Die Entwicklung benachteiligter Quartiere fußt in Irland auf langjährigen Erfahrungen. Bereits seit Ende der 1990er-

Jahre werden für solche Gebiete *Integrated Area Plans (IAP)* unter Einbindung der Bewohnerschaft und lokaler Initiativen auf Basis eines vom Ministry for Housing and Urban Regeneration entwickelten Konzeptes erarbeitet (vgl. Bannon 2004; Entrust 2003). Für die Entwicklung und Umsetzung der IAP werden häufig lokale Partnerschaften (Bewohner/innen, soziale Träger und Einrichtungen, Bezirksverwaltung u. a.) aufgebaut. Diese sollen lokale Interessen und Stakeholder mobilisieren sowie in Kenntnis und mit Zustimmung der Regierung „bottom up“-orientierte Prozesse im Stadtteil initiieren (vgl. Entrust 2003: 13). Flankiert und unterstützt wurde die Stadterneuerung in benachteiligten Gebieten zudem lange Zeit durch Steuervergünstigungen für private Investitionen in den Bau bzw. die Sanierung von Wohnungen (vgl. Norris/Gkartios 2009; Fahey et al 2011: 26f.); mittlerweile sind diese Anfang der 1980er-Jahre eingeführten steuerlichen Vorteile jedoch abgeschafft worden (MVIV 2010: 340).

Als Schlüsselemente für den Erfolg integrierter Stadterneuerung werden in Irland angesehen (MVIV 2010: 352):

- Einbeziehung örtlicher Interessengruppen und Bewohner sowie der lokalen Wirtschaft,
- Beteiligung von Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen,
- Sicherung privater, erschwinglicher und sozialer Wohnungsversorgung,
- Fokussierung auf städtebauliche Maßnahmen.

## Quellen

Bannon, Michael J. (2004): Irish Urbanisation: Trends, Actions and Policy Challenges. PEB (Planning and Environmental Policy Research Series) Working Paper 04/03 [Internet]. Dublin. URL: <http://www.ucd.ie/gpep/research/archivedworkingpapers/2004/04-03.pdf> (Stand: 2/2012).

Department of the Environment and Local Government (o.J.): The National Spatial Strategy 2002 – 2020. People, Places and Potential. Summary Guide. Dublin.

Department of the Environment, Heritage and Local Government/Forfás (2006): Implementing the NSS. Gateway Investment Priorities Study. Final Report. Dublin.

Entrust (Hrsg.) (2003): Urban Regeneration in the City of Dublin: Partnership structures and integrated area planning. Final Draft of the Dublin Case Study [Internet]. Dublin/Maynooth. URL: <http://www.ensure.org/entrust/cases/dublin/index.htm> (Stand: 2/2012). O.O.

Fahey, Tony, Michelle Norris, Desmond McCafferty und Eileen Humphreys (2011): Combating Social Disadvantage in Social Housing Estates: The policy implications of a ten-year follow-up study. Combat Poverty Agency, Working Paper Series 11/02.

Fitzpatrick and Associates (2006): Evaluation of the RAPID (Revitalising Areas Through Planning, Investment and Development) Programme. Dublin.

Instituto Universitario de Urbanística de la Universidad de Valladolid (Hrsg.) (2010): Integrated Urban Regeneration in Europe. Summary Document. Valladolid.

MVIV – Gobierno de España – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Norris, Michelle, und Menelaos Gkartios (2009): Fiscal Incentives for Property Led Urban Regeneration in Ireland: a longitudinal review of impacts. Paper presented to the European Network for Housing Research Conference: Changing Housing Markets: Integration and Segmentation. Working group 11 – Metropolitan housing policies: balancing between housing and urban challenges. Prague, 28.6.2009 – 1.7.2009.

Pobal: RAPID [Internet]. O.O. URL: <https://www.pobal.ie/Funding%20Programmes/Rapid/Pages/Background.aspx> (Stand: 2/2012).

## Italien

Bis in die 1980er-Jahre hinein bedeutete Stadterneuerung in Italien vor allem die Restaurierung einzelner Elemente der Stadt. Erst ab den 1990er-Jahren wurde der Ansatz integrierter Stadterneuerung – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des von der Europäischen Union seitdem verfolgten ganzheitlichen und auf ökonomische und soziale Kohäsion fokussierenden Konzeptes der Stadtentwicklung – zunehmend in die Praxis eingeführt und umgesetzt (Sartorio 2008: 397f.). Dieser neue integrierte Ansatz zielt insbesondere auf die Erneuerung von Altbauquartieren, Modernisierung des Wohnungsbestandes, soziale und wirtschaftliche Revitalisierung benachteiligter Gebiete (unter anderem durch die Erprobung innovativer Management- und Partizipationsformen) sowie auf die Bereitstellung von Infrastruktur und Grundversorgung (MVIV 2010: 356f.). Erfahrungen mit diesem neuen Ansatz wurden in den Städten Italiens vor allem im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen *URBAN I* (1994 – 1999) und *URBAN II* (2000 – 2008) gesammelt (Sartorio 2008: 398ff.; Sept 2008).

Zwar existiert in Italien auf nationaler Ebene bis heute keine ausgewiesene Stadtentwicklungspolitik (MMR 2009: 28; Nicis/EUKN 2008: 45). Der Ansatz, Stadterneuerung und -entwicklung durch integrative Programme zu unterstützen, wird aber seit den 1990er-Jahren zunächst von der Verwaltung des *Cer* (*National Housing Committee*) und später vom *Dipartimento per il Coordinamento dello Sviluppo del Territorio* (*Department for the Coordination of Regional Development of the Ministry of Public Works*), heute *Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti* (*Ministry for Infrastructure and Transport*), umgesetzt. Mittlerweile sind mehrere aufeinanderfolgende Programme initiiert und implementiert worden. Da diese Programme innovative integrierte Ansätze der Stadtentwicklung und -veränderung favorisieren, werden sie allgemein als *Programmi Complessi* bezeichnet.

Zur ersten Generation dieser integrierten Programme gehören die 1994 aufgelegten *Programmi di riqualificazione*

*urbana* (*Priu*) und *Programmi di recupero urbano* (*PRU*). Sie zielten auf die Entwicklung von heruntergekommenen Beständen des sozialen Wohnungsbaus und von deindustrialisierten und verfallenen städtischen Gebieten. Ergänzend zu städtebaulichen und infrastrukturellen Maßnahmen kamen bereits auch soziale und ökonomische Interventionen zum Einsatz. Zudem wurden erstmals Public Private Partnerships erprobt (MVIV 2010: 360).

Die 1997 gestarteten und mittlerweile zum dritten Mal aufgelegten *Contratti di Quartiere* zielen auf die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und die Verbesserung der Lebensqualität in Beständen des sozialen Wohnungsbaus. Die Richtlinien zu den *Contratti* betonen unter anderem die Relevanz von sozialen und Beschäftigungsmaßnahmen, von Aktivitäten zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur sowie der lokalen Erreichbarkeit und Mobilität. Auch der Partizipation von Quartiersbewohner/innen wird große Bedeutung beigemessen (vgl. MVIV 2010: 360; Zajczyk et al. 2005: 19ff.; Mingione et al. 2001: 9f.; Bevilacqua et al. 2000: 28f.).

Die 1998 gestarteten *Programmi di recupero urbano e di sviluppo sostenibile* (*PRUSST*) zielen auf eine nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung weniger von Stadtteilen, sondern vielmehr von Stadtregionen bis hin zu noch größeren regionalen Kontexten.

*Urban Italia* (2001 – 2007) und *Porti & Stazioni* (seit 2002) gehören zur zweiten Generation integrierter Stadtentwicklungsprogramme. Im Vergleich zu den früheren Programmen legen sie mehr Wert auf die soziale und wirtschaftliche Revitalisierung von Städten und benachteiligten Stadtteilen. In das Programm *Urban Italia* wurden die 20 besten Stadterneuerungsprogramme aufgenommen, denen keine Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative *URBAN II* zuteil gekommen war. Zu den umgesetzten Maßnahmen gehören Sanierung, Neubau, Aus- und Bildungsförderung, soziale und kulturelle Aktivitäten

sowie Partizipation der Bewohner/innen. Mehr als zwei Drittel der im Zusammenhang mit *Urban Italia* investierten Mittel wurden von privaten Investoren und lokalen öffentlichen Einrichtungen aufgebracht (vgl. Sept 2008). Das Programm *Porti & Stazioni* unterstützt – neben seinem zentralen Förderschwerpunkt Transportinfrastruktur – auch die Erneuerung von Quartieren, die im Umfeld von Hafenanlagen und Bahnhöfen von ökonomischem Niedergang, sozialer Ausgrenzung und städtebaulichen sowie Umweltproblemen betroffen sind (vgl. MVIV 2010: 360f.).

Die neueste Generation der *Programmi Complessi* zielt vor allem darauf, innovative Verfahren der Stadt- und Regionalentwicklung zu fördern und die Rolle der Städte als Katalysatoren tragfähiger regionaler Netzwerke für Kohäsion und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die beiden wichtigsten Programme sind *Sviluppo integrato sistemi territoriale multi azione (SISTeMA)* und *Piano strategico/Piano urbano della mobilità (PS-PUM)*. Die jüngeren Programme zielen nicht mehr auf die Förderung öffentlicher Investitionen, sondern auf die Unterstützung der Städte bei der Erstellung strategischer und an die individuellen lokalen Gegebenheiten angepasster Planungen (MVIV 2010: 357).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die nationalen Programme Italiens von einer sektoralen, vor allem auf den Wohnungsbestand ausgerichteten Stadterneuerung in den frühen 1990er-Jahren zu einer heute integrierten und quartiersbezogenen Stadtentwicklung fortentwickelt wurden (Colantonio/Dixon 2009: 47). Diese Weiterentwicklung erfolgte nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Schere zwischen ärmeren und reicheren Bevölkerungsgruppen, die sich in Italien eigentlich eher großräumig zwischen Nord und Süd abbildet, seit den 1980er-Jahren zunehmend auch innerhalb einzelner italienischer Städte zu beobachten ist. Ursächlich hierfür sind sich verstärkende Prozesse wie Suburbanisierung, Einkommenssegregation, Gentrifizierung, Polarisierung und Marginalisierung. In der Folge kommt es zu einer Herausbildung benachteiligter Stadtteile. Dabei lassen sich mehrere Gebietstypen erkennen: häufig in Innenstadtlagen gelegene Altbauquartiere oder Bereiche historischer Zentren, durch räumliche Barrieren (Bahn-, Hafen- oder Industrieflächen) von der Gesamtstadt abgeschnittene ehemalige Arbeiterquartiere, monofunktionale (Groß-)Wohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus in peripheren Stadtrandlagen sowie von Deindustrialisierung geprägte ehemalige Industrie- und Hafenstandorte (vgl. Borlini et al. 2005: 3f.; Sept 2008; Colantonio/Dixon 2009: 47ff.; Evangelisti 2010).

Als Erfolgsfaktoren integrierter Stadt(teil)entwicklung werden in Italien vor allem angesehen (MVIV 2010: 383):

- Verknüpfung von baulicher und sozioökonomischer Planung,
- stärkere Wechselbeziehung zwischen Stadtplanung und Infrastrukturplanung,
- umfassende Einbeziehung und Partizipation aller Gebietsakteure – vom Beginn der Planung bis zu ihrer Evaluierung.

## Quellen

- Bevilacqua, Lina, Valeria Fascione, Giuseppe Leonello und Antonio Lopes (2000): Case Study Report Pomigliano d'Arco. Evaluation of Local Socio-Economic Strategies in Disadvantaged Urban Areas (ELSES). Reggio Calabria.
- Borlini, Barbara, Francesco Memo, Silvia Mugnano und Francesca Zajczyk (2005): Large Housing Estates in Italy. Success and fail factors of policies. RESTATE report WP8. Utrecht.
- Colantonio, Andrea, und Tim Dixon (2009): Measuring Socially Sustainable Urban Regeneration in Europe. Oxford Institute for Sustainable Development (OISD), School of the Built Environment, Oxford Brookes University. Oxford.
- Evangelisti, Francesco (2010): Urban regeneration in city centres: the case of Bologna (Italy). Vortrag im Rahmen der "High Level Conference on Urban Sustainability and Integrated Urban Regeneration in Europe" am 26./27. April 2010 in Madrid [Internet]. O.O.  
URL: [http://www.sepes.es/files/multimedios/eu2010/27\\_SALA%20A\\_01\\_Francesco%20Evangelisti\\_EN.pdf](http://www.sepes.es/files/multimedios/eu2010/27_SALA%20A_01_Francesco%20Evangelisti_EN.pdf) (Stand: 4/2012).
- MMR – Ministry for Regional Development of the Czech Republic (2009): „Assessment Report“ on the Implementation of the Leipzig Charter on Sustainable European Cities (Czech Presidency) [Internet]. Prag.  
URL: <http://www.eukn.org/dsresource?objectid=166461> (Stand: 4/2012).
- MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.
- Nicis/EUKN (2008): European survey: Levers of public action for the development of sustainable cities. Appendix 1: Answers to the first part of the questionnaire. November 6th, 2008 (French Presidency) [Internet]. The Hague. URL: <http://urbact.eu/fileadmin/corporate/doc/AppelOffre/European%20survey%20EN.pdf> (Stand: 3/2012).
- Sartorio, Francesca (2008): Stadterneuerung in Italien – die erfolgreiche Entwicklung verschiedener lokaler Ansätze: Genua und Turin. In: Uwe Altrock, Ronald Kunze, Elke Pahl-Weber, Ursula von Petz und Dirk Schubert (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2008. Schwerpunkt „Aufwertung im Stadtbau“. Berlin: 397 – 408.
- Sept, Ariane (2008): Urbanistica in Movimento. Die Italienische Stadtplanung und das europäische Programm URBAN. Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung, Technische Universität Berlin.
- Zajczyk, Francesca, Silvia Mugnano, Barbara Borlini, Francesco Memo und Petra Mezzetti (2005): Large Housing Estates in Italy. Policies and Practices. RESTATE report 3d I. Utrecht.

## Niederlande (mit Fallbeispiel Amsterdam – Nieuw-West)

Auch in den Niederlanden haben integrierte Ansätze der Stadtentwicklung mit Blick auf benachteiligte Quartiere die größte „Tradition“. Angesichts besonderer Problemlagen vor allem in den Großstädten wurden hier bereits seit den 1970er-Jahren verschiedene (integrierte) Stadt(teil)erneuerungsstrategien erprobt (Burgers et al. 2001: 11)<sup>1)</sup>.

Das prominenteste Beispiel war das im Jahr 1994 aufgelegte und bis 2009 in drei Stufen weiterentwickelte Programm *Grotestedenbeleid* (Großstadtpolitik/GSB) zur Entwicklung benachteiligter Stadtteile. Es startete zunächst in Amsterdam, Utrecht, Den Haag und Rotterdam; im Laufe der Programmumsetzung kamen 27 Städte mittlerer Größe hinzu. *Grotestedenbeleid* verknüpfte städtebauliche, soziale sowie ökonomische Ziele und Maßnahmen. Schlüsselemente waren Ressourcenbündelung, Dezentralisierung und Flexibilisierung kommunaler Organisationsstrukturen (unter anderem Einsatz lokaler Quartiermanagements mit eigenen Budgets), Bürgerbeteiligung, Monitoring und eine dezidierte Gebietsorientierung.

In der ersten Programmperiode (1994 bis 1999) standen die Handlungsfelder Arbeit und Wirtschaft, Qualität der sozialen und physischen (Wohn-)Verhältnisse sowie Gesundheit und Bildung im Vordergrund. Kommunen erhielten für die Umsetzung von Projekten in diesen Bereichen entsprechende Finanzmittel. Der Fokus der zweiten Periode (1999 bis 2004) lag auf langfristigen programmatischen Vereinbarungen zwischen Staat und Kommunen auf der Grundlage kommunaler Entwicklungspläne, die für einen Zeitraum von zehn Jahren erarbeitet wurden und die Handlungsfelder städtebauliche und soziale Entwicklung sowie Wirtschaft und Beschäftigung enthalten mussten. In der dritten und letzten Phase (2005 bis 2009) wurden die inhaltlichen Schwerpunkte gemäß dem neuen Leitbild der „Starken Stadt“ (*Krachtige Stad*) um die Themen Sicherheit sowie Integration und Einbürgerung ethnischer Minoritäten ergänzt. Ressourcenbündelung und eine Konkretisierung der Vereinbarungen zwischen Regierung und Städten über die angestrebten Ziele und Ergebnisse rückten als weitere Prämissen in den Vordergrund. Gleichzeitig wurden den Kommunen mehr Spielräume zugestanden, eigene Akzente bei der Formulierung langfristiger Entwicklungspläne zu setzen (vgl. Ministry of the Interior and Kingdom Relations 2004).

*Grotestedenbeleid* wurde im Jahr 2007 durch das noch stärker gebietsbezogene integrative Programm *Wijkaanpak* ergänzt. Ursprünglich sollte es bis 2017 laufen, wurde jedoch nach dem Regierungswechsel im Juni 2010 auf nationaler Ebene nicht weitergeführt. Bis dahin wurde *Wijkaanpak* in 40 Quartieren in 18 Gemeinden umgesetzt. Kernelement des Programms war eine Abgabe, die alle Wohnungsunternehmen in den Niederlanden zu leisten hatten, um es Wohnungsunternehmen mit Beständen in den benachteiligten *Wijkaanpak*-Gebieten zu ermöglichen, hier verstärkt Entwicklungsmaßnahmen durchzuführen. Insgesamt standen für die Programmumsetzung rund 2,5 Mrd. Euro der Wohnungswirtschaft sowie 300 Millionen Euro staatlicher Fördermittel zur Verfügung. Neben den 40 prioritär geförderten Quartieren wurden zwischen 2008 und 2010 34 weitere Gebiete mit vergleichbaren Problemlagen mit insgesamt 60 Mio. Euro staatlicher Fördermittel unterstützt (*40+ Wijken*; vgl. WWI 2009).

Wie schon bei *Grotestedenbeleid* spielten auch beim Programm *Wijkaanpak* vertragliche Vereinbarungen zwischen der nationalen Ebene und den Kommunen eine zentrale Rolle. Als Grundlage für die Programmumsetzung waren gebietsbezogene kommunale integrierte Handlungskonzepte (*Wijkactieplan*) aufzustellen, die Aussagen zu den auf nationaler Ebene als zentral angesehenen Handlungsfeldern Wohnen/Leben, Arbeiten, Lernen und Aufwachsen (Bildung/Ausbildung), Integration sowie Sicherheit enthielten sowie entsprechende Ziele definierten (vgl. VROM 2007). Darüber hinaus war es ein Ziel des Programms, im Rahmen lokaler Partnerschaften verstärkt Bewohner und andere lokale Akteure wie Gewerbetreibende intensiv einzubinden (vgl. VROM 2008, WWI 2010: 2f.).

### Programmumsetzung in den Kommunen: Das Fallbeispiel Amsterdam – Nieuw-West

Für seine Umsetzung in fünf Amsterdamer Gebieten mit 60 bis 100 Projekten je Quartier wurde das Programm *Wijkaanpak* an die spezifische Situation der Stadt angepasst (*Charter Amsterdamse Wijkaanpak 2008 – 2018*) bzw. sind hier bereits etablierte Ansätze einer integrierten Quartiersentwicklung mit der Umsetzung des neuen Programms verknüpft worden. Dazu gehört das im Zeitraum 2007 bis 2010 durchgeführte kommunale Programm *Koers Nieuw West*, in dessen Rahmen die integrierte Entwicklung des Stadtteils Nieuw-West auf der Basis eines Vertrages zwischen der nachgeordneten Verwaltungs- und politischen Ebene des Stadtteils (*Stadsdeel*) sowie Wohnungsunter-

1) Passagen, die nicht durch andere Quellen belegt sind, basieren auf den Ergebnissen vor Ort durchgeführter Interviews mit Akteuren der kommunalen Verwaltungs- sowie der Quartiersebene.

nehmen mit den inhaltlichen Leitlinien Wirtschaft, Lernen und Aufwachsen, Integration, Teilhabe und Beschäftigung, Wohnen und Leben, Kunst und Kultur sowie Sport erprobt wurde (Programmvolumen: rund 37 Mio. Euro; vgl. Blom/van der Gughten/Dieters 2010: 10).

Nieuw-West besteht zu einem Großteil aus Siedlungsbauten der 1950er-Jahre, die teilweise nach dem Gartenstadt-Prinzip errichtet wurden, sowie späteren Ergänzungen in Form von Großwohnsiedlungen; rund 90 Prozent der 54.000 Wohneinheiten befinden sich im Besitz größerer Wohnungsunternehmen. Es handelt sich um ein innenstadtnahes Gebiet mit günstigen Mieten, dessen Bewohnerschaft überdurchschnittlich jung ist und in der Mehrheit einen Migrationshintergrund hat. Die Vielzahl von sozialen bzw. bürgerschaftlichen Initiativen und Organisationen zeugt von starken Ansätzen einer Gemeinwesenentwicklung. Diesen Qualitäten stehen allerdings verschiedene Herausforderungen gegenüber, die typisch für benachteiligte Stadtteile sind: städtebauliche Mängel, soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut, hohe Schulabbrecherquoten, soziale Spannungen, Kriminalität und subjektive Unsicherheit. Nieuw-West leidet unter einem starken Negativimage.

Nach Auslaufen der staatlichen Förderung im Rahmen des Programms *Wijkaanpak* im Jahr 2010 beschloss die Stadt Amsterdam, diesen Ansatz dennoch aufrechtzuerhalten und für seine Umsetzung alternative Ressourcen zu erschließen. Die heutige Finanzierung setzt sich bei einem insgesamt geringeren Budget aus Mitteln der Kommune, Ressourcen privater Unternehmen sowie der im jeweiligen Gebiet vertretenen Wohnungsunternehmen zusammen. Letztere nahmen schon immer eine tragende Rolle ein, denn viele Wohnungsunternehmen engagierten sich nicht nur für Bestandssicherung und Wohnumfeldverbesserung, sondern auch im sozialen und sozio-ökonomischen Bereich (Sozialarbeit, Unterstützung der lokalen Ökonomie etc.) sowie in Teilen Nieuw-Wests auch für die Entwicklung der Bildungsinfrastruktur. Seit Beginn der Finanzkrise stehen die meisten Wohnungsunternehmen allerdings vor dem Problem, über weniger Ressourcen zu verfügen, weshalb sie sich heute kaum noch in der Lage sehen, ihre als wichtig erachteten integrativen Strategien über bauliche Maßnahmen hinaus aufrechterhalten zu können. In einigen Fällen werden jedoch zumindest lokalökonomische Ansätze weiterhin unterstützt, wofür in Nieuw West das Projekt *Garage Notweg* ein prominentes Beispiel ist. Mit ihm wird nach dem Inkubator-Prinzip der Ansatz verfolgt, unternehmerische Selbständigkeit in den Bereichen Dienstleistungen und Kunst zu fördern, wofür seitens der



Wohnungswirtschaft Räumlichkeiten und teilweise auch Projektmittel zur Verfügung gestellt werden.

Das Gros der Projekte im sozialen und sozio-ökonomischen Bereich wird aus kommunalen *Wijkaanpak*-Mitteln finanziert, wobei eine zentrale Herausforderung darin besteht, das in Nieuw-West bisher Erreichte auch angesichts des insgesamt geringeren Finanzierungsansatzes aufrechtzuerhalten. Ein Teil der Lösung besteht darin, *Wijkaanpak* heute nur noch auf besonders benachteiligte „Fokusgebiete“ innerhalb des Stadtteils zu konzentrieren. Auch ein derzeit entwickelter weiterer kommunaler Programmansatz kann als Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen verstanden werden, der nur noch aus Mitteln des Stadtteils (*Stadsdeel*) gefördert wird, und bei dem vor allem das Engagement der lokalen Bevölkerung sowie eine (noch) stärkere Kooperation der beteiligten bzw. zu beteiligenden Akteure wie Banken und Unternehmen im Fokus stehen.

Für die Umsetzung der Programme wurde auf der Verwaltungsebene Amsterdams eine Stabsstelle (*Programma-bureau*) als interne Organisationseinheit eingerichtet, zu deren Hauptaufgabe die ressortübergreifende Koordination insbesondere der Bereiche Wohnungswesen, soziale Entwicklung, Wirtschaft sowie öffentliche Sicherheit gehört. Beratend wirken unter anderem verschiedene Wohnungsbaugesellschaften mit (vgl. Amsterdam.nl). In Nieuw-West selbst wird die Programmumsetzung von einer übergeordneten Programmmanagerin und vier Gebietsmanagern betreut. Darüber hinaus sind vor Ort neun Stadtteilbüros (*Buurthuis*) eingerichtet worden, die von gemeinnützigen Organisationen getragen werden und zu deren Kernaufgaben die Aktivierung und Beratung der Bewohnerschaft im Rahmen von Gemeinwesenarbeit gehören. Schließlich wurden von der Fachhochschule und der Universität Amsterdam (Bereiche Sozialwesen), die den Programmumsetzungsprozess wissenschaftlich begleiten, vier lokale, für die lokale Bevölkerung zugängliche Büros (*Boot*) eingerichtet, in denen bzw. von denen aus Studenten praktische Arbeit in den benachteiligten Quartieren leisten.

Fasst man die Erfahrungen und Einschätzungen der Programmakteure zusammen, zeigt sich unter anderem, dass die LEIPZIG CHARTA für die Programmumsetzung in Amsterdam eine nur geringe Bedeutung hat, wengleich viele ihrer Aspekte bzw. Elemente faktisch eine (große) Rolle spielen. So wird der integrative Ansatz sowohl auf der kommunalen Verwaltungs- als auch auf der Umsetzungsebene als alternativlos betrachtet: „Keine Stadterneuerung ohne Blick auch auf soziale und sozio-ökonomische Themen!“, lautete dazu der Kommentar eines Interviewpartners. Insbesondere im Rahmen des Programms *Wijkaanpak* seien viele gute Projekte erfolgreich durchgeführt worden sowie funktionierende Kooperationsstrukturen zwischen den beteiligten Akteuren – insbesondere zwischen Stadt und Wohnungsunternehmen – entstanden. Eine weitere Erfahrung zeigt allerdings, dass sich viele Akteure wieder in ihr Kerngeschäft zurückziehen, wenn keine Fördermittel mehr zur Verfügung stehen. Von einigen Gesprächspartnern wurde auf die generelle Schwierigkeit hingewiesen, die Kommunalpolitik von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit gebietsbezogener integrierter (Gemeinwesen-) Arbeit zu überzeugen. Generell gehe es jedoch „weniger darum, die Gebiete von Grund auf zu ändern, als vielmehr die Politik- und Verwaltungselbstverständlichkeiten zu ändern“, lautete dazu ein Kommentar.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen wurde von den befragten Akteuren eine Reihe von Vorschlägen geäußert, wie sich der Ansatz integrierter Quartiersentwicklung verbessern ließe. Dazu gehörten eine verlässliche Langzeit-

perspektive des Programms (acht bis zehn Jahre), die Institutionalisierung der bisher aufgebauten Kooperations- bzw. Netzwerkstrukturen (z.B. durch Verträge), die Aufrechterhaltung eines integrierten Budgets sowohl für bauliche als auch für soziale und wirtschaftliche Maßnahmen und Projekte, die Betonung von (projektunspezifischer) Gemeinwesenarbeit, die Verstetigung des bisher Erreichten sowie die Bereitschaft von Verwaltungsakteuren und kommunalen Politiker/innen, ihr Selbstverständnis in Richtung einer stärkeren Kooperationsbereitschaft zu verändern (kreative *governance* anstelle persistenten *governments*). Außerdem sollten die bereits erzielten Erfolge integrierter Quartiersentwicklung (qualitativ) dokumentiert und der allgemeine Erfahrungsaustausch intensiviert werden.

## Quellen

- Amsterdam.nl: Overzicht rollen [Internet]. O.O.  
URL: <http://www.amsterdam.nl/@216330/pagina/> (Stand: 5/2012).
- Blom, Stella, Martin van der Gugten und Mia Dieters (2010): *Programma-evaluatie Koers Nieuw West. Sociaal-economisch kopprogramma voor de Westelijke Tuinsteden in Amsterdam*. Amsterdam.
- Burgers, Jack; Thea Dukes, Jasper Hoes, Sako Musterd, Richard Staring und Ronald van Kempen (2001): *Urban Development Programmes, Urban Governance, Social Inclusion & Sustainability. National and City Contexts, Urban Development Programmes and Neighborhood Selection. The Dutch Background Report. A Working Paper for UGIS*. Amsterdam.
- Charter Amsterdamse Wijkaanpak 2008 – 2018. O.O.
- Ministry of the Interior and Kingdom Relations (2004): *Working together on the strength of the city. Urban Policy III 2005 – 2009*. Den Haag.
- Visitatiecommissie Wijkaanpak (2011): *Doorzetten en Loslaten. Toekomst van de Wijkaanpak. Deel 1: Eindrapportage + Deel 2: Rapportages Rijksoverheid en 18 Gemeenten*. Den Haag.
- VROM – Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer (2008): *Landelijke Alliantie Krachtwijken*. Den Haag.
- VROM – Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer (2007): *Actieplan Krachtwijken. Van Aandachtswijk naar Krachtwijk*. Den Haag.
- WWI – Minister voor Wonen, Wijken en Integratie (2010): *Voortgangsrapportage Wijkaanpak 2010*. Den Haag.
- WWI – Minister voor Wonen, Wijken en Integratie (2009): *Kamerbrief – Budget 40+ wijken, 2e tranche (19.10.2009)*. Den Haag.

## Schweden

Stadtentwicklung in Schweden, wo die Kommunen über ein hohes Maß an Planungs- bzw. Handlungsautonomie verfügen, wurde und wird von der nationalen Ebene durch eine Reihe (integrativer) Förderprogramme unterstützt. Dazu gehörte bis zum Jahr 2007 das *Local Investment Programme (LIP)* zur nachhaltigen Stadtentwicklung mit den Zielen Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden, Reduktion der Umweltverschmutzung, Steigerung der Biodiversität, qualitätvolle Gestaltung von Wohnumfeldsituationen sowie – insgesamt damit zusammenhängend – Beschäftigungsförderung. Mit dem *Climate Investment Programme (KLIMP)* wurden bis zum Jahr 2012 zudem Projekte im Bereich Klimaschutz gefördert. Weitere Mittel für die Realisierung umweltfreundlicher (bau) technischer Lösungen wurden in den Jahren 2008 bis 2010 im Zusammenhang mit großen Investitionsprojekten in Malmö, Stockholm und Umea bereitgestellt (vgl. MVIV 2010: 632).

Über den städtebaulichen Fokus hinaus wird in Schweden im Rahmen von Verträgen zwischen nationaler und kommunaler Ebene die integrierte Entwicklung benachteiligter Wohnquartiere gefördert, zu denen vor allem an den Stadträndern von Stockholm, Göteborg und Malmö liegende kommunale Wohnungsbauprojekte aus den 1960er- bis 1980er-Jahren gehören. Diese Quartiere weisen unter anderem einen überdurchschnittlich hohen Zuwandereranteil auf, weshalb Handlungsschwerpunkte der Stadtteilentwicklung hier vor allem in den Bereichen Bildung und Beschäftigung bzw. (Wieder-)Eingliederung (von Migrant/innen) in den Arbeitsmarkt liegen, während der in der Regel hohe bauliche Standard meist keine Handlungserfordernisse mit sich bringt (vgl. EUKN 2009; MVIV 2010: 632).

Lokale Entwicklungsvereinbarungen zwischen Regierung und einzelnen Kommunen standen auch schon im Mittelpunkt des bereits im Jahr 1998 aufgelegten und bis zum Jahr 2010 umgesetzten integrativen Förderprogramms *Storstadspolitiken* (Großstadtpolitik) mit seinen fünf Elementen Gebietsbezug, ressortübergreifende Zusammenarbeit, Aktivierung und Beteiligung lokaler Akteure, Fokus auf Beschäftigungsförderung sowie Evaluation der verschiedenen Handlungsfelder und Programmschwerpunkte (vgl. BMVBS 2012: 19; Ministry of Justice 2006). Inhaltlich war es erklärtes Programmziel, die Integration von Zuwanderern und die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit benachteiligter Quartiere zu fördern, wobei die Handlungsfelder Beschäftigung, Sprachförderung, Bildung, Gesundheit und Sicherheit im Vordergrund standen (Euricur 2004: 86). Damit wurden auch schon in diesem bereits zurückliegenden Programm weniger bauliche, sondern primär soziale Akzente gesetzt.

Im Rahmen der lokalen Entwicklungsvereinbarungen wurden zunächst für einen Zeitraum von drei Jahren Handlungsfelder, Zielsetzungen und Umsetzungspläne für die integrative Entwicklung benachteiligter Wohnquartiere abgestimmt. Zu den Voraussetzungen für eine Programmteilnahme gehörten das Einbringen eines kommunalen Eigenanteils in gleicher Höhe wie die Fördersumme sowie eine Schwerpunktsetzung auf die Aktivierung und Beteiligung der jeweiligen Gebietsbewohnerschaft, aber auch sonstiger lokaler Akteure wie Polizei, Wohnungsunternehmen, Schulen, lokale Unternehmen (Andersson/Palander 2001: 31; Öresjö et al. 2004: 21). Nachdem zwischen 2004 und 2008 keine staatlichen Mittel mehr in die bislang geförderten Gebiete geflossen waren und der Fokus auf der Erschließung alternativer Ressourcen bzw. auf Verstetigung gelegen hatte, wurde im Jahr 2008 der Ansatz der Entwicklungsvereinbarungen wieder aufgenommen. In dieser jüngsten Programmrunde mit Laufzeit bis 2010 nahmen 38 benachteiligte Stadtteile in 21 Kommunen am Programm teil, das nun auch auf einem am 1. Juli 2008 in Kraft getretenen Stadtentwicklungsgesetz basierte. Die Federführung für das Programm lag beim schwedischen Arbeitsministerium (vgl. EUKN 2011: 109; Regeringskansliet 2012).

Insgesamt zeigt sich, dass die schwedische Regierung eine maßgebliche Impulsgeberin für lokale Ansätze einer gebietsbezogenen integrierten Entwicklung benachteiligter Stadtteile ist. Die Hauptakteure zur Implementierung der staatlichen Politik sind jedoch die Gemeinden und lokalen Bezirksverwaltungen. Auf kommunaler Ebene werden darüber hinaus eigenständige integrierte Entwicklungsansätze in verschiedenen Themenbereichen realisiert – so zum Beispiel im Rahmen des *Environmental Programme for the City of Malmö 2009 – 2020* unter anderem mit den Handlungsfeldern städtebauliche Anpassung an den Klimawandel, Energieeffizienz, nachhaltiger Verkehr, nachhaltige Wohnumfeldverbesserung, Bürgerbeteiligung (Malmö Stad o.J.).

### Quellen

Andersson, Roger, und Camilla Palander (2001): National and City Contexts, Urban Development Programmes and Neighborhood Selection. A Swedish Background Report. A Working Paper for UGIS. Uppsala.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2012): Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiersentwicklung im Programm Soziale Stadt. Berlin.

EUKN – European Urban Knowledge Network (2011): Urban Development in Europe. A Survey of National Approaches to Urban Policy in 15 Member States. The Hague.

EUKN – European Urban Knowledge Network (2009): "In Swedish deprived neighbourhoods problems are not directly visible" [Internet]. O.O. URL: [http://www.eukn.org/Interviews/2009/%E2%80%9CIn\\_Swedish\\_deprived\\_neighbourhoods\\_problems\\_are\\_not\\_directly\\_visible\\_%E2%80%9D](http://www.eukn.org/Interviews/2009/%E2%80%9CIn_Swedish_deprived_neighbourhoods_problems_are_not_directly_visible_%E2%80%9D) (Stand: 4/2012).

Malmö Stad (o.J.): Environmental Programme for the City of Malmö 2009 – 2020.

Ministry of Justice (2006): Fact Sheet. Metropolitan Policy. Stockholm.

Öresjö, Eva, Roger Andersson, Emma Holmquist, Lars Pettersson und Christina Siwertsson (2004): RESTATE. Restructuring Large-scale Housing Estates in European Cities: Good Practices and New Visions for Sustainable Neighborhoods and Cities. Large Housing Estates in Sweden. Utrecht.

Regeringskansliet. Government Offices of Sweden (2012): Urban Development [Internet]. O.O. URL: <http://www.sweden.gov.se/sb/d/2188/a/15847?setEnableCookies=true> (Stand: 4/2012).

## Schweiz

Seit Ende der 1990er-Jahre gewinnen in der Schweiz Ansätze integrierter Stadt(teil)entwicklung an Bedeutung: Angesichts eines fortschreitenden Urbanisierungsprozesses und der damit einhergehenden Herausforderungen, die sich vor allem in den Städten konkretisieren (u.a. Suburbanisierung, Zersiedelung, funktionale Entmischung, Verkehrs- und Umweltbelastungen, Zunahme sozialer Probleme, zunehmend engere öffentliche Haushaltslagen), wurde 2001 auf nationaler Ebene die *Agglomerationspolitik des Bundes* initiiert. Ziel dieses ebenenübergreifenden Politikansatzes ist es, die wirtschaftliche Attraktivität der Städte und deren Lebensqualität für ihre Bewohner/innen zu steigern. Dies soll insbesondere durch eine verbesserte vertikale und horizontale Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Kommunen als Teil neuer Governancestrukturen erreicht werden. Für die Koordinierung der Zusammenarbeit, die Festlegung von thematischen Schwerpunkten und die Abstimmung entsprechender Umsetzungsaktivitäten haben sie die gemeinsame *Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)* als Informations- und Koordinierungsplattform eingerichtet. Weitere wesentliche Bausteine der *Agglomerationspolitik* sind die Unterstützung von Modell- und Pilotvorhaben (u.a. *Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung*, *Programm Projets urbains*), ein Monitoringsystem (*Monitoring urbaner Raum Schweiz – MuR*), die Beteiligung an europäischen Programmen und Gemeinschaftsinitiativen sowie der Erfahrungsaustausch der beteiligten Programmakteure (ARE/SECO 2011: 7ff.; Tobler 2009).

Umgesetzt wurden integrative Strategien als Bestandteil der *Agglomerationspolitik* des Bundes erstmals von 2003 bis 2007 im Zusammenhang mit einem ressortübergreifend getragenen Projekt: Im Rahmen des nationalen Programms *Nachhaltige Quartierentwicklung (NaQu)* wurde am Beispiel von vier Quartieren in Schweizer (Groß-)Städten modellhaft untersucht, wie hier die Lebensbedingungen auf Grundlage eines gebietsbezogenen Ansatzes und durch

Verknüpfung von Top-down- und Bottom-up-Strategien verbessert werden können (vgl. BFE/ARE/BWO 2004: 4ff.). Die so gewonnenen Erfahrungen sind in das Nachfolgeprojekt *Nachhaltige Quartierentwicklung II (NaQu II)* eingeflossen, das von 2009 – 2010 in sechs weiteren Pilotquartieren erprobt wurde. Ziel war die Entwicklung eines flexiblen internetbasierten Instruments *Nachhaltige Quartiere by SméO*, das die Schweizer Städte und Gemeinden als Bewertungs- und Entscheidungshilfe bei Planung oder Erneuerung von Quartieren unter Nachhaltigkeitskriterien unterstützen soll und das bis Ende 2012 von 18 Gemeinden anhand konkreter Vorhaben getestet wird (ARE/BFE 2011: 29ff.).

Ein weiteres Programm auf nationaler Ebene, das sich ebenfalls in die *Agglomerationspolitik des Bundes* einfügt, ist das im Jahr 2008 gestartete ressortübergreifende Programm *Projets urbains – Gesellschaftliche Integration in Wohnquartieren*, das als Reaktion auf die vom Schweizerischen Bundesamt für Migration in vielen Wohnquartieren festgestellten Defizite bei der Integration von Zuwanderern mit der Folge zunehmender sozial-räumlicher Fragmentierung aufgelegt wurde (BFM 2007: 19ff.). Nach einer ersten Pilotphase von 2008 – 2011 mit elf beteiligten Quartieren stellt es in einer zweiten Phase von 2012 – 2015 für zehn Programmgebiete fachliche, finanzielle und technische Unterstützung bereit, um mit den komplexen Herausforderungen der Stadtentwicklung in benachteiligten Stadtteilen umgehen zu können. Von der nationalen Ebene werden hierfür jährlich Fördermittel in Höhe von 500.000 Schweizer Franken (knapp 420.000 Euro) zur Verfügung gestellt; der Bund fördert Anteile bis maximal der Hälfte der Projektkosten bei einer Deckelung bei 200.000 Schweizer Franken (rund 170.000 Euro) über die Gesamtlaufzeit des jeweiligen *Projet urbain*. Die Vorhaben liegen allesamt in kleineren bzw. mittleren Städten und Gemeinden, die im Gegensatz zu größeren Kommunen bislang nicht über geeignete Erfahrungen und Instrumente für eine integrierte

Quartiersentwicklung verfügten. Der gebietsbezogene integrierte Ansatz des Programms *Projets urbains* sieht für die Programmgebiete die gemeinschaftliche, partizipative Entwicklung einer Quartiersvision sowie die Erstellung eines integrierten Entwicklungs- bzw. Handlungskonzepts unter Einbeziehung aller relevanten Akteure vor. Die Planungen sollen sich an den Potenzialen der Quartiere orientieren und in gesamtstädtische Ansätze eingebunden sein. Ziel ist auch die Förderung neuer Organisations- und Managementstrukturen auf kommunaler Ebene beispielsweise zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Auf Bundesebene wird das Programm durch eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe betreut, durch eine externe Evaluierung kontinuierlich begleitet sowie um einen halbjährlichen Erfahrungsaustausch der beteiligten Kommunen und Kantone ergänzt (ARE 2011; Maury 2009; MVIV 2010: 664ff., 670; BFM 2007: 40ff.).

Unabhängig von diesen programmatischen Ansätzen werden seit Ende der 1990er-Jahre vergleichbare Strategien einer gebietsbezogenen integrierten Stadtteilentwicklung auch auf kommunaler Ebene einiger Schweizer (Groß-) Städte durchgeführt (unter anderem in Bern, Genf, Winterthur, Zürich; vgl. u.a. Stadt Zürich 2005).

Als Schlüsselemente für eine integrierte Stadt(teil)entwicklung werden in der Schweiz die Einbindung aller wichtigen Akteure – Verwaltung, öffentliche Einrichtungen, Eigentümer, Zivilgesellschaft – in die Prozesse, die Kombination von kurz- und langfristigen Zielen bei der Quartiersentwicklung, eine breite Partizipation der Bewohner/innen sowie die Unterstützung durch die lokale Politik gesehen (MVIV 2010: 674).

## Quellen

ARE – Bundesamt für Raumentwicklung (2011): „Projets urbains“: Bund unterstützt Projekte für Entwicklung von Wohngebieten [Internet]. Ittingen. URL: <http://www.are.admin.ch/dokumentation/00121/00224/index.html?lang=de&msg-id=42570> (Stand 7/2012).

ARE/BFE – Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)/Bundesamt für Energie (BFE) (Hrsg.) (2011): Nachhaltige Quartiere. Herausforderungen und Chancen für die urbane Entwicklung. Bern.

ARE/SECO – Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)/Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) (Hrsg.) (2011): Evaluation und Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik des Bundes. Bericht zuhanden des Bundesrats. Bern.

BFE/ARE/BWO – Bundesamt für Energie (BFE), Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) (Hrsg.) (2004): Nachhaltige Quartierentwicklung. Vier Pilotprojekte. Bern.

BFM – Bundesamt für Migration (2007): Bericht Integrationsmassnahmen. Bericht über den Handlungsbedarf und die Massnahmenvorschläge der zuständigen Bundesstellen im Bereich der Integration von Ausländerinnen und Ausländern per 30. Juni 2007. Bern.

Maury, Josianne (2009): Vom „Projet Urbain“ zur nachhaltigen Quartierentwicklung. In: Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) (Hrsg.): forum raumentwicklung. Heft 2/2009. Bern: 19–21.

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Stadt Zürich – Stadtentwicklung Zürich/Präsidialdepartement (Hrsg.) (2005): Bericht über den Legislatorschwerpunkt „Lebensqualität in allen Quartieren“ 2002–2006. Zürich.

Tobler, Georg (2009): Städte und Agglomerationen: ein politisches Schwerpunktthema der Zukunft. In: Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) (Hrsg.): forum raumentwicklung. Heft 2/2009. Bern: 5–7.

## B Länder mit nationalen oder regionalen Programmen oder mit nationalen Leitlinien für integrierte Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)

### Bulgarien

In Bulgarien wurden erste Ansätze zur Vorbereitung einer integrierten nationalen Stadtpolitik Anfang der 2000er-Jahre mit dem *National Strategy and Action Plan on Poverty Reduction and Social Inclusion* und dem *National Programme for Improving the Living Conditions of Ethnic Minorities in Urban Areas* im Rahmen des *United Nations Development Programme (UNDP)* ins Leben gerufen (UNDP 2005a; 2005b).

Mit der im Jahr 2005 beschlossenen *National Regional Development Strategy 2005–2015 (NRDS)* wurde integrierte Stadtentwicklung dann als wichtige Priorität einer nachhaltigen und ausgewogenen Regionalpolitik verankert. Zur Bewältigung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme in den großen Ballungsräumen sieht die Strategie neben städtebaulichen Sanierungen sowie dem Schutz und der Entwicklung des historischen und kulturellen Erbes auch Maßnahmen zur Förderung von Unterneh-

mertum und lokaler Beschäftigung sowie die Entwicklung und Bereitstellung von Dienstleistungen vor, die an die demografischen Veränderungen angepasst sind. Zudem verfolgt die Strategie dezidiert einen gebietsbezogenen Ansatz, indem sie insbesondere auf die Sanierung alter Industriegebiete und auf die Verbesserung der städtischen Umwelt in benachteiligten Wohnquartieren zielt (NRDS 2005: 77f.).

Das Operational Programme „Regional Development“ 2007–2013 (OPRD) zur Beantragung von Mitteln aus den europäischen Strukturfonds greift die Prioritätensetzung der NRDS auf und legt – u.a. vor dem Hintergrund der LEIPZIG CHARTA – nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung als eine von fünf Prioritätsachsen des Programms fest. Im Zentrum stehen die Stärkung des wirtschaftlichen Wohlstands, des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung in den Städten, die Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau, der sozialen Eingliederung und Erneuerung in städtischen Gebieten sowie der Schutz und die Verbesserung der städtischen Umwelt. Durch die Erstellung und Umsetzung integrierter Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspläne soll auch ein Beitrag zu Governance und Empowerment in den Städten geleistet werden. Ein besonderer Gebietsfokus liegt auf der Revitalisierung von Großsiedlungen sowie von Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Roma-Bevölkerung (Ministry of Regional Development and Public Works 2010: 93ff.).

Die gebietsbezogene Ausrichtung der nationalen Stadtentwicklungspolitik erfolgt vor dem Hintergrund, dass sich Bulgarien zwar seit Ende der 1990er-Jahre ökonomisch stabilisiert, jedoch die wirtschaftliche Konsolidierung landesweit und räumlich ungleich ausgeprägt ist. Grundsätzlich profitieren Städte mehr als ländliche Gebiete vom wirtschaftlichen Wachstum. Doch auch wenn sich insbesondere in den Städten der Lebensstandard verbessert hat, ist Armut mit Blick auf EU-Standards immer noch ein Problem. Vor allem dort, wo sich ethnische Minoritäten (insbesondere Roma), die überdurchschnittlich von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind, räumlich konzentrieren, entwickeln sich sozio-ökonomisch benachteiligte Wohnquartiere, in denen die Wohnverhältnisse und Wohnbedingungen unzureichend sind. Hier wurden zum Teil illegal Wohnungen und Wohngebäude errichtet, deren technische Ausstattung mangelhaft ist; Wasserversorgung und Heizung fehlen mitunter gänzlich. Auch der öffentliche Raum ist stark vernachlässigt. Neben diesen Quartieren, in denen sich provisorische Wohnungen konzentrieren, sind die Großwohnsiedlungen an den Stadträndern häufig in baulich sehr schlechtem Zustand und gelten als Gebiete mit hohem Entwicklungsbedarf (vgl. UNDP 2005a; CoNet Local Support Group, Sofia Municipality o.J.).

Auf kommunaler Ebene liegen konkrete Erfahrungen mit integrierter Stadtteilentwicklung beispielsweise in der Hauptstadt Sofia vor. Als Ergebnis des von April 2008 bis Mai 2011 im Rahmen des europäischen Austausch- und Lernprogramms *URBACT* durchgeführten Projektes *CoNet – Cohasion Network* hat die Stadt für den Krasna Polyana District einen *Local Action Plan (LAP)* erstellt. Der Krasna Polyana District ist einer der am dichtesten besiedelten und am stärksten benachteiligten Stadtteile Sofias mit einem Roma-Anteil von 25 Prozent. Zentrales Ziel des *LAP* ist die Integration dieser Bevölkerungsgruppe. Hierfür sollen ihr Zugang zu Bildungs-, Gesundheits- und Sozialleistungen optimiert und mit Hilfe eines kommunalen Infrastrukturprogramms die Wohnqualität und das soziale Umfeld im Stadtteil verbessert werden. Vertreter der Roma-Bevölkerung, Nichtregierungsorganisationen und andere Akteure der Zivilgesellschaft sind in die Gestaltung des Stadtteilprozesses eingebunden. Zur Unterstützung der Entwicklung und Umsetzung des *LAP* wurde in der Stadtverwaltung eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, deren Federführung der für soziale Angelegenheiten zuständige stellvertretende Bürgermeister inne hat (CoNet 2011; 2008a; 2008b; CoNet Local Support Group, Sofia Municipality o.J.).

## Quellen

- CoNet – Cohasion Network (Hrsg.) (2011): CoNet's Guide to Social Cohesion. Integrated Approaches in Disadvantaged Neighbourhoods [Internet]. Berlin. URL: [http://www.weeberpartner.de/files/CoNet\\_s\\_Guide\\_to\\_Social\\_Cohesion\\_01.pdf](http://www.weeberpartner.de/files/CoNet_s_Guide_to_Social_Cohesion_01.pdf) (Stand: 3/2012).
- CoNet – Cohasion Network (Hrsg.) (2008a): Social Cohesion in Neighbourhoods across Europe. Baseline Study [Internet]. O.O. URL: [http://urbact.eu/fileadmin/Projects/CoNet/documents\\_media/CoNet\\_Baseline.pdf](http://urbact.eu/fileadmin/Projects/CoNet/documents_media/CoNet_Baseline.pdf) (Stand: 3/2012).
- CoNet – Cohasion Network (Hrsg.) (2008b): The CoNet Partner Cities Project Planning, Questions and Answers. Baseline Study – Annex [Internet]. O.O. URL: [http://urbact.eu/fileadmin/Projects/CoNet/documents\\_media/CoNet\\_Baseline\\_Annex.pdf](http://urbact.eu/fileadmin/Projects/CoNet/documents_media/CoNet_Baseline_Annex.pdf) (Stand: 3/2012).
- CoNet Local Support Group, Sofia Municipality (o.J.): Sofia Municipality – Krasna Polyana District: English summary of the Local Action Plan (LAP). Improving inclusion of Roma Minority in Krasna Polyana district – Challenge for Sofia municipality [Internet]. O.O. EU-KOM – Kommission der Europäischen Gemeinschaften/Phare (2006): Beautiful Bulgaria II: Temporary Employment and Vocational Training. BG 9914, Summary [Internet]. O.O. URL: [http://ec.europa.eu/enlargement/fiche\\_projet/document/bg9914-beautiful\\_bulgaria\\_ii.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/fiche_projet/document/bg9914-beautiful_bulgaria_ii.pdf) (Stand: 3/2012).
- Ministry of Regional Development and Public Works, Directorate General „Programming of Regional Development (2010): Operational Programme “Regional Development” 2007–2013 [Internet]. Sofia. URL: <http://www.eufunds.bg/document/465> (Stand: 3/2012).
- NRDS – National Regional Development Strategy of the Republic of Bulgaria for the Period 2005–2015 (2005) [Internet]. Sofia. URL: [http://www.espon-interstrat.eu/admin/attachments/NRDS\\_2005\\_-\\_2015\\_Bulgaria\\_summary\\_En.pdf](http://www.espon-interstrat.eu/admin/attachments/NRDS_2005_-_2015_Bulgaria_summary_En.pdf) (Stand: 3/2012).

UNDP (2005a): UNDP Bulgaria Country Programme 2006–2009 [Internet]. O.O. URL: <http://www.undp.bg/publications.php?id=1926> (Stand: 3/2012).

UNDP (2005b): Support to the Formulation of a National Programme for Improving the Living Conditions of Disadvantaged Ethnic Minorities in Urban Areas [Internet]. Sofia. URL: [http://www.undp.bg/focus\\_areas.php?id=75](http://www.undp.bg/focus_areas.php?id=75) (Stand: 3/2012).

## Island

Zu den Rahmenbedingungen für Stadtentwicklung in Island gehört, dass hier mehr als 90 Prozent der ca. 320.000 Einwohner/innen des sehr dünn besiedelten Landes in Städten leben – allein mehr als ein Drittel in der Hauptstadt Reykjavík; in der Hauptstadtregion leben sogar zwei Drittel der Gesamtbevölkerung, während das Gros der Städte weniger als 10.000 Einwohner/innen hat. Hintergrund für die starke Urbanisierung Islands sind umfassende Land-Stadt-Wanderungen, die im 20. Jahrhundert stattfanden (vgl. Precedo 2009).

Vor diesem Hintergrund muss sich Stadtpolitik in Island nicht nur mit den Problemen der Hauptstadt(region) beschäftigen, sondern auch mit den Herausforderungen der Kleinstädte. Daher wurde vom Parlament Islands ein nationaler strategischer Plan zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung in den eher ländlichen Teilen des Landes mittels einer Reihe von Programmen und Initiativen verabschiedet (vgl. Jørgensen/Ærø 2008: 34). Eine eigentliche nationale Stadtentwicklungspolitik existiert in Island jedoch nicht; entsprechend gibt es für diese Aufgabe auch kein zuständiges Ministerium.

Auf kommunaler Ebene steht die Steuerung des Siedlungswachstums und der Suburbanisierung in der immer noch wachsenden Hauptstadtregion Reykjavík im Fokus der Stadtentwicklung. Das Gebiet ist zwischen verschiedenen Gemeinden aufgeteilt, wobei es allerdings keine zuständige regionale Behörde gibt. Das schnelle und weitgehend unkoordinierte städtische Wachstum führt zu Problemen wie übermäßige Zersiedelung und mangelnde Abstimmung bei Standortentscheidungen über große Bauvorhaben (z.B. Lokalisierung von Einkaufszentren). Daher haben die acht Gemeinden der Hauptstadtregion im Jahr 2002 einen gemeinsamen *Entwicklungsplan für den Großraum Reykjavík* erstellt, der einen Planungshorizont bis 2024 hat. Gegenstand dieser Planung ist unter anderem die gemeinsame Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs und der Abfallbehandlung; darüber hinaus enthält der Plan Aussagen zur Flächennutzung, Stadtentwicklung, Landschaftsplanung und Umwelt sowie zur Evaluierung sozialer und wirtschaftlicher Auswirkungen der Entwicklungen in der Hauptstadtregion (vgl. Reykjavíkurborg [b]; Jørgensen/Ærø 2008: 34; Reynarsson 2001: 6).

Die Hauptstadt Reykjavík selbst startete zu Beginn des Jahres 2000 das Stadtentwicklungsprogramm *The Future City*. Ziel des Programms war es, im Dialog zwischen der Stadtverwaltung und den Bewohner/innen Reykjavíks eine Zukunftsvision für Reykjavík für die nächsten anderthalb Jahrzehnte zu entwickeln. Hierzu wurden u.a. diverse Konferenzen, Diskussionsrunden, Expertengespräche und Arbeitsgruppen veranstaltet. Ergebnis dieses Dialogprozesses ist der Anfang 2003 in Kraft getretene *Masterplan Reykjavík 2001–2024 (Aðalskipulag Reykjavíkur 2001–2024)*, der vor allem Aussagen zur Flächennutzung und Verkehrsentwicklung enthält. Ein zentrales Stadtentwicklungsprojekt der jüngeren Zeit ist die Entwicklung des alten Hafengebiets der Hauptstadt; ein Schwerpunkt liegt dabei im kulturellen Bereich (u.a. Errichtung eines direkt am Wasser gelegenen neuen Konzerthauses) (vgl. Reykjavíkurborg [a]; Reynarsson 2001: 2; Bomsdorf 2008).

### Quellen

Bomsdorf, Clemens (2008): Neuer Glanz für Hafenstädte. In: art. Das Kunstmagazin. 16. Mai 2008 [Internet]. O.O. URL: <http://www.art-magazin.de/architektur/6444.html> (Stand: 5/2012).

Jørgensen, Gertrud, und Thorkild Ærø (2008): Urban Policy in the Nordic Countries - National Foci and Strategies for Implementation. *European Planning Studies*. Vol. 16, No. 1, January 2008: 23-41 [Internet]. O.O. URL: [www.eukn.org/dsresource?objectid=147967](http://www.eukn.org/dsresource?objectid=147967) (Stand: 5/2012).

Precedo, Pedro (2009): Social Connection and Urban Fabric in Reykjavík at the Dawn of the Global Economic Downturn. BA Thesis [Internet]. O.O. URL: <http://skemman.is/stream/get/1946/2753/9074/1/Lokaritgerd.pdf> (Stand: 5/2012).

Reykjavíkurborg – Skipulags- og byggingarsvið (a): *Aðalskipulag Reykjavíkur 2001–2024* [Internet]. O.O. URL: [http://www.reykjavik.is/desktopdefault.aspx/tabid-3818/6385\\_view-2732](http://www.reykjavik.is/desktopdefault.aspx/tabid-3818/6385_view-2732) (Stand: 5/2012).

Reykjavíkurborg – Skipulags- og byggingarsvið (b): *Svæðisskipulag höfuðborgarsvæðisins* [Internet]. O.O. URL: [http://www.reykjavik.is/desktopdefault.aspx/tabid-3818/6385\\_view-2733](http://www.reykjavik.is/desktopdefault.aspx/tabid-3818/6385_view-2733) (Stand: 5/2012).

Reynarsson, Bjarni (2001): Reykjavík – the Future City. Paper presented at the conference: Area-based initiatives in contemporary urban policy. Danish building and Urban Research and European Urban Research Association. Copenhagen 17.-19. May 2001 [Internet]. O.O. URL: <http://www.sbi.dk/eura/workshops/papers/workshop1/reynarsson.htm> (Stand: 5/2012).

## Lettland

Zur übergeordneten Entwicklungsstrategie Lettlands gehört es, auf Grundlage der verfügbaren Ressourcen und Entwicklungsmöglichkeiten Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in allen Räumen des Landes zu stärken sowie die ökonomische Attraktivität der Städte zu steigern. Vor diesem Hintergrund gewinnen hier auch Fragen einer integrierten Stadtentwicklung zunehmend an Bedeutung, für deren Realisierung die LEIPZIG CHARTA und ihre Elemente als wichtige Grundlage benannt werden. Im Vordergrund stehen dabei insbesondere Gebietsbezug, sektoren- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit, Governance-Ansätze bzw. die Beteiligung eines möglichst breiten Spektrums lokaler Akteure im Rahmen von Stadtentwicklungsprozessen (vgl. Nicis/EUKN 2008: 15f.).

Zwar hat Lettland auf nationaler Ebene bislang kein Programm explizit zur integrierten Stadtentwicklung aufgelegt, aber mit der *Sustainable Development Strategy of Latvia up to 2030 (SDSL)* sowie dem *Latvian National Development Plan 2007–2013 (NDP)* bestehen zwei wichtige strategische Entwicklungs- und Planungsdokumente, mit denen das Ziel einer ausgeglichenen räumlichen sowie sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes verfolgt wird und die auch erste Ansätze einer integrierten Stadtentwicklung enthalten. So umfasst die *SDSL* unter anderem die Handlungsfelder kulturelle Entwicklung, Qualifizierung und Beschäftigung, Förderung von unternehmerischer Selbständigkeit, Gesundheitsvorsorge, Bildung und Schule, Steigerung der Energieeffizienz, umweltgerechte Flächenentwicklung, Verbesserung der (öffentlichen) Verkehrsinfrastruktur sowie insgesamt eine intensivere Beteiligung und Vernetzung von lokalen Akteuren, Institutionen und Organisationen. Die *SDSL* legt auch das räumliche Entwicklungskonzept Lettlands (einschließlich der wichtigsten Entwicklungszentren) fest, das die Grundlage für eine polyzentrale Entwicklung bildet.

Übergeordnetes Ziel ist es, den Einwohner/innen des Landes – unabhängig vom jeweiligen Wohnort – möglichst gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu bieten. Zu den wichtigsten Entwicklungsansätzen zählen dabei: Steigerung des Potenzials und der Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungszentren, Schaffung attraktiver städtischer Umgebungen für Bewohner/innen und Investoren, Kooperation und Interaktion von städtischen und ländlichen Gebieten bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen, Erleichterung von unternehmerischen Aktivitäten und Schaffung von hochwertigen Lebensbedingungen auf dem Lande, Stärkung funktionaler Netzwerke der Entwicklungszentren sowie Vereinbarungen über die

effiziente Nutzung von Ressourcen auf Basis von Komplementarität und Kooperationsprinzipien (vgl. Saeima of the Republic of Latvia 2010).

Im *NDP* wiederum wird betont, dass eine solche polyzentrische Entwicklung des Städtenetzes die für eine ausgewogene Entwicklung Lettlands erforderlichen Voraussetzungen schafft. So sind die Städte und Gemeinden zu einer treibenden Kraft der Entwicklung des Landes und seiner Regionen geworden. Dabei ist die *SDSL* auf eine langfristige Perspektive orientiert, der *NDP* hingegen legt darauf aufbauend mittelfristige Planungsziele fest. Die Erstellung beider Entwicklungs- und Planungsdokumente wurde durch eine breite Beteiligung von Vertreter/innen der regionalen und lokalen Verwaltungsebene, NGOs, Bürger/innen sowie weiteren interessierten Akteuren begleitet (vgl. MVIV 2010: 387ff.; Nicis/EUKN 2008: 60).

Mit dem Ziel, die polyzentrische Entwicklung zu unterstützen, wird unter Federführung des Ministeriums für Umweltschutz und regionale Entwicklung (*VARAM*) im Rahmen der nationalen Ausgestaltung des *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung* unter anderem das prioritäre Ziel „Polyzentrische Entwicklung“ umgesetzt. Dazu werden drei Ansätze verfolgt: Wachstum der nationalen und regionalen Entwicklungszentren, nachhaltige Entwicklung der Stadt Riga sowie Wachstum der Gemeindegemeinschaften (*Novadi*). Innerhalb des prioritären Ziels können 35 Gemeinden integrierte Projekte umsetzen, die von zentraler Bedeutung für ihre jeweilige Entwicklung sind. Voraussetzung für die Förderfähigkeit ist eine lokale integrierte Entwicklungsstrategie, die neben einer Vision für die räumliche Entwicklung der Kommune und einer Analyse der jeweiligen lokalen Herausforderungen auch Aussagen zu Wachstumspotenzialen sowie komplexen Lösungsansätzen enthalten muss.

Darüber hinaus wurde mit Unterstützung von Expert/innen des LEED-Programms der OECD und unter Beteiligung eines breiten Akteurspektrums (Planer/innen, Regional- und Kommunalvertreter/innen etc.) auf nationaler Ebene Lettlands ein methodischer Leitfaden für die Ausarbeitung integrierter Entwicklungsstrategien auf regionaler und lokaler Ebene erstellt, der sich an den Prinzipien der LEIPZIG CHARTA orientiert. Ziel des Leitfadens ist es, Planer/innen und Politiker/innen praktische Empfehlungen für eine effektive räumliche Entwicklung an die Hand zu geben. Zusätzlich wurde auch methodische Unterstützung vor Ort bereitgestellt (vgl. RAPLM 2008). Die Umsetzung integrierter Stadtentwicklungspolitik ist

in Lettland fast ausschließlich auf kommunaler Ebene angesiedelt und richtet sich im Schwerpunkt auf baulich-städtebauliche Erneuerung (Sanierung, Verbesserung der Verkehrs- und öffentlichen Infrastruktur, Wohnumfeldverbesserung; vgl. MVIV 2010: 400f.).

Zu den Herausforderungen für die Umsetzung integrierter Ansätze in Lettland gehören auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene der Aufbau der dafür notwendigen fachlichen Kompetenzen sowie Strukturen einer intensiven sektoren- und ebenenübergreifenden Zusammenarbeit. Generell geht es auch darum, das Vertrauen der Bürger/innen in das Handeln der Verwaltung zu stärken (vgl. Nicis/EUKN 2008: 51).

## Litauen

Wie in anderen mittel- und südosteuropäischen Ländern auch wurden in Litauen während der 1990er-Jahre ehemals kommunale Wohnungsbestände in starkem Maße privatisiert; die Folgen sind massive Desinvestition und Verfall der Bausubstanz, was zu den zentralen Herausforderungen für die Stadtentwicklung in diesem Land zählt. Darüber hinaus bietet ein verengter freier Wohnungsmarkt nur deutlich eingeschränkte Zugangschancen für einkommensschwächere Haushalte (vgl. MVIV 2010: 409).

Als Reaktion auf diese Situation hat Litauen auf der nationalen Ebene bereits im Jahr 2004 die *Lithuanian Housing Strategy 2004–2020* verabschiedet, die relevante Ziele auch für eine integrierte Stadtteilentwicklung enthält. Dazu gehören die Schaffung von Sozialwohnungen bzw. generell Wohnmöglichkeiten für benachteiligte Bewohnergruppen (Geringverdienende, Arbeitslose, junge Familien) sowie die Förderung sozialen Zusammenhalts und sozial durchmischter Bewohnerstrukturen. Darüber hinaus werden die lokalen Verwaltungen aufgefordert, aktiv die Partizipation von institutionellen Akteuren, NGOs und Quartiersbewohner/innen bei Entwicklung und Umsetzung von Stadtteilentwicklungsstrategien und -plänen zu unterstützen und hierfür kommunale Mittel bereitzustellen. Als Beitrag zur Umsetzung der *Lithuanian Housing Strategy* wurde ebenfalls im Jahr 2004 das *Programme of Refurbishment of Multifamily Buildings* aufgelegt, mit dem die energetische Sanierung von Wohnungsbeständen gefördert wird (vgl. MVIV 2010: 408ff.; Government of the Republic of Lithuania 2004: 6ff., 12).

Neben diesen Programmen auf nationaler Ebene, die sich

## Quellen

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): *Integrated Urban Regeneration in the European Union*.

Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Nicis/EUKN (2008): *European survey: Levers of public action for the development of sustainable cities*. Appendix 1: Answers to the first part of the questionnaire. November 6th, 2008 (French Presidency). O.O.

RAPLM – Ministry of Regional Development and Local Government of the Republic of Latvia (2008): *Guidelines for elaboration of the integrated development strategy of local government*. Riga.

Saeima of the Republic of Latvia (2010):

*Sustainable Development Strategy of Latvia until 2030*. Riga.

Weite Teile dieses Textes wurden vom lettischen Vides Aizsardzības un Reģionālās Attīstības Ministrija (VARAM – Ministry of Environmental Protection and Regional Development) verfasst.

im Schwerpunkt auf eine baulich-städtebauliche Erneuerung richten, werden Ansätze einer integrierten Stadtentwicklung insbesondere auf kommunaler Ebene litauischer Städte erprobt. Vor allem die Hauptstadt Vilnius verfügt über langjährige Erfahrungen mit der gebietsbezogenen Entwicklung benachteiligter Stadtteile, die in gesamtstädtische integrative Ansätze wie den *Vilnius City Strategic Plan 2002–2011* sowie den *Comprehensive Plan of the Territory of Vilnius City Municipality (Vilniaus miesto savivaldybės teritorijos bendrasis planas iki 2015 metų)* eingeflossen sind. Bereits seit 1998 setzt die *Vilnius Old Town Renewal Agency (OTRA)* die gebietsbezogene *Vilnius Old Town Regeneration Strategy (VOTRS)* um (vgl. u.a. Raugaliene 2008; VSAA o.J.).

Diese ursprünglich städtische Organisationseinheit hat inzwischen den Status einer NGO und versteht sich als im intermediären Bereich angesiedelte Schnittstelle zwischen Akteuren, Bewohner/innen und der kommunalen Verwaltung. Die strategische Steuerung von *OTRA* sowie die Umsetzung der jährlichen Projektpläne (*VOTRP*) werden von einer übergeordneten Einheit, dem aus 16 Vertreter/innen nationaler Ministerien, der lokalen Verwaltung sowie privater und öffentlicher Organisationen bestehenden *OTRA Supervision Council (OTRA SC)*, übernommen (vgl. Rutkauskas et al. 2003: 15ff., Kulikauskas 2006: 8). Neben einem Schwerpunkt auf baulich-städtebaulichen Erneuerungsansätzen wie Sanierung, Wohnumfeldverbesserung und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur setzt *OTRA* in den zwei benachteiligten Quartieren *Užupis* und *Paupys* in der historischen Altstadt von Vilnius auch besonders auf die Aktivierung und Beteiligung von Bewohner/innen und lokalen Akteuren (vgl. MVIV 2010: 419; Rutkauskas et al.

2003: 15f., 21f.; Kulikauskas 2006: 13f.). Neben Vilnius haben auch weitere Städte Litauens, unter anderem Kaunas, Klaipėda, Panevėžys und Šiauliai, umfassende strategische Stadtentwicklungspläne aufgestellt, in denen auch integrative Elemente berücksichtigt werden.

## Quellen

Government of the Republic of Lithuania (2004): The Lithuanian Housing Strategy. Resolution No. 60, January 21 2004. Vilnius.

Kulikauskas, Paulius (2006):

Case Study of Vilnius Old Town Revitalisation – Draft [Internet]. Vilnius.

URL: [http://www.vsaa.lt/Case\\_study\\_PK.doc](http://www.vsaa.lt/Case_study_PK.doc) (Stand: 5/2012).

MVIV – Gobierno de España – Ministerio de Vivienda (2010):

Integrated Urban Regeneration in the European Union.

Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010.

Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Raugaliene, Jurate (2008): The Revitalization of Vilnius Old Town,

1995 – 2005. In: GUD – Global Urban Development Magazine. O.O.

Rutkauskas, Gediminas, et al. (2003):

Vilnius Old Town: Užupis – Paupys Area Case study.

Advanced Draft for WP2/WP3. ENTRUST Vilnius case 2002 – 2003.

VSAA – Vilniaus senamiesčio atnaujinimo agentūra (o.J.):

Vilniaus senamiesčio atnaujinimo agentūra/Vilnius Old Town Renewal

Agency [Internet]. O.O. URL: <http://www.vsaa.lt> (Stand: 5/2012).

## Malta

Wesentliches Element der strategischen Steuerung in Malta ist der 1992 für eine Laufzeit von 20 Jahren aufgestellte nationale räumliche Strukturplan (*Structure Plan for the Maltese Islands*), der im Rahmen eines handlungsfeldübergreifenden Ansatzes den weiteren Flächenverbrauch unter Berücksichtigung sozialer, wirtschaftlicher und umweltrelevanter Fragen koordinieren soll. Er bildet die Basis für detaillierte Pläne auf lokaler Ebene (vgl. MEPA 1990; Cassar 2004: 77).

So wurde beispielsweise im Jahr 2002 für das Gebiet Grand Harbour Area ein städtebaulich und auf Erhaltung orientierter Entwicklungsplan (*Grand Harbour Area Local Plan*) zur wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung und Wiederbelebung der Gemeinden im Hafenumfeld erstellt. In diesem Rahmen wurden auch erste Ansätze einer integrierten handlungsfeldübergreifenden Stadtentwicklungsstrategie – unter anderem durch Einbeziehung von Partnerschaften zwischen privatem und öffentlichem Sektor – erprobt (vgl. MEPA 2002; ENTRUST 2004: 28f.; MVIV 2010: 456).

Zu den wesentlichen Rahmenbedingungen des *Grand Harbour Area Local Plan* gehört, dass trotz der geringen Arbeitslosigkeit und guten Wirtschaftslage Malts in den Kernbereichen der Teilgemeinden des Agglomerationsraums Valletta – meist handelt es sich um historische Altbauquartiere – das Entstehen benachteiligter Gebiete mit Sub-Standardwohnungen, schlechter verkehrlicher Erreichbarkeit, sozial-ökonomisch schwächeren Haushalten und anhaltenden Bevölkerungsverlusten gekoppelt, mit einem wachsenden Anteil älterer Bewohner/innen, nicht verhindert werden konnte. In der baulichen Struktur sind noch immer Folgen des Zweiten Weltkriegs – vornehmlich

in Form brach liegender Grundstücke – deutlich erkennbar. Aber auch in den Gebieten um Valletta, Floriana und Cottonera sind wieder aufgebaute städtische Bereiche in vielen Fällen durchsetzt von benachteiligten Quartieren (vgl. Cassar 2004: 73ff.; Borg 2006).

Zur Verknüpfung von Stadterneuerung und Verkehrsplanung hat das *Ministry for Urban Development and Roads (MUDR)* in den Jahren 2005 – 2007 die *Transit Orientated Development Strategy and Policy* ins Leben gerufen. Diese Strategie sieht im Kern eine Konzentration verschiedener Nutzungen (u.a. Einkaufen, Arbeiten, Erholung) in räumlicher Nähe attraktiver Knotenpunkte des öffentlichen Nahverkehrs vor. Zur Implementierung dieser Strategie wurde im Dezember 2006 die *Projects Development and Coordination Unit (PDCU)* eingerichtet (Nicis/EUKN 2008).

Auf Basis des *Grand Harbour Area Local Plan* und der *Transit Orientated Development Strategy and Policy* wurden seit dem Jahr 2007 für mehrere Quartiere im Hafenumfeld integrierte Aktionspläne erstellt. Ihr Ziel ist es, die Gebiete vor dem Hintergrund ökonomischer, sozialer und kultureller Herausforderungen nicht nur städtebaulich, baukulturell und verkehrlich zu entwickeln, sondern auch soziale Eingliederung (insbesondere von Arbeitslosen), Subsidiarität sowie Public Private Partnership zu fördern. Weiteres zentrales Themenfeld der Aktionspläne ist der Bereich Klimaschutz (ebd.).

Ein erster Aktionsplan wurde – koordiniert von der *PDCU* in Zusammenarbeit mit verschiedenen staatlichen Behörden und Stellen sowie den zuständigen Gemeinderäten – für das Gebiet Cottonera mit den drei historischen

Städten Birgu (Vittoriosa), Bormla (Cospicua) und L'Isla (Senglea) am Rande des Grand Harbour entwickelt (*Cottonera Action Plan – Social Inclusion through better mobility and accessibility 2008 – 2018*). Der integrierte und ganzheitliche Plan hat zum Ziel, die Mobilität und Verkehrsanbindung sowie die Lebensbedingungen für die Bewohner/innen des Gebiets Cottonera zu verbessern. Gleichzeitig soll einer möglichen Gentrifizierung entgegen gewirkt werden. Die Erstellung des Plans wurde durch einen breiten Beteiligungsprozess mit einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen begleitet (Ministry for the Environment and Spatial Planning, Spatial Planning Directorate, Republic of Slovenia 2008).

Ein ähnlich integrierter Ansatz soll auch bei der Erneuerung eines benachteiligten Stadtteils von Valetta (Il Bicerija) verfolgt werden. Als Ziele stehen dabei die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Quartiers, der Zuzug neuer Bewohner/innen sowie die denkmalgerechte bauliche Erneuerung im Mittelpunkt. Die Umsetzung soll im Rahmen von Public Private Partnership erfolgen (MVIV 2010: 463ff.).

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass Erneuerungsansätze in den benachteiligten Quartieren Maltas seit der Verabschiedung der LEIPZIG CHARTA zunehmend integriert angelegt sind und neben der baulich-städtebaulichen Sanierung von Gebäudebeständen sowie der Verbesserung der öffentlichen Nahverkehrssysteme auch soziale Inklusion in den Blick genommen wird. Zudem werden in stärkerem Maße „bottom up“-Ansätze unter Einbeziehung der Lokalpolitik und weiterer zentraler Vor-Ort-Akteure erprobt. Als Erfolgsfaktoren für integrierte Stadterneuerung gelten dabei (MVIV 2010: 465):

- ganzheitlicher Ansatz,
- Beteiligung der wichtigsten Akteure,
- Identifizierung der wichtigsten Herausforderungen,
- Formulierung von Zielen und Maßnahmen unter Mitwirkung aller relevanten Akteure.

#### Quellen

Borg, Malcolm (2006): Alternative Transit Systems in the Harbour Area. In: Buhmann, Beck Koh, Hasse (Hrsg.) (2006): Landscape Architecture. Conceptual Proposals for Valletta and Floriana. Bernburg.

Cassar, Godwin (2004): Cities on Malta. In: Ministry of the Interior and Kingdom Affairs (Hrsg.) (2004): Cities in the New EU Countries. Position, Problems, Policies. Amstelveen: 73 – 78.

ENTRUST (Hrsg.) (2004): Regenerating neighbourhoods in partnership – learning from emergent practices.

MEPA – Malta Environment & Planning Authority (2002): Grand Harbour Local Plan. Valletta.

MEPA – Malta Environment & Planning Authority (1990): Structure Plan for the Maltese Islands. Valletta.

Ministry for the Environment and Spatial Planning, Spatial Planning Directorate, Republic of Slovenia (Hrsg.) (2008): Coordination between Territorial and Urban Development. Final Report on Action 1.1. of the First Action Programme for the Implementation of the Territorial Agenda of the EU. Ljubljana.

MUDR – Ministry for Urban Development and Roads (2004): A Public Transport Strategy for the Maltese Islands. TOD Policy Paper. Valletta.

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union.

Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Nicis/EUKN (2008): European survey: Levers of public action for the development of sustainable cities. Appendix 1: Answers to the first part of the questionnaire. November 6th, 2008 (French Presidency) [Internet]. The Hague. URL: <http://urbact.eu/fileadmin/corporate/doc/AppelOffre/European%20survey%20EN.pdf> (Stand: 3/2012).

## Montenegro

Seit dem Austritt Montenegros aus dem Staatsverbund des ehemaligen Jugoslawien im Jahr 1992 hat sich das Land räumlich sehr unterschiedlich entwickelt: So bestehen zwischen städtischen und ländlichen Räumen, insbesondere jedoch zwischen der gering entwickelten Nordhälfte des Landes und der deutlich besser entwickelten Mitte und dem Süden starke Unterschiede in der Bevölkerungsverteilung sowie der sozialen und der ökonomischen Situation. Hintergründe sind unter anderem der Bedeutungsverlust ehemals wichtiger Industriezentren sowie Auswirkungen der kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er-Jahren.

Vor diesem Hintergrund zählen zu den wesentlichen Herausforderungen der Stadtentwicklung in Montenegro heute soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit (insbesondere bei Jugendlichen, aber auch bei benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Flüchtlingen und Roma), Armut, prekäre und illegale Beschäftigung sowie Kriminalität. In vielen Gebieten werden außerdem bauliche/städtebauliche Mängel, fehlende soziale Infrastruktur, Defizite im Wohnumfeld und bei Grün- und Freiflächen oder auch Umweltprobleme konstatiert (vgl. Müller/Lješković 2008: 105ff.; MTEP 2007: 24ff.; Golubovic 2006: 1). Generell kommt es vielerorts aufgrund unzureichender Anwendung stadtplanerischer Instrumente – insbesondere in den Küstenregionen und

im Umfeld der Hauptstadt Podgorica – zu unkontrollierter illegaler Bautätigkeit außerhalb dafür zugelassener Bereiche. Zudem sind in den städtischen Räumen Tendenzen einer sozial-räumlichen Polarisierung zu erkennen.

Zwar hat das seit 2006 unabhängige Montenegro noch kein gesondertes Programm explizit zur integrierten Stadtentwicklung aufgelegt, jedoch spielen entsprechende Ansätze im Rahmen des zentralen strategischen Instrumentes *National strategy of sustainable development of Montenegro (NSSD)*, das 2007 auf nationaler Ebene verabschiedet wurde, eine wichtige Rolle. Die *NSSD*, in der die Bedeutung von Governance, integrierten Ansätzen, Kooperation und Dialog mit bzw. Partizipation von unterschiedlichen Akteure betont wird, unterteilt sich in drei thematische Säulen mit entsprechenden Handlungsfeldern: ökonomische Entwicklung (unter anderem Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur des Landes, Beschäftigung, Unterstützung von lokalökonomischen Ansätzen), Umwelt und natürliche Ressourcen (unter anderem Förderung des Umweltschutzes sowie Reduzierung des Energieverbrauchs und Steigerung der Energieeffizienz) sowie soziale Entwicklung (unter anderem Förderung von Bildung und Ausbildung, Gesundheitsförderung, generelle Verbesserung der Lebensqualität und Sicherheit in Stadtquartieren, Berücksichtigung benachteiligter Bewohnergruppen sowie Reduktion der illegalen Bautätigkeit; vgl. MTEP 2007: 12ff., 24ff., 58f.).

Die *NSSD* enthält weiterhin einen *Action Plan*, in dem die prioritären Ziele innerhalb der einzelnen Handlungsfelder detaillierter festgelegt werden. Außerdem gehören dazu Angaben zu konkreten Zeithorizonten und Verantwortlichen für die Umsetzung sowie die Benennung von Indikatoren für ein jährliches Monitoring, auf dessen Basis die *National strategy of sustainable development of Montenegro* im Rahmen von Fortschreibungen alle fünf Jahre überprüft und angepasst werden soll (vgl. MTEP 2007: 17, 65ff.). Organisatorisch wird die Umsetzung des *NSSD* durch das im Jahr 2002 eingerichtete *National Council for Sustainable*

*Development (NCSD)* begleitet, an dem unter anderem der Premierminister sowie Vertreter/innen aller Ministerien, der drei größten Städte des Landes, von Wirtschaftsverbänden und großen Unternehmen, von Forschungseinrichtungen und von NGOs beteiligt sind (vgl. NSOR). Unterstützt wird diese Vernetzung nationaler Akteure durch das 2005 als ressortübergreifende Stabsstelle beim Premierminister eingerichtete *Office for Sustainable Development (OSD)*, das auch für das Monitoring der Umsetzung der *NSSD* verantwortlich ist (vgl. NSOR; MTEP 2007: 65f.).

Als wesentliche Herausforderungen der *NSSD* werden der Aufbau eines konsistenten räumlichen Planungssystems auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, eine bessere Umsetzungskontrolle sowie öffentliche Beteiligungsprozesse gesehen. Um dies zu gewährleisten, sollen insbesondere in den seit 2003 selbständigen Kommunalverwaltungen entsprechende Kompetenzen aufgebaut und hierfür (Weiter-)Bildungseinrichtungen geschaffen werden (vgl. Government of Montenegro 2009: 56ff.; MTEP 2007: 45).

## Quellen

- Golubovic Matic, Darinka (2006): Influence of Socio-Economic factors in the development of the Bars Urban Region. Paper presented at the 42nd ISOCaRP Congress 2006, Istanbul.
- Government of Montenegro – Office for Sustainable Development (2009): The Second Annual Report on the Implementation of the National Strategy of Sustainable Development of Montenegro for the period April 2008 – September 2009. Podgorica.
- MTEP – Government of the Republic of Montenegro/Ministry of Tourism and Environmental Protection (2007): National strategy of sustainable development of Montenegro. Podgorica.
- Müller, Yvonne, und Sanja Lješević (2008): Illegal construction in Montenegro. In: Technical Chronicles. Journal of the Technical Chamber of Greece (TCG). No 1-2/2008. Athen: 105 – 110.
- NSOR – National Council for Sustainable Development (NSOR) [Internet]. O.O. URL: [http://www.eeac-net.org/bodies/montenegro/mo\\_nsor.htm](http://www.eeac-net.org/bodies/montenegro/mo_nsor.htm) (Stand: 5/2012).

## Norwegen

In Norwegen liegt die Verantwortung für Stadtentwicklung und -erneuerung bei den Kommunen; nationale Programme wurden in diesen Bereichen bisher noch nicht aufgelegt (MVIV 2010: 470ff.). Auf der kommunalen Ebene hat die Entwicklung benachteiligter Quartiere einen besonderen Stellenwert, wie vor allem das Beispiel *Grorud Valley Action Project – Groruddalsatsingen* der Stadt Oslo zeigt: Mehr als ein Fünftel der Bevölkerung Oslos lebt in den betroffenen

vier Stadtteilen Alna, Bjerke, Grorud und Stovner im Bereich des Grorud-Tals. Zu den besonderen Herausforderungen für diese Gebiete gehören teilweise sehr große qualitative Unterschiede zwischen einzelnen Wohngebieten bis hin zu gravierenden Mängeln der Gebäudesubstanz in einigen Nachbarschaften, der ökonomische Niedergang einiger Stadtteilzentren mit Negativfolgen für das Stadtteilleben, hohe Verkehrsbelastung durch drei Autobahnen, eine

Eisenbahnlinie und zwei U-Bahnlinien, die dem Talverlauf folgen und physische Barrieren zwischen Siedlungsbe- reichen darstellen, sowie – damit zusammenhängend – Belastungen durch Lärm und Luftverschmutzung. Dazu kommen soziale und sozialstrukturelle Probleme in eini- gen Quartieren (niedriges Bildungsniveau, Arbeitslosigkeit, hohe Fluktuation, soziale Entmischung unter ethnisch- kulturellen Aspekten), insgesamt verbunden mit einem Negativimage (vgl. Oslo Kommune 2012).

Vor diesem Hintergrund sollen im Rahmen des Aktions- programms *Groruddalssatsingen* mit einer Laufzeit von 2007 bis 2016 die lokalen Umweltbedingungen im Grorud- Tal entschärft, die Lebensbedingungen vor Ort verbessert und damit die Identifikation der Bewohner/innen mit ihren Quartieren gestärkt werden. Dazu kooperieren der norwegische Staat und die Stadt Oslo auf Basis einer Ver- einbarung. Sie stellen jährlich jeweils rund 50 Mio. Norwe- gische Kronen (je rund 6,7 Mio. Euro) zur Verfügung und teilen sich die Verantwortung für die inhaltliche Um- setzung der Initiative. Auf der kommunalen Ebene wurde ein Kooperationsgremium mit 35 Akteuren etabliert, die unter anderem die lokale Bewohnerschaft, Organisationen, öffentliche Einrichtungen, Wohnungsbaugesellschaften, lokale Wirtschaftsunternehmen, die betroffenen Stadtbe- zirke sowie die Stadt Oslo repräsentieren. Im Rahmen eines einmal im Jahr stattfindenden Akteurstreffens auf politi- scher Ebene (*Politisk Møte*), an dem jeweils verschiedene Ministerien, der Osloer Stadtrat sowie Vertreter/innen der betroffenen Stadtbezirke teilnehmen, wird unter Feder- führung des Umweltministeriums über inhaltliche Schwer- punkte und den weiteren Mitteleinsatz im Folgejahr ent- schieden. Ein Koordinierungsausschuss gewährleistet das Zusammenspiel der verschiedenen sektoralen Handlungs- felder sowie Kommunikation bzw. Austausch zwischen allen involvierten Ebenen und Akteuren (Oslo Kommune 2012). Die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Mi- nisterien wird von einem zu Beginn des Jahres 2001 von der Stadt Oslo (Amt für Stadtentwicklung) eingerichteten Büro organisiert (*Plankontoret for Groruddalen*). Außerhalb dieser formalen Gremien wird auf die Aktivierung und Beteiligung der lokalen Gebietsbewohnerschaften beson- deres Augenmerk gelegt (vgl. City of Oslo 2004 und Oslo Kommune 2012).

## Österreich

Stadtentwicklung und Stadterneuerung in Österreich sind vor allem Aufgaben der kommunalen Ebene. Bund und Länder spielen in diesem Bereich bislang eine nur unterge-

*Groruddalssatsingen* umfasst vier übergeordnete Hand- lungsfelder/Programme in den Bereichen umweltfreundli- che Verkehrsentwicklung (Programm 1), Grünentwicklung, Sport und Kultur (Programm 2), Wohnen und Stadtent- wicklung (Programm 3) sowie frühkindliche Förderung, Schule und Bildung, Gesundheit und Zusammenleben (Programm 4), in deren Rahmen einzelne Projekte und Maßnahmen umgesetzt werden, die wiederum auf in starkem Maße partizipativ zu erstellenden jährlichen Aktionsplänen basieren. Die Federführung für jedes dieser Programme teilen sich jeweils ein Ministerium (Bereiche Umwelt, Verkehr, kommunale und Regionalentwicklung oder Kinder, Gleichstellung und soziale Eingliederung) und ein kommunaler Verwaltungsbereich (Verkehr und Um- welt, Stadtentwicklung oder Soziales). Bis 2012 lagen die räumlichen Prioritäten in den Quartieren Furuset (Alna), Romsås (Grorud) sowie Haugenstua (Stovner); seit 2012 werden weitere vier Gebiete besonders in den Fokus ge- nommen: Lindeberg (Alna), Linderud (Bjerke), Ammerud (Grorud) sowie Fossum (Stovner).

Mittlerweile sind mehr als 200 Projekte abgeschlossen (vgl. Oslo Kommune 2012). Als eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche integrative Entwicklungsstrategien wird die enge Kooperation von nationaler, kommunaler und Gebietsebene betont (MVIV 2010: 480).

### Quellen

City of Oslo. Agency for Planning and Building Services (2004): The Grorud Valley Action Project. Oslo.

Falleth, Eva Irene, und Gro Sandkjær Hansen (2011): Participation in planning – a study of urban development in Norway. In: *European Journal of Spatial Development*, No. 42.

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Nystad, Jens Fredrik (Hrsg.) (2004): Building and Urban Development in Norway – a selection of current issues. The Norwegian State Housing Bank. O.O.

Oslo Kommune, Plankontoret for Groruddalen (2012): *Groruddalssatsingen* [Internet]. Oslo. URL: [http://www.prosjekt-groruddalen.oslo.kommune.no/om\\_groruddalssatsingen/](http://www.prosjekt-groruddalen.oslo.kommune.no/om_groruddalssatsingen/) (Stand: 8/2012).

ordnete Rolle, was sich auch darin zeigt, dass in Österreich bislang weder ein nationales Förderprogramm zur integ- rierten Stadtentwicklung aufgelegt worden ist noch auf

Ebene der Bundesländer entsprechende Ansätze verfolgt werden (MVIV 2010: 21f.).

Auf der kommunalen Ebene werden Strategien integrierter Stadtteilentwicklung in den Städten Graz und Wien im Rahmen von EU-Strukturfonds-Förderungen (u.a. *URBAN I* und *II*, Ziel-2) erprobt. In Graz konzentrieren sich diese Ansätze vorrangig auf die Behebung von Problemen in benachteiligten Stadtteilen infolge einseitiger wirtschaftlicher und sozialer Strukturen, ungenutzter Brachen, mangelhafter Nahverkehrsanbindung und der Notwendigkeit einer energetischen Optimierung des Gebäudebestands (ehemaliges *URBAN-II-Fördergebiet* im Grazer Westen) sowie die Initiierung einer gemeinsamen Entwicklung der südlichen Stadtbezirke und ihrer Umlandgemeinden (*EU-Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Steiermark 2007–2013“*).

Die Wiener Ansätze zeichnen sich dagegen insbesondere durch eine starke Betonung der Entwicklung des Gemeinwesens aus. Dabei wird an die mehr als 30-jährige Erfahrung mit gebietsbezogener dezentraler Beratung und sozialer Betreuung in Sanierungsgebieten im Rahmen der *Sanften Stadterneuerung* in Wien angeknüpft. Von 2002 bis 2005 dienten in zwei Fördergebieten der Stadt (Ziel-2, Förderperiode 2000–2006) so genannte *Grätzelmanagements* (lokale Quartiermanagements) als Pilotprojekte für eine „sozialorientierte Stadterneuerung“ im Sinne integrativer Stadtteilentwicklungsstrategien (Gebietsbetreuung 2007; Kohout/Vevera 2010; Förster 2004: 12ff., 24f.). Oberstes Ziel dieses Stadteilerneuerungsansatzes war es, mittels gebietsbezogener Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung und sonstiger lokal relevanter Akteure (vor allem Gewerbetreibende) sowie der Vernetzung lokaler Institutionen, Einrichtungen und Unternehmen insbesondere die sozialen und wirtschaftlichen Probleme im Projektgebiet zu bekämpfen. In erster Linie hieß dies nicht nur Entwicklung, sondern auch Realisierung geeigneter Projekte und Maßnahmen durch die Akteure im Quartier (vgl. *GM02 2003: 1f.*). Hierzu wurden unter anderem – in Anlehnung an das deutsche Bund-Länder-Programm *Soziale Stadt – Verfügungsfonds* eingerichtet und die Bewohner/innen in die Entscheidung über den Einsatz dieser Mittel einbezogen.

Aufbauend auf den Erfahrungen aus diesen zwei Pilotprojekten wurde 2008 im Rahmen der EU-Strukturfonds-Förderung 2007–2013 (*Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung*) in benachteiligten Stadtteilen von insgesamt sechs Wiener Bezirken das *Grätzelmanagement Wirtschaft neu* (GMW) im Projekt *MINGO (move in and grow)* eingerichtet. Seine Aufgabe ist es, gemeinsam mit Gewerbe-

treibenden Projekte und Initiativen zur strukturellen Gebietsverbesserung zu entwickeln und umzusetzen. Im Vordergrund stehen die Bestandspflege von ansässigen Unternehmen, die Förderung der ethnischen Ökonomie sowie die Sicherung der Nahversorgung in den Quartieren. Begleitet werden die Maßnahmen durch gezieltes Standortmarketing seitens des GMW. Auch die Aufgabe der Programmkoordination und des „Schnittstellenmanagements“ (Stadtverwaltung, intermediärer Bereich, lokale Umsetzungsebene) liegt bei den Grätzelmanager/innen (Wirtschaftsagentur Wien; Kohout/Vevera 2010).

Die Ausrichtung der Stadterneuerung Wiens auf benachteiligte Quartiere erfolgt vor folgendem Hintergrund: Obwohl Österreich über vergleichsweise günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen verfügt und daher Probleme wie Jugend- und/oder Dauerarbeitslosigkeit hier eine geringere Rolle als in vielen anderen europäischen Ländern spielen, zeichnen sich in den Großstädten – insbesondere in der Region Wien – dennoch Tendenzen einer problematischen Entwicklung ab. Hier konzentrieren sich nämlich die Folgen des auch in Österreich zunehmenden wirtschaftlichen Strukturwandels und der damit einhergehenden veränderten Arbeitsmarktanforderungen. Zwar sind in Wien und anderen Städten die Ausmaße sozialer Polarisierung noch relativ gering, allerdings bilden sich hier in Folge sozial-räumlicher Segregation und der Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in bestimmten Wohnquartieren ebenfalls benachteiligte Stadtteile heraus. Insbesondere in Wien wird von einer Häufung städtebaulich-funktionaler Probleme in solchen Quartieren berichtet, zu denen vielfältige Benachteiligungen der lokalen Bevölkerungen (unzureichende Bildung bzw. Qualifikation, problematische Einkommenssituation vieler Haushalte, geringere Zugangschancen zum Arbeitsmarkt), eine meist wenig leistungsfähige lokale Ökonomie sowie unzureichende Wohn- und Wohnumfeldsituationen kommen (Steiner et al. 2003: 4; Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 2. Bezirk 2007: 12f.; Rehberger 2009: 94).

Die verstärkte Zusammenarbeit in Fragen der Stadtentwicklung im europäischen Kontext (mit der LEIPZIG CHARTA als zentralem Eckpfeiler) hat die Sensibilität der föderalen, regionalen und lokalen Akteure in Österreich für die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung im Bereich der Stadtentwicklung deutlich erhöht. Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) hat daher dieses Politikfeld – zum ersten Mal – im aktualisierten österreichischen Raumentwicklungskonzept 2011 ausdrücklich und als einen besonderen Handlungsbereich aufgegriffen (4.2 – Entwicklung einer österreichischen Agglomerationspolitik).

## Quellen

Förster, Wolfgang (2004): Stadterneuerung – Der Wiener Weg. In: Robert Sterk und Harald Eisenberger: Wiens sanfte Erneuerung. Wien: 9–25.

Gebietsbetreuung – Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 2. Bezirk (Hrsg.) und Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 20. Bezirk (2007):

Grätzelmanagement in Wien – ein Erfahrungsbericht.

Im Auftrag der Magistratsabteilung 25 [Internet]. Wien.

URL: [http://www.gbstern.at/fileadmin/user\\_upload/Stadterneuerung/Mediathek/Downloads/Bericht\\_GM\\_2007.pdf](http://www.gbstern.at/fileadmin/user_upload/Stadterneuerung/Mediathek/Downloads/Bericht_GM_2007.pdf) (Stand: 3/2012).

GM02 – Grätzelmanagement Volkert- und Alliiertenviertel (Hrsg.) (2003): Statut des Grätzelmanagements. 1. Änderung vom April 2003. Wien.

Kohout, Ingrid, und Wolfgang Vevera (2010): Grätzelmanagement in Wien. Vortrag bei der 47. Tagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks am 4. und 5. März 2010 in Bremen [Internet]. Wien.

URL: [http://www.deutscher-verband.org/cms/fileadmin/medias/URBAN/Netzwerktagungen/47\\_Tagung/Graetzelmanagem.pdf](http://www.deutscher-verband.org/cms/fileadmin/medias/URBAN/Netzwerktagungen/47_Tagung/Graetzelmanagem.pdf) (Stand: 3/2012).

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union.

Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Rehberger, Edith Maria (2009): Parallelgesellschaften – Das Scheitern der Integration von ethnischen Gruppen? Ethnische Segregation in Wien.

Diplomarbeit an der Universität Wien [Internet]. Wien. URL: [http://othes.univie.ac.at/4828/1/2009-05-11\\_0205300.pdf](http://othes.univie.ac.at/4828/1/2009-05-11_0205300.pdf) (Stand: 3/2012).

Steiner, Karin, Thomas Kreiml, Doris Muralter und Regina Erben-Hartig (2003): Evaluierung des Pilotprojektes „Grätzelmanagement Rund um den Wallensteinplatz“ im 20. Bezirk. Endbericht. Wien.

Wirtschaftsagentur Wien: Grätzelmanagement [Internet]. O.O. URL: <https://www.mingo.at/de/services/graetzelmanagement> (Stand: 3/2012).

## Polen

In Polen leben mittlerweile mehr als 60 Prozent der Bevölkerung in Städten, wobei die hohe Geschwindigkeit des Urbanisierungsprozesses zu einem teilweise großen Entwicklungsgefälle zwischen städtischen und ländlichen Räumen geführt hat. Vor diesem Hintergrund steht Stadtentwicklungspolitik in Polen vor der Aufgabe, die sozial-räumliche Kohäsion in den Stadtregionen zu stabilisieren. Weitere Herausforderungen liegen unter anderem in der Bewältigung des demographischen Wandels, der Überwindung sozial-räumlicher Fragmentierungen innerhalb der Städte, der Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit polnischer Städte, der Verbesserung unzureichender Verkehrsinfrastruktur sowie in der Bereitstellung von (erschwinglichem) Wohnraum (vgl. MRR o.J.; OECD 2011: 98, 104).

Stadtentwicklung und -erneuerung sind in Polen vor allem kommunale Angelegenheiten, nationale oder regionale Stadtentwicklungs- und -erneuerungsprogramme wurden bisher nicht aufgelegt. Die 68 Städte Polens verfügen über weitgehende kommunale Eigenständigkeit, müssen jedoch als Grundlage für die Beantragung von Fördergeldern lokale Entwicklungsstrategien entwickeln und Gebiete ausweisen, in denen Revitalisierungsmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Stadterneuerungsmaßnahmen decken jedoch – auch aus Gründen der Finanzierbarkeit – meist nur sehr kleine städtische Teilräume ab oder umfassen in manchen Fällen lediglich einzelne Gebäude (MVIV 2010: 490; vgl. auch EUKN 2011).

Vor diesem Hintergrund zählen EFRE-Mittel im Rahmen der 16 polnischen Operationellen Regionalen Programme

zu den wichtigsten Ressourcen für Stadtentwicklung. Einen übergeordneten Rahmen für deren Einsatz sowie für die Ausgestaltung von Strategien und Programme verschiedener Ressorts der nationalen Ebene legte das Ministerium für Regionalentwicklung mit der Nationalen Entwicklungsstrategie 2007–2015 (*Strategia Rozwoju Kraju*) vor, in deren Mittelpunkt sechs Leitlinien stehen (MRR 2006: 25): Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Wirtschaft, Verbesserung der technischen und sozialen Infrastruktur, (qualitatives) Beschäftigungswachstum, Stärkung der sozialen Kohäsion, Verbesserung der Sicherheit, Entwicklung des ländlichen Raums, Regionale Entwicklung und Verbesserung des territorialen Zusammenhalts. In dem Strategie-Dokument werden zu allen sechs Punkten Maßnahmen bzw. Handlungsfelder vorgeschlagen, von denen einige für eine (potenziell) integrierte Stadtentwicklung besonders relevant sind: Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), Entwicklung bzw. Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen, Verbesserung von Wohnraumversorgung, Umweltschutz, Sicherheit, Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege und anderen sozialen Diensten sowie Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten (MRR 2006: 26ff.). Besonders betont wird die Notwendigkeit einer umfassenden Bürgerbeteiligung (ebd.: 47ff.), und auch auf die Bedeutung interministerieller Kooperation sowie der Zusammenarbeit von nationaler, regionaler und kommunaler Ebene wird in der Strategie an verschiedenen Stellen hingewiesen (vgl. ebd.: 73ff.).

Neben dem Einsatz von EU-Mitteln können Kommunen staatliche Fördergelder für den sozialen Wohnungsbau erhalten. Auch steht ein staatlicher Fonds zur Förderung der

energetischen Gebäudesanierung zur Verfügung (vgl. MVIV 2010: 483ff.).

Mit der *National Strategy of Regional Development 2010 – 2020: Regions, Cities, Rural Areas* werden nationale und kommunale Entwicklungsstrategien im Rahmen einer integrativen Regionalpolitik besser aufeinander abgestimmt bzw. Planungskompetenzen stärker auf die Regionalebene dezentralisiert. Zu den übergeordneten Zielen gehört die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Kohäsion, verbunden unter anderem mit einer Stärkung der städtischen Funktionen und der Unterstützung von Erneuerungsprozessen (sozio-ökonomisch benachteiligter Gebiete) in Städten. Insgesamt wird die Bedeutung von netzwerkbasierten Entscheidungsprozessen, der Koordinierung unterschiedlicher Handlungsfelder und Akteure, gemeinsamer Standards für alle Regionen sowie von geeigneten Managementstrukturen hervorgehoben (vgl. EUKN 2011: 77; NSRD 2011: 7ff.; OECD 2011: 99).

Der jüngste strategische Ansatz ist das Nationale Raumentwicklungskonzept 2030 (*Konsepceję Przestrzennego Zagospodarowania Kraju 2030*), mit dem Raumplanung und sozio-ökonomische Entwicklung auf allen staatlichen Ebenen stärker zusammengeführt werden sollen. Betont wird daher ein vernetzungsorientierter, partizipativer bzw. integrativer Entwicklungsansatz, wobei den Städten und (aufzubauenden) Städtenetzwerken eine besondere Rolle beigemessen wird. Übergeordnete Handlungsfelder sind unter anderem Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung, Aufbau bzw. Verbesserung der sozialen und Verkehrsinfrastruktur sowie Umweltschutz (vgl. EUKN 2011: 77; MRR o.J.; OECD 2011: 102).

Das Prinzip Integrierte Stadtentwicklung wird also insgesamt – ganz im Sinne der LEIPZIG CHARTA – als wichtig

erkannt, allerdings konzentrierte sich Stadtentwicklung auf der kommunalen Ebene bisher dennoch weitgehend auf „klassische“ Raumplanung. Strategien, die neben städtebaulichen Aspekten auch Handlungsfelder aus dem wirtschaftlichen und sozialen Bereich umfassen, waren aufgrund ihrer Komplexität und der nur begrenzt zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen bislang nur schwer umzusetzen (MVIV 2010: 502). Eines von mehreren guten Beispielen für gelungene integrierte Stadt(teil)entwicklung findet sich in der Stadt Ruda Śląska, wo in einem benachteiligten Stadtteil neben baulichen Erneuerungsmaßnahmen ein Nachbarschaftszentrum eingerichtet, Angebote in den Bereichen Sport, Bildung und Kultur aufgebaut, Bürgerbeteiligung intensiviert und ein lokales Quartiermanagement etabliert wurden (BMVBS 2010: 31ff.)

## Quellen

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2010): *Stadtumbau in mittel- und osteuropäischen Städten*. Ergänzung der europäischen Vergleichsstudie zum Stadtumbau West. Reihe Werkstatt:Praxis, Heft 72.

EUKN – European Urban Knowledge Network (2011): *Urban Development in Europe. A Survey of National Approaches to Urban Policy in 15 Member States*. The Hague.

MRR – Ministerstwo Rozwoju Regionalnego (o.J.): *Konsepceję Przestrzennego Zagospodarowania Kraju 2030*. Warszawa.

MRR – Ministerstwo Rozwoju Regionalnego (2006): *Strategia Rozwoju Kraju 2007–2015*. Warszawa.

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): *Integrated Urban Regeneration in the European Union*. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

NSRD – Ministry of Regional Development (2011): *National Strategy of Regional Development – synthesis*. Warsaw.

OECD – Organization for Economic Co-Operation and Development (2011): *Poland. OECD Urban policy Reviews*. Paris.

## Portugal

In Portugal werden verschiedene Programme zur integrierten Stadtentwicklung durchgeführt, die auf der nationalen Ebene im Verantwortungsbereich der *Direcção-Geral do Ordenamento do Território e Desenvolvimento Urbano (DGOTDU)* und in den Autonomen Regionen Azoren und Madeira bei den jeweiligen Regionalregierungen liegen. Das *Instituto da Habitação e da Reabilitação Urbana (IHRU)* ist von staatlicher Seite für die Umsetzung der Wohnungs- und Stadterneuerungspolitik verantwortlich. Den Rahmen bildet die nationale *Política de Cidades POLIS XXI* (Laufzeit 2007–2013), die auf regionaler Ebene verwaltet und von

den jeweiligen lokalen Behörden umgesetzt wird. Sie umfasst die Themenfelder Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, integrierte Stadtentwicklungsplanung und städtische Governance, Umweltschutz und Lebensqualität sowie soziale Kohäsion. Maßnahmen und Projekte zielen vor allem auf die Bildung von Partnerschaften für die integrierte Stadterneuerung sowie von städtischen Netzwerken für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, auf Innovationen in der Stadtentwicklung und die Festigung der Strukturen des nationalen Städtensystems. Die Finanzierung einzelner Programme basiert auf der Bündelung verschiedener

öffentlicher Mittel sowie EU-Geldern mit Ressourcen privater Dritter im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften oder durch die Beteiligung privater Fonds (Campos 2008; EUKN 2010), womit wesentliche Prinzipien der LEIPZIG CHARTA berücksichtigt werden. Als zusätzliches Instrument zur Umsetzung der *Política de Cidades POLIS XXI (2007–2013)* wird seit 2009 auch die EU-Initiative *JESSICA* genutzt, in deren Rahmen die bestehende Finanzierung lokaler Initiativen durch die aus den EU-Strukturfonds kofinanzierten *Regionalen Operationellen Programmen* in Portugal mit Investitionen des privaten Sektors ergänzt werden. Mit *JESSICA* werden nachhaltige Projekte im Bereich der Stadterneuerung, der Energieeffizienz, der Nutzung regenerativer Energien sowie der lokalen Wirtschafts- und Unternehmensentwicklung unterstützt.

In noch konzentrierterer Form spielen die Prinzipien der LEIPZIG CHARTA bei der *Iniciativa Bairros Críticos (IBC – Critical Urban Areas Initiative; Laufzeit von 2006 bis 2013)* eine Rolle, die in den drei benachteiligten Quartieren Lissabon-Cova da Moura und -Vale da Amoreira sowie Porto-Lagarteiro mit Betonung des experimentellen Charakters dieses Programms umgesetzt wird (vgl. MVIV 2010: 522; IHRU ICB). Zu den Problemen dieser Gebiete zählen eine geringe Wohnumfeldqualität, teilweise illegaler Wohnungsbau, niedriger (Aus-)Bildungsstand der lokalen Bewohnerschaft, Einkommensarmut, starke Abhängigkeit von staatlichen Tarnsferleistungen, Diskriminierung sowie negative Gebietsimages (vgl. IHRU ICB). Mobilere Bevölkerungsgruppen sind in der Regel in die städtische Peripherie gezogen, wo das Wohnungsangebot qualitativ besser und vielfältiger ist. Im Zuge dieser Entwicklung konnten sich sozio-ökonomische Benachteiligungen und baulich-städtebaulicher Verfall vor allem in den Innenstadtbereichen verfestigen (vgl. Benach/Walliser 2011: 229). Gleichzeitig weisen diese Quartiere, die sich teilweise durch Überalterung, teilweise durch einen überproportionalen Anteil junger Menschen auszeichnen, eine Vielzahl von Potenzialen auf; dazu zählen die Verfügbarkeit erschwinglichen Wohnraums, kulturelle Vielfalt, ausgeprägte soziale Netzwerke und gute nachbarschaftliche Beziehungen, ein teilweise sehr aktiver gemeinnütziger Sektor sowie an einigen Orten gut funktionierende (informelle und halb-informelle) lokale Ökonomie (vgl. IHRU ICB).

Im Mittelpunkt der *Iniciativa Bairros Críticos* stehen die Erprobung neuer Formen ressortübergreifender Zusammenarbeit auf nationaler und kommunaler Ebene sowie die Kooperation von Politik und Verwaltung beider Ebenen mit lokalen Einwohner/innen. So sind auf der nationalen Ebene acht Ministerien in die Programmumsetzung involviert, und in den Kommunen beteiligen sich unter

anderem lokale Vereine, NGOs, Bewohnerorganisationen und Privatunternehmen. Das *Instituto da Habitação e da Reabilitação Urbana* leitet die für jedes der drei Quartiere eingerichteten Steuerungsgremien, die pro Gebiet aus je einem/r Vertreter/in der Kommunalverwaltung, Vertreter/innen von zwei bis drei Ministerien sowie einem/r Vertreter/in eines Bewohnervereins bzw. einer Bewohnerinitiative bestehen. Darüber hinaus gibt es in jedem Gebiet ein für die Durchführung einzelner Maßnahmen und Projekte verantwortliches Projektteam, dessen/deren Leiter/in dem Steuerungsgremium gegenüber verantwortlich ist (MVIV 2010: 521ff.).

Inhaltlich geht es im baulichen/städtebaulichen Bereich unter anderem um Sanierung und Modernisierung (inklusive Herstellung von Barrierefreiheit), die Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden, den Ausbau bzw. die Verbesserung von Infrastrukturen sowie um Wohnumfeldverbesserung inklusive Anlage bzw. Gestaltung öffentlicher Grün- und Frei(zeit)flächen. Im sozial-integrativen Bereich liegen die Schwerpunkte mit unterschiedlicher Ausrichtung je nach Quartier unter anderem auf der Verbesserung der sozialen bzw. Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur sowie der Förderung Lokaler Ökonomie inklusive Beratungs- und Qualifizierungsangeboten neben der Unterstützung von Unternehmensgründungen (MVIV 2010: 523f.).

## Quellen

- Benach, Nuria, und Andrés Waliser (2011): Introduction to the special issue: urban problems and issues in contemporary Spanish and Portuguese cities. In: *Urban Research & Practice*, Vol. 4, No. 3, November 2011: 227–231.
- Campos, Vitor (2008): *Política de Cidades POLIS XXI. Direção-Geral do Ordenamento do Território e Desenvolvimento Urbano* [Internet]. O.O. URL: <http://www.dgotdu.pt/pc/> (Stand: 3/2012).
- Domingues, Álvaro, Nuno Portas und Teresa Sá Marques (2004): Portugal: urban policies or policies with an urban incidence? In: *Euricur – European Institute for Comparative Urban Research, Erasmus University Rotterdam* (Hrsg.) (2004): *National Urban Policies in the European Union*. Bearbeiter: Leo van den Berg, Erik Braun, Jan van der Meer. Rotterdam: 82–84.
- EUKN – European Urban knowledge Network (2010): *Urban Policy in Portugal* [Internet]. O.O. URL: [http://www.eukn.org/Portugal/pt\\_en/EUKN/Urban\\_Policy\\_in\\_Portugal](http://www.eukn.org/Portugal/pt_en/EUKN/Urban_Policy_in_Portugal) (Stand: 3/2012).
- IHRU ICB – Instituto da Habitação e da Reabilitação Urbana: *Portal da Habitação – Iniciativa Bairros Críticos* [Internet]. O.O. URL: <http://www.portaldahabitacao.pt/pt/ibc/> (Stand: 2/2012).
- MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): *Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed*. O.O.

## Rumänien (mit Fallbeispiel Timișoara)

Eine zentrale Rahmenbedingung für Stadtentwicklung in Rumänien ist der noch nicht abgeschlossene Transformationsprozess seit 1989. Die Städte sind noch immer vielfach von baulich-städtebaulicher Vernachlässigung, ausbleibenden Investitionen und ökonomischer Stagnation gekennzeichnet, Quartiere mit Blick auf Wohnungsbestand, Infrastruktur, öffentlichen Raum und Lokale Ökonomie stark erneuerungs- und entwicklungsbedürftig. Deutliche Suburbanisierungstendenzen bei gleichzeitiger Stagnation der Innenstädte weisen auf die räumlichen Implikationen sozio-ökonomischer Polarisierung hin. Wie in vielen anderen Transformationsstaaten auch, wurde in Rumänien Wohnraum flächendeckend privatisiert, ohne dass die neuen Eigentümer über die notwendigen Ressourcen für den Bestandserhalt verfügen. Die häufig ungeklärten Eigentumsverhältnisse von Gebäuden und Grundstücken sowie eine gegenüber den Interessen von Privatinvestoren generell vergleichsweise schwache Position der öffentlichen Hand sind weitere Herausforderungen für die Stadtentwicklung (vgl. MVIV 2010: 554, 557f.; Gabi 2008: 48f.; gtz 2008: 20f.; Timișoara/gtz 2007)<sup>1)</sup>.

Zwar stehen auf der staatlichen Ebene Rumäniens Überlegungen zu einer nationalen Stadt(entwicklungs)politik noch weitgehend am Anfang. Allerdings wird hier – auch angesichts der Wirtschaftskrise – zunehmend über eine stärkere Förderung der Entwicklung des (innerstädtischen) Bestandes anstelle der Siedlungs- und Gewerbeentwicklung im suburbanen Raum diskutiert; in diesem Zusammenhang befindet sich auch ein bindender (Regelungs-) Rahmen für integrierte Stadtentwicklung in der Entwicklung. Zudem ist für den Einsatz von nationalen und europäischen Fördermitteln eine gesetzliche Grundlage geschaffen worden, die auf der kommunalen Ebene integrierte Entwicklungsansätze einfordert (vgl. MVIV 2010: 554ff.). In diesem Gesetz aus dem Jahr 2008 werden sieben rumänische Städte, die für ihr Umland große wirtschaftliche Bedeutung haben, als (stadregionale) „Wachstumspole“ festgelegt: Brașov, Craiova, Iași, Cluj-Napoca, Constanța, Ploiești und Timișoara; weitere 13 Städte wurden als „Pole der Stadtentwicklung“ ausgewiesen. Sie erhalten beispielsweise im Rahmen der *Prioritätsachse 1 „Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung der Städte – städtische Wachstumspole“* des aus den EU-Strukturfonds finanzierten *Regionalen Operationellen Programms Rumänien POR*

2007–2013 bevorzugt Fördermittel für eine nachhaltige Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung, die Aufwertung der technischen und sozialen Infrastruktur, die Sanierung der Bestände des sozialen Wohnungsbaus sowie die Verbesserung der sozio-ökonomischen Bedingungen in den städtischen Räumen. Voraussetzung ist die Erstellung integrierter Entwicklungspläne (*PIDU – Plan Integral de Dezvoltare Urbanistic*) durch die Kommunen unter Beteiligung von Bürger/innen und anderen lokalen Akteuren (vgl. Wermke 2011; Guvernul României 2008; Guvernul României 2007: 122ff.).

Insgesamt ist integrierte Stadtentwicklung in Rumänien vor allem Aufgabe der lokalen Ebene, wie das Beispiel Timișoara zeigt.

### Umsetzung integrierter Stadt(teil)entwicklung in Rumänien: Das Beispiel Timișoara

Die Stadt Timișoara liegt im äußersten Westen Rumäniens, ihre rund 310.000 Einwohner/innen setzen sich aus mehr als 30 verschiedenen Ethnien zusammen. Nicht zuletzt aufgrund der Ansiedlung verschiedener ausländischer Unternehmen nach 1989 liegt die Arbeitslosigkeit in der Stadt heute unter zwei Prozent, das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen bei rund 400 Euro im Monat. Timișoara verfügt über den größten geschützten Altbaubestand aller rumänischen Städte, womit allerdings zahlreiche Probleme verbunden sind. Altbauten wurden zu Zeiten der Sozialistischen Republik vom Staat enteignet, die Wohnungen auf Basis einer gesetzlichen Verordnung über die maximal zulässige Wohnfläche pro Person in kleinere Einheiten unterteilt und zu niedrigen Mieten zur Verfügung gestellt. In den 1990er-Jahren erfolgte die massive Wohnungsprivatisierung mit den beschriebenen Folgen. Aufgrund der zersplitterten Eigentümerstrukturen kann die Kommune kaum Stadterneuerungsmaßnahmen vorantreiben, weshalb sich viele Gebäude heute (noch immer) in einem schlechten baulichen Zustand befinden. Um diese Situation zu ändern, muss die Öffentlichkeit – allen voran die privaten Wohnungsbesitzer – möglichst umfassend in kommunale Planungen einbezogen werden, um sie für eine Mitwirkung zu gewinnen.

Bis vor einigen Jahren bewältigten rumänische Städte ihre Aufgaben auf Basis kommunaler Flächennutzungspläne, die laut rumänischem Gesetz alle zehn Jahre zu erstellen waren. Von staatlicher Seite werden jedoch seit einiger Zeit stärker strategisch ausgerichtete Planungen gefordert. In

1) Passagen, die nicht durch andere Quellen belegt sind, basieren auf den Ergebnissen vor Ort durchgeführter Interviews mit Akteuren der kommunalen Verwaltungs- sowie der Quartiersebene.

diesem Sinne hat die Stadt Timișoara mit ihrem integrierten *Masterplan Planul Urbanistic General (PUG) Timișoara* (zweite Bearbeitungsphase 2012) auf Basis der LEIPZIG CHARTA eine lokale Strategie erarbeitet, die über eine reine Flächennutzungsplanung hinausgeht und eher den Charakter eines Stadtentwicklungsplanes aufweist (vgl. *Primăria Municipiului Timișoara 2012: 13*). In diesen Masterplan, der als Grundlage für die umfassende Beteiligung nicht nur von Wohnungseigentümern dient, ist unter anderem das bereits im Jahr 2007 mit Unterstützung der ehemaligen Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) erstellte integrierte Konzept für die drei Altbaugebiete Cetate, Josefin und Fabric eingeflossen (*Timișoara/gtz 2007*) – die Erneuerungsmaßnahmen in diesen drei historischen Quartieren zählen zurzeit zu den wichtigsten und sichtbarsten Projekten im Rahmen der integrierten Stadterneuerung Timișoaras.

Im Masterplan werden die planerischen Leitziele „Erreichbarkeit und Mobilität“, „Innovative und unternehmerische Wirtschaft“, „Attraktives Umfeld“ sowie „Partnerschaftliche Kommune“ für die Gesamtstadt genannt. Erreicht werden sollen sie durch die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen städtischen Wirtschaftsstruktur (unter anderem Einrichtung von Gewerbe-, Industrie- und Forschungsparks, Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, Qualifizierung der Bildungsinfrastruktur, Verbesserung von Erreichbarkeit und Mobilität, Ausbau der technischen, Kommunikations- und Versorgungsinfrastruktur) sowie generell die Steigerung der Attraktivität Timișoaras (unter anderem Gebäudesanierung, Entwicklung des öffentlichen Raums, Ausbau der sozialen Infrastruktur, Steigerung der Energieeffizienz, Entwicklung des [sozialen] Wohnungsbestandes, Erhalt des baukulturellen Erbes, Entwicklung von Image und Identität). Zudem steht ein verbessertes Verwaltungshandeln unter anderem durch Qualifizierung des Fachpersonals, die Anwendung der Prinzipien integrierter Stadtentwicklung und die Intensivierung partizipativer Prozesse auf der Agenda (vgl. *Primăria Municipiului Timișoara 2012*).

An der Erarbeitung des Plans haben alle Verwaltungsbereiche mitgewirkt, deren unterschiedliche Belange erstmals in einem Amt zusammengeführt wurden (Amt für Urbanismus). Der *PUG Timișoara* dient als flexibler Planungsrahmen und als Grundlage für eine integrativere Ausrichtung des Verwaltungshandelns sowie für eine intensivere Bürgerbeteiligung, die seit Januar 2012 in Rumänien verpflichtend eingeführt wurde. Der Plan ist nicht finanziell hinterlegt, weshalb Ressourcenfragen zunächst weitgehend offen bleiben. Allerdings sollen jedes Jahr einige der angedachten Projekte in der jeweiligen Haushaltsplanung



berücksichtigt werden. Außerdem dient der Masterplan als Basis für die Akquisition von Fördermitteln der EU.

Der Masterplan mit seinem integrierten und beteiligungsorientierten Ansatz ist sowohl für die Verwaltung als auch für die Bürger/innen ein neues Instrument, dessen Anwendung – insbesondere mit Blick auf partizipative Prozesse – erst eingeübt werden musste. Mittlerweile sind die Erwartungen der Bürger/innen hoch, jedoch zeigt sich, dass Bewohner/innen eher spezifische, sie selbst betreffende Probleme thematisieren, die weniger Gegenstand einer strategischen Planung sind. Diese Kluft zwischen „Theorie“ und „Praxis“ soll zukünftig durch (teil)räumliche Konkretisierungen des PUG (Aktionspläne) geschlossen werden, in denen Verwaltungs- und Vor-Ort-Themen näher zusammengebracht und realistische Umsetzungsoptionen aufgezeigt werden.

Auf der organisatorischen Ebene ist diese Annäherung von Verwaltung und Quartieren mit der Einrichtung von Quartiersräten bereits institutionalisiert worden. Dabei handelt es sich um politisch unabhängige bürgerschaftliche Organisationen, die sich ehrenamtlich für die Verbesserung der Lebensqualität in ihren Quartieren einsetzen. In Timișoara gibt es 19 Quartiersräte, deren Ziel es ist, einen Dialog zwischen Bürgerschaft und Verwaltung zu initiieren, die Beteiligung von Quartiersbewohner/innen zu ermöglichen und damit insgesamt den sozialen Zusammenhang (vor Ort) zu befördern. Quartiersräte bestehen in der Regel aus 15 bis 30 Mitgliedern und haben ein Mandat für drei Jahre. Sie verfügen über keine eigenen Budgets, erhalten jedoch finanzielle Zuschüsse von der Stadt beispielsweise für die Durchführung von Stadtteilstellen, die Veröffentlichung von Stadtteilzeitungen oder eigene Webauftritte. Die Vorsitzenden der Quartiersräte werden von der lokalen Bewohnerschaft gewählt; sie stehen in engem Kontakt zur Stadtverwaltung, wo ihnen im Amtsbereich für Kommunikation ein eigener Ansprechpartner zur Verfügung steht, der auch an den Sitzungen der Quartiersräte vor Ort teilnimmt (vgl. Primăria Municipiului Timișoara o.J.).

Auch im Stadtteil Fabric, einem Altbauquartier mit rund 35.000 Einwohner/innen, einer seit jeher multiethnisch geprägten Bevölkerungsstruktur (Roma, Ungarn, Serben, Deutsche etc.), einem hohen Anteil sozio-ökonomisch benachteiligter Haushalte und einem großen Bestand an historischen Gebäuden, arbeitet ein Quartiersrat. Um mit den Bewohner/innen in Kontakt zu kommen, veranstaltet er alle drei Monate themenbezogene öffentliche Sitzungen. Zu den hier artikulierten Problemen gehören der Zustand von Gebäuden, Straßen, öffentlichem Raum und Infrastruktur, aber auch soziale bzw. Nachbarschaftskonflikte und Sicherheitsfragen. Der Quartiersrat sammelt Anregungen für Verbesserungen und reicht sie in Form schriftlicher Eingaben an die jeweils zuständigen Ämter in der Stadt-

verwaltung weiter. Vorschläge können zudem auf regelmäßigen quartiersratsübergreifenden Treffen mit dem Bürgermeister und den Amtsleiter/innen eingebracht werden, in denen kommunale Planungen erörtert und Planungsprioritäten festgelegt werden. Darüber hinaus nutzt der Quartiersrat Fabric kulturelle Veranstaltungen, um sich bzw. seine Arbeit zu präsentieren. Auch die Zusammenarbeit mit Schulen im Quartier erhöht die Sensibilität für Belange der Stadtteilentwicklung und für die Notwendigkeit von Beteiligung. Zu seinen bisherigen Erfolgen gehören die Wiederbelebung eines zentralen Platzes im Gebiet, die Neugestaltung dreier Parks, die Sanierung von Straßen und ihrer Beleuchtung, verbesserte Verkehrsführung, die Herausgabe einer Stadtteilzeitung, der Aufbau und Betrieb einer eigenen Website sowie kleinere Aktivitäten wie Stadtteilstellen.

Insgesamt zeigt sich in Timișoara, dass für eine erfolgreiche Stadtteilarbeit die Kommunikation und Kooperation zwischen allen beteiligten Akteuren und Ebenen ebenso Voraussetzung ist wie die „Rückendeckung“ für integrative Entwicklungsprozesse durch die Stadtspitze. Einige Interviewpartner/innen regten für die zukünftige Entwicklung die Verbesserung des für eine behutsame Sanierung notwendigen Know-hows bei Verwaltungsmitarbeiter/innen und anderen Akteuren (z.B. Handwerker) an und sprachen sich für eine stärkere Professionalisierung der Quartiersräte in Richtung eines Quartiermanagements aus (Initiierung und Koordinierung von Aktivierung und Beteiligung).

## Quellen

Gabi, Stefan (2008): Stadtentwicklung in Rumänien. Ein Erfahrungsbericht. In: *PlanerIn* Heft 3, Juni 2008: 48 – 50.

gtz – Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (Hrsg.) (2008): *Lebendige Altstädte – urbane Kulturen. Integrierte Altstadtentwicklung*. Eschborn.

Guvernul României (2008): HG Nr. 998/2008, HG 1149/2008, HG 1513/2008.

Guvernul României (2007): *Programul Operational Regional 2007 – 2013*. Bukarest.

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): *Integrated Urban Regeneration in the European Union*. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Primăria Municipiului Timișoara (2012): *Planul Urbanistic General Timișoara 2012. Etapa 2 – Concept General de Dezvoltare Urbana (Matsrplan)*, Ianuarie 2012. Timișoara.

Primăria Municipiului Timișoara (o.J.): *Consiliile consultative de cartier*. Timișoara.

Timișoara/gtz – Stadt Timișoara/Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (Hrsg.) (2007): Integriertes Maßnahmenkonzept zur behutsamen Erneuerung und wirtschaftlichen Belebung der Altbauquartiere von Timișoara. Timișoara.

Wermke, Holger (2011): Entwicklungsstrategie für Kronstadt [Internet]. O.O. URL: <http://www.partnerregion-centru-rumaenien.eu/zusammenarbeit/wirtschaft/142-entwicklungsstrategie-fuer-kronstadt.html> (Stand: 5/2012).

## Slowenien

In Slowenien wird der Rahmen für Stadtentwicklung auf der staatlichen Ebene im Wesentlichen vom 2007 novellierten slowenischen Raumplanungsgesetz (*Spatial Planning Act*) definiert, das unter anderem auf eine nachhaltige Entwicklung und die Verbesserung des Wohnumfeldes zielt und auch einige Inhalte der LEIPZIG CHARTA aufgreift. Eines der Hauptanliegen des Gesetzes ist es, mit Blick auf eine effiziente Flächennutzung eine integrierte Stadterneuerung zu fördern und die Wiedernutzung von Industriebrachen oder anderer unterentwickelter städtischer Standorte mit vorhandener Infrastruktur gegenüber der Entwicklung von Neuansiedlungen zu priorisieren. Integrierte Stadtentwicklung wird dabei als Zusammenführung sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und räumlicher Aspekte in der Stadtplanung verstanden (Nicis/EUKN 2008: 31; Pogačnik 2010).

Zudem existiert eine bereits 2004 aufgestellte räumliche Entwicklungsstrategie für Slowenien (*Spatial Development Strategy of Slovenia*). Diese Strategie beschäftigt sich auch mit Stadtentwicklung und setzt mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensqualität und des Lebensumfeldes in Städten und Quartieren Prioritäten unter anderem vor allem bei der Erneuerung von Wohngebieten, der Sanierung und Stabilisierung von benachteiligten Stadtteilen sowie der Wiedernutzung innerstädtischer Brachen und Konversionsflächen. Dabei gelte es, neben der städtebaulichen Erneuerung eine ausreichende Ausstattung mit sozialer und kultureller Infrastruktur sowie mit Grün- und Freiflächen, die räumliche Nähe zu Arbeitsstätten sowie eine gute Erreichbarkeit der Gebiete zu beachten. Benachteiligte Stadtteile, die durch Problemkonzentrationen in Nutzung und Entwicklung eingeschränkt sind, sollen identifiziert und räumlich abgegrenzt werden (MOP 2004; Pogačnik 2010). In Slowenien konzentriert sich sozial-räumliche Benachteiligung vor allem auf Quartiere in den acht größeren Städten des Landes. Bei den benachteiligten Stadtteilen handelt es sich meist um Plattenbausiedlungen sowie ehemalige Arbeiterquartiere in innerstädtischen Lagen (vgl. Sendi et al. 2004: 43ff.; MOP 2004: 15; Ploštajner et al. 2004: 59; Andrews 2004: 134f.).

Ein gesondertes nationales Programm zur Unterstützung von Stadt(entwicklungs)politik ist bislang in Slowenien

nicht aufgelegt worden. Integrierte Stadterneuerung wurde aber als prioritär in das operationelle Programm *Regionale Entwicklung Sloweniens* zur Beantragung von Mitteln aus den europäischen Strukturfonds aufgenommen. Zudem existiert eine Reihe sektoral orientierter, ressortspezifischer staatlicher Ansätze, Strategien und Programme, die für eine integrierte Stadtentwicklung von Bedeutung sind.

Die Implementation der unterschiedlichen Politiken ist teils staatliche, teils kommunale Aufgabe – eine regionale Ebene gibt es in Slowenien nicht (Nicis/EUKN 2008: 75f.), wobei Programme und Strategien zur Bewältigung spezifischer städtischer Problemlagen unter Berücksichtigung der Interessen aller beteiligten und interessierten Akteure (insbesondere Eigentümer, Investoren, Planer, Kommune, NGOs, Bewohner) auf kommunaler Ebene ausgearbeitet werden sollen (vgl. MOP 2004: 33ff.; Andrews 2004: 128f., Sendi et al. 2004: 47f.).

Ein regionaler bzw. interkommunaler Ansatz integrierter Stadtentwicklung wurde beispielsweise im Rahmen des *Coastal Area Management Programme (CAMP)* verfolgt. An diesem von 2004-2007 umgesetzten Programm waren alle drei Küstenstädte Sloweniens (Koper, Izola, Piran) beteiligt. Ziel war es unter anderem, den Küstenstreifen als einen öffentlichen und die Städte verbindenden Raum auszugestalten. Zu diesem Zweck aktualisierten die drei Kommunen gleichzeitig ihre Stadtentwicklungspläne. Weitere Schwerpunktbereiche des Programms waren die Stärkung der Nachhaltigkeit von Tourismus und Verkehr, die Reduzierung von Umweltbelastungen, der Schutz des kulturellen Erbes, die Erhaltung der Biodiversität, sowie die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität in der Region. Der Partizipation von Akteuren und der breiten Öffentlichkeit wurde im Planungsprozess große Bedeutung beigemessen (Nicis/EUKN 2008: 61f.; UNEP/MAP-PAP/RAC 2008).

Die Vision „Ljubljana 2025“ ist ein weiteres Beispiel für einen kommunalen integrierten Stadtentwicklungsansatz. Soziale, umweltbezogene und wirtschaftliche Komponenten sind in die Erstellung dieses Leitbildes für die zukünftige Entwicklung von Ljubljana eingeflossen. Konkret sind zur Verbesserung der städtischen Lebensqualität unter

anderem Sanierung und Restaurierung der historischen Altstadt, der gesamtstädtische Ausbau von Grünflächen sowie – nicht zuletzt zur Vermeidung von Verkehrsproblemen – die Verbesserung der Infrastruktur und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in jüngeren Wohngebieten vorgesehen. An der Erarbeitung der Vision waren verschiedene Ministerien, die Umlandgemeinden, Nicht-regierungsorganisationen sowie Bürger/innen beteiligt (Janez o.J.; Nicis/EUKN 2008: 62f.).

## Quellen

Andrews, Kaliopa Dimitrovska (2004): Nachhaltige Raumentwicklung in Slowenien. Zwischen globalen Trends und lokalen Stadtentwicklungsproblemen. In: Uwe Altröck, Simon Güntner, Sandra Hünig und Deike Peters (Hrsg.), Zwischen Anpassung und Neuerfindung. Raumplanung und Stadtentwicklung in den Staaten der EU-Osterweiterung. Planungsrundschau Nr. 11. Cottbus: 125–139.

Koželj, Janez (o.J.): Vision of Ljubljana in 2025; a proposed spatial vision for the long-term development of the city [Internet]. O.O. URL: <http://www.ljubljana.si/en/municipality/vision-ljubljana> (Stand: 5/2012).

MOP – Ministrstvo za okolje in proctor/Ministry of the Environment, Spatial Planning and Energy Slovenia (2004): SDSS – Spatial development Strategy of Slovenia (Official Gazzete of the RS no. 76/04) [Internet]. Ljubljana. URL: [http://www.arhiv.mop.gov.si/fileadmin/mop.gov.si/pageuploads/publikacije/drugo/en/sprs\\_eng.pdf](http://www.arhiv.mop.gov.si/fileadmin/mop.gov.si/pageuploads/publikacije/drugo/en/sprs_eng.pdf) (Stand: 5/2012).

## Spanien

In der spanischen Verfassung ist verankert, dass die Kompetenzen für Wohnungs- und Stadtpolitik bei den 17 autonomen Regionen des Landes liegen, die unter dem Dach der staatlichen Gesetzgebung zu diesen Themen – beispielsweise dem nationalen *land act* – über entsprechende eigene legislative Grundlagen verfügen. Innerhalb dieses Rahmens üben auch die Städte als dritte staatliche Ebene Spaniens eigene Planungshoheit aus.

Investitionsprogramme in den Bereichen Wohnungs- und Stadtpolitik werden auf allen drei staatlichen Ebenen aufgelegt und fokussieren vor allem auf sozialen Wohnungsbau für benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie auf Stadterneuerung (historischer Zentren). Auf der nationalen Ebene ist das *Ministerio de Fomento* für diese Politikbereiche verantwortlich. Dabei war der im Jahr 1992 unter Beteiligung der Regionen und Städte mit einem Vier-Jahres-Turnus aufgelegte nationale *Plan Estatal de Vivienda* (Nationaler Wohnungsplan) das wichtigste Programm. Mittlerweile ist er unter Berücksichtigung der Kriterien der LEIPZIG CHARTA zum *Plan Estatal de Vivienda y Rehabilitación* (Nationaler Wohnungs- und Stadterneuerungsplan) mit Laufzeit 2009–2012 weiterentwickelt worden.

Nicis/EUKN (2008): European survey: Levers of public action for the development of sustainable cities. Appendix 1: Answers to the first part of the questionnaire. November 6th, 2008 (French Presidency) [Internet]. The Hague. URL: <http://urbact.eu/fileadmin/corporate/doc/AppelOffre/European%20survey%20EN.pdf> (Stand: 3/2012).

Ploštajner, Zlata, Barbara Čerňič Mali und Richard Sendi (2004): Large Housing Estates in Slovenia. Policies and practices. RESTATE report 3g. Utrecht.

Pogačnik, Andrej (2010): Polycentric urban system in Slovenia. Vortrag bei der Tagung “Functional flows of innovation and development perspectives in MED regions” am 7. Oktober 2010 in Ljubljana [Internet]. O.O. URL: [http://www.influence.eu/Data/Sites/1/presentations/s1\\_pogacnik\\_polycentricityinslo\\_oct2010.pdf](http://www.influence.eu/Data/Sites/1/presentations/s1_pogacnik_polycentricityinslo_oct2010.pdf) (Stand: 5/2012).

Sendi, Richard, Kaliopa Dimitrovska Andrews und Barbara Čerňič Mali (2004): Cities in Slovenia. In: Ministry of the Interior and Kingdom Affairs (Hrsg.): Cities in the New EU Countries. Position, Problems, Policies. Amstelveen: 43–48.

Spatial Planning Act (ZPNactr), Official Gazette of the RS, no. 33/2007, Validity: since 28/04/2007 [Internet]. Ljubljana. URL: [http://www.arhiv.mop.gov.si/fileadmin/mop.gov.si/pageuploads/zakonodaja/prostor/nactrtovanje/prostorsko\\_nactrtovanje\\_en.pdf](http://www.arhiv.mop.gov.si/fileadmin/mop.gov.si/pageuploads/zakonodaja/prostor/nactrtovanje/prostorsko_nactrtovanje_en.pdf) (Stand: 5/2012).

UNEP/MAP-PAP/RAC (2008): MAP Coastal Area Management Programme (CAMP) Slovenia: Final Integrated Report. MAP Technical Series No. 171. UNEP/MAP [Internet]. Athens. URL: <http://195.97.36.231/acrobatfiles/MTS Acrobatfiles/mts171.pdf> (Stand: 5/2012).

Auch die beim *Ministerio de Economía y Competitividad* angesiedelte und in starkem Maße den integrierten Ansatz verfolgende „*Iniciativa Urbana*“ zur Umsetzung der EFRE-Förderung ist auf der nationalen Ebene von großer Bedeutung.

Stadtentwicklungs- und -erneuerungspolitik in Spanien müssen sich gegenwärtig vor allem den Herausforderungen der Immobilien- und Finanzkrise stellen. Vor dem Hintergrund, dass in Spanien die Bildung von Wohneigentum sehr viel üblicher ist als das Wohnen zur Miete – auch im sozialen Wohnungsbau geht es um die Bereitstellung erschwinglichen Eigentums –, sind hier die Folgen der Immobilien- und Finanzkrise besonders gravierend. Im Zeitraum 1997 bis 2007 nahm die Zahl neu gebauter Häuser und Wohnungen ebenso rapide zu, wie die Immobilienpreise stiegen. Motor waren vor allem günstige Bankkredite mit teilweise sehr langen Laufzeiten. Mit steigenden Zinsen sank die Nachfrage, Banken vergaben angesichts der internationalen Bankenkrise weniger günstige Kredite, und viele Privathaushalte konnten ihre Schulden nicht bedienen. In der Folge stehen heute rund 680.000 neue Häuser

zum Verkauf. Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und private Zahlungsunfähigkeit bilden einen Kreislauf.

Eine andere wesentliche Rahmenbedingung aktueller Stadtentwicklung in Spanien ist die spätestens seit der Jahrtausendwende stark wachsende Zahl von Zuwanderern. Betrug ihr Anteil an der spanischen Bevölkerung im Jahr 2001 noch 3,3 Prozent, war er in 2009 bereits auf 12,1 Prozent gestiegen (vgl. Leal 2011). Da Zuwanderer in der Regel über nur geringe materielle Ressourcen verfügen, sind sie auf erschwinglichen Wohnraum angewiesen. Dieser findet sich eingestreut in verschiedenen Wohnquartieren sowie konzentriert vor allem in innerstädtischen, baulich-städtebaulich defizitären Altbauwohngebieten sowie in Neubausiedlungen (Sozialwohnungen) der 1950er- bis 1970er-Jahre – insbesondere in den Großräumen Madrid und Barcelona. Hier treffen Zuwanderer auf überwiegend von Armut betroffene alte Menschen bzw. generell auf sozio-ökonomisch schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen, die sich auf einem zunehmend privatisierten Wohnungsmarkt kein Eigentum leisten können, während sozial mobilere Bevölkerungsgruppen in den suburbanen Raum abwandern bzw. abgewandert sind (EUKN 2010; Martinez et. al. 2001: 27; Valdivia/Almirall 2011: 1f.).

Die betroffenen Altbau- und Sozialwohnungsquartiere weisen spezifische baulich-städtebauliche, sozial-ökonomische und soziale Charakteristika auf, wie sie sich auch in vergleichbaren Gebieten anderer Städte in Westeuropa finden (Sanierungs- und Modernisierungsstau, Arbeitslosigkeit unter anderem als Folge der Wirtschaftskrise etc.). Als Besonderheit kommen teilweise Tendenzen der Informalisierung des Wohnungsmarktes (illegale Untervermietungen) mit der Folge einer Überbelegung von Wohnraum hinzu. In einigen Quartieren sind gleichzeitig Gentrifizierungstendenzen zu beobachten, wobei benachteiligte und sozio-ökonomisch bessergestellte Bevölkerungsgruppen im selben Stadtteil leben, ohne nennenswerte Berührungspunkte zu entwickeln. Als wichtige Potenziale werden für einige Gebiete gut funktionierende soziale Netzwerke und/oder aktive bürgerschaftliche Vereine genannt (Valdivia/Almirall 2011: 4ff.). Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich auch benachteiligte Stadtteile trotz des Zustroms von bis zu fünf Mio. Zuwanderern in spanische Städte nicht zu exkludierten Räumen entwickelt haben.

Um diesen Herausforderungen – insbesondere der wachsenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum – begegnen zu können, werden im Rahmen des *Plan Estatal de Vivienda y Rehabilitación* folgende Oberziele verfolgt (vgl. MVIV 2008: 51909ff. und 2010: 615):

- Sicherstellung des freien Zugangs zu einem breiten Spektrum an Wohnungsangeboten, das den unterschiedlichen Bedarfen und materiellen Möglichkeiten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gerecht wird,
- Förderung von Sanierungstätigkeiten in historischen Stadtzentren und in benachteiligten Stadtteilen, dabei Berücksichtigung der Aspekte Energieeffizienz und Barrierefreiheit,
- Schaffung von Sozialwohnungen im zu sanierenden Bestand, Neubau von Sozialwohnungen,
- Einrichtung von Sanierungs- bzw. Beratungsbüros vor Ort,
- Garantie eines Mietwohnungsanteils von mindestens 40 Prozent am gesamten Wohnungsbestand,
- Sicherstellung, dass für Mieten nicht mehr als ein Drittel des jeweiligen Haushaltseinkommens aufgebracht werden muss,
- Berücksichtigung unter anderem auch sozialer, Bildungs- und kultureller Belange sowie von Fragen der Energieeffizienz.

Auf der regionalen Ebene sind das katalonische Programm zur Entwicklung von Quartieren, städtischen Gebieten und Altstadtbereichen, die „besondere Aufmerksamkeit“ benötigen (Act 2/2004), sowie das Programm der Balearen zur Erneuerung und Entwicklung benachteiligter Quartiere (Act 2/2009) wesentliche Strategien einer integrierten Problemlösung (vgl. MVIV 2010: 594). Der integrierte katalonische Ansatz fokussiert unter anderem auf baulich-städtebauliche Quartierserneuerung, Ausstattung mit sozialer Infrastruktur, die Anlage bzw. Entwicklung von Grünflächen, Energieeffizienz und Ressourcennachhaltigkeit, die Berücksichtigung von Gender-Aspekten im öffentlichen Raum sowie die Verbindung von sozialer und (lokal) wirtschaftlicher Entwicklung (vgl. ebd.: 604f.). Ein Beispiel für die Integration von Stadtplanung und Maßnahmen im sozialen Bereich ist die Entwicklung des Quartiers La Mina in Adria de Besòs im Großraum Barcelona, die in starkem Maße auf der engen Kooperation der involvierten Verwaltungsebenen sowie einem integrierten Entwicklungsplan basiert. Auf den Balearen geht es – je nach Situation – unter anderem um die generelle Unterstützung benachteiligter Bevölkerungsgruppen (insbesondere junger Menschen), die Stabilisierung (lokal)wirtschaftlicher Strukturen beispielsweise durch die Förderung von Kleinunternehmen, (Aus-) Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, Vermittlung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt sowie die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ebd.: 611).

Als elementare Voraussetzungen für eine erfolgreiche integrierte Stadt(teil)entwicklung werden unter anderem vertikale Koordinierung der verschiedenen staatlichen

Ebenen, ressortübergreifende Zusammenarbeit unterschiedlicher Amtsbereiche auf den Verwaltungsebenen sowie horizontale Vernetzung aller relevanten Akteure auf der lokalen Umsetzungsebene (Gebietsbevölkerung und andere) genannt. Generell wird auch die Einbeziehung von Maßnahmen und Projekten zur Entwicklung benachteiligter Stadtteile in gesamtstädtische Strategien als wichtig erachtet (MVIV 2010: 625).

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die LEIPZIG CHARTA werden in Spanien zur Zeit zwei Gesetzesinitiativen zur Stärkung integrierter Stadtentwicklung (im Einklang mit der *Toledo Declaration 2010*) verfolgt. Außerdem wird derzeit an einer Fortschreibung des *Plan Estatal de Vivienda y Rehabilitación 2013 – 2017* gearbeitet. Mit Blick auf den übergeordneten spanischen *State Land Act* kann festgehalten werden, dass dieses Gesetz zwar nicht explizit auf die LEIPZIG CHARTA Bezug nimmt – beide sind im Jahr 2007 verabschiedet worden –, in vielen Punkten jedoch die gleichen Grundprinzipien nachhaltiger Stadtentwicklung berücksichtigt.

## Quellen

EUKN – European Urban knowledge Network (2011): *La Mina Neighbourhood: Combining Urban Planning with Social Action*. In: Ders.: *Cohesion Policy in Urban Practice. An Ambitious Urban Agenda?* The Hague: 70-73.

EUKN – European Urban knowledge Network (2010): *Urban Policies in Spain* [Internet]. O.O. URL: [http://www.eukn.org/Spain/en/EUKN\\_Spain/Urban\\_Policies\\_in\\_Spain](http://www.eukn.org/Spain/en/EUKN_Spain/Urban_Policies_in_Spain) (Stand: 3/2012).

Leal, Jesus (2011): *Increasing social mixing and socioeconomic inequalities: the influence of liberal housing policies in Madrid*.

Enhr Conference 2011 – 5 – 8 July, Toulouse.

Martinez, Andrés Walliser; María Bruquetas Callejo und Francisco Javier Moreno Fuentes (2001): *National and city contexts, urban development programmes and neighborhood selection. The Spanish background report. A working paper for UGIS, Urban development programmes, urban governance, social inclusion and sustainability*. Madrid.

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010):

*Integrated Urban Regeneration in the European Union*.

Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2008):

20751 Real decreto 2066/2008, de 12 de diciembre, por el que se regula el Plan Estatal de Vivienda y Rehabilitación 2009–2012. BOE núm. 309, Miércoles 24 diciembre 2008.

Valdivia, Blanca Gutiérrez, und Pilar García Almirall (2011): *Housing and immigrant population in Barcelona*. Enhr Conference 2011 – 5 – 8 July, Toulouse.

Teile dieses Textes wurden von Eduardo de Santiago (Ministerio de Fomento) verfasst.

## Tschechische Republik

Die im Jahr 2010 von der tschechischen Regierung verabschiedeten Grundsätze der Stadtpolitik begründen die generellen Zielrichtungen einer umfassenden nationalen Stadtentwicklungsstrategie, lassen aber gleichzeitig den Regionen Raum, ihre eigenen Politiken und Instrumente zu entwickeln und anzupassen. Die sechs Grundsätze, die durch nachgeordnete strategische Leitlinien und Entwicklungsaktivitäten näher ausgestaltet werden, lauten:

- Grundsatz 1: Regionaler Charakter der städtischen Politik
- Grundsatz 2: Polyzentrische Siedlungsentwicklung
- Grundsatz 3: Strategischer und integrierter Ansatz der Stadtentwicklung
- Grundsatz 4: Förderung der Entwicklung von Städten als territoriale Entwicklungspole
- Grundsatz 5: Schutz der städtischen Umwelt

- Grundsatz 6: Intensivierung der Zusammenarbeit, Schaffung von Partnerschaften und Erfahrungsaustausch zur nachhaltigen Stadtentwicklung.

Aspekte der Stadtpolitik sind darüber hinaus in zahlreichen weiteren nationalen Dokumenten enthalten, hierzu zählen vor allem: *Regional Development Strategy 2013*, *National Strategic Reference Framework 2007–2013*, *Sustainable Development Strategic Framework*, *Spatial Development Policy 2008* sowie andere sektorale Politiken und Konzepte.

Die Ziele und Maßnahmen der städtischen Politik werden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene entwickelt und umgesetzt. Das Ministerium für regionale Entwicklung (MMR) ist für die Erstellung grundlegender städtebaulicher Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene verantwortlich. Zudem ist es Aufgabe des Ministeriums, die methodische und programmatische Verknüpfung zwischen den Plänen und Empfehlungen der EU und den Situationen sowie den Bedarfen in Tschechien zu gewährleisten.

Das Ministerium gründete im Jahr 2006 eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung der städtischen Politik. Dort werden Hinweise aus den NUTS-2-Regionen, des Verbandes der Regionen der Tschechischen Republik, des Städte- und Gemeindebunds der Tschechischen Republik, der Tschechischen Architektenkammer sowie relevanter anderer Ministerien berücksichtigt. Die Arbeitsgruppe befasst sich mit Fragen der Stadtentwicklung und befördert die Zusammenarbeit zwischen den Partnern.

Das Ministerium legt Wert auf einen integrierten Stadtentwicklungsansatz als Schlüsselstrategie der tschechischen Stadtpolitik. Deshalb erarbeitete die Arbeitsgruppe im Jahr 2007 eine Methodik für *Integrated Urban Development Plans (IUDP)*, die Leitlinien zur Erstellung, Bewertung und Genehmigung von *IUDP* umfasst. Die *IUDP* sind ein sehr effektiver Weg zur Koordinierung städtischer Politik und dienen als Grundlage, um die europäischen Strukturfonds für Stadtentwicklungsprojekte zu nutzen. Die integrierten Stadtentwicklungspläne weisen kriterienbasiert städtische Entwicklungsräume aus (benachteiligte Stadtteile, Gebiete mit Entwicklungsbedarf im Bereich Wohnen, Gebiete mit hohem Wachstumspotenzial).

Tschechische Städte sind mit einer Reihe von spezifischen Problemen konfrontiert, deren Ursachen häufig miteinander zusammenhängen und mit Änderungen der Lebensstile verbunden sind. Viele Städte haben mit unzureichenden wirtschaftlichen Strukturen, einer sich verändernden demographischen (alternde Bevölkerung, Anstieg der Single-Haushalte) und sich verschlechternden sozialen Lage sowie einer überlasteten und technisch unzureichenden Infrastruktur im technischen, verkehrlichen und Umweltschutzbereich (einschließlich Wiederverwertung) zu kämpfen.

Diese Probleme sind auf mehrere grundlegende Trends zurückzuführen, die im Zuge der Transformation Tschechi-

ens insbesondere in den Städten entstanden sind: Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverluste im verarbeitenden Gewerbe, Tertiärisierung vor allem im Citybereich der Innenstädte, Neubau von hochwertigen Wohnarealen im innerstädtischen Bereich, umfangreiche Bevölkerungs- und Arbeitsplatzsuburbanisierung. Motoren für die Neustrukturierung tschechischer Städte – mit der Folge sozial-räumlicher Segregation – waren und sind die Deregulierung und Privatisierung des Wohnungsmarktes sowie umfangreiche Investitionen in städtische Teilräume bzw. die Vernachlässigung anderer Areale.

Neben der Förderung aus europäischen Strukturfondsmitteln werden die Kommunen durch verschiedene nationale Programme beispielsweise in den Bereichen Wohnen, öffentlicher Raum, Umwelt, Verkehr sowie Qualifizierung und Ausbildung unterstützt. Dieser Ansatz kann dazu beitragen, eine nachhaltige Stadtentwicklung in tschechischen Städten zu realisieren.

## Quellen

EUKN (2011): Cohesion Policy in Urban Practice. An Ambitious Urban Agenda? The Hague.

Ministerstvo pro místní rozvoj (2007): National Strategic Reference Framework of the Czech Republic 2007–2013. Prag.

MMR – Ministry for Regional Development of the Czech Republic (2010): Principles of Urban Policy [Internet]. O.O.  
URL: <http://www.mmr.cz/CMSPages/GetFile.aspx?guid=84cacd85-1d6a-4162-b4c7-ec92dd3310ab> (Stand: 4/2012).

MMR – Ministry for Regional Development of the Czech Republic (2007): Guidelines of the Ministry for Regional Development for essential Principles in preparation, evaluation and approval of an Integrated Urban Development Plan (pursuant to Resolution No. 883 of the government of the Czech Republic, dated 13 August 2007). Prag.

Sýkora, Ludek (2004a): Cities in the Czech Republic.  
In: Ministry of the Interior and Kingdom Affairs (Hrsg.): Cities in the New EU Countries. Position, Problems, Policies. Amstelveen: 17–22.

Weite Teile dieses Textes wurden vom tschechischen Ministerstvo pro místní rozvoj (MMR – Ministry of Regional Development) verfasst.

## Ungarn

In Ungarn sind Städte und Gemeinden die wichtigsten Akteure der Stadtpolitik, wie im Gesetz über die lokale Selbstverwaltung (2007) festgelegt wurde. Jede der 3.200 ungarischen Kommunen (davon sind mehr als 300 Städte) hat eine eigene lokale Verwaltung, deren Zuständigkeiten und Pflichten in diesem Gesetz geregelt sind. Kommunale Finanzierungsmöglichkeiten werden durch Steuereinnahmen und staatliche Richtlinien für die Erledigung be-

stimmter Aufgaben sichergestellt. Daneben ist Stadtentwicklung auch Aufgabe der Zentralregierung, der in diesem Themenfeld eine regulatorische und koordinierende Rolle zukommt: So wird der integrierte Ansatz in der Stadtentwicklungspolitik durch das Gesetz über die räumliche Entwicklung und Planung (Gesetz XXI von 1996) definiert. Zu den Zielen des Gesetzes gehören eine ausgewogene Raumentwicklung und die Harmonisierung der regionalen

und nationalen Entwicklung sowie der räumlichen Planung.

Das *Nationale Raumentwicklungskonzept (NSDC – National Spatial Development Concept*; Parlamentarisches Dekret 97/2005) ist ein Schlüsselinstrument, das in Form eines Gesetzes Ziele bezogen auf die jeweilige Funktion einzelner Orte innerhalb der Siedlungsnetzes festlegt. Das NSDC behandelt Fragen der Polyzentralität in Bezug auf Budapest und weitere sieben Städte, die als regionale Pole benannt wurden. Von den sieben mittelfristigen räumlichen Zielen des *Nationalen Raumentwicklungskonzeptes*, ist vor allem die „Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Metropolregion Budapest auf Grundlage seiner internationalen wirtschaftlichen und kulturellen Rolle“ am stärksten mit Fragen der Stadtentwicklung verknüpft. Eine Überarbeitung der nationalen Raumordnungspolitik findet im Jahr 2012 statt und wird voraussichtlich Fragen des Städtetnetzes, der Stadt-Land-Beziehungen sowie der funktionalen Beziehungen zwischen Städten und ihrem Umland berücksichtigen.

Darüber hinaus gibt es weitere gesetzliche Regelungen, die sich auf die Stadtentwicklung auswirken. Die wichtigste Vorschrift betrifft dabei die gebaute Umwelt: Das Gesetz über die Gestaltung und den Schutz der gebauten Umwelt (Gesetz LXXVIII von 1997) beschäftigt sich mit den grundlegenden Anforderungen, Instrumenten, Rechten sowie Pflichten im Zusammenhang mit der gebauten Umwelt und behandelt auch den Umfang der Aufgaben und Kompetenzen. Auch die vor dem Hintergrund der LEIPZIG CHARTA vorgenommenen umfangreichen Änderungen in der Praxis der ungarischen Stadtpolitik zeigen sich an diesem Gesetz: Mussten ungarische Kommunen zunächst ab Ende des Jahres 2007 im Falle einer Beantragung von Mitteln aus den Strukturfonds einen integrierten Stadtentwicklungsplan (*Integrated Urban Development Strategy – IUDS*) vorlegen, so wurde die Aufstellung von IUDS mit der Änderung des Gesetzes im Jahr 2009 verpflichtend für alle Städte in Ungarn eingeführt. Die IUDS müssen sich an eine von der Regierung vorgegebene Struktur halten: Ein Siedlungsplan muss einen Überblick über die gesamtstädtische Situation enthalten, potenzielle Entwicklungsbereiche definieren sowie Instrumente bzw. Verfahren zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen und deren institutionelle sowie organisatorische Einbettung beschreiben. Ein besonderer Teil eines IUDS ist der Anti-Segregations-Plan (Bewertung der aktuellen Situation und Anti-Segregations-Programm unter besonderer Berücksichtigung der Roma-Bevölkerung). Mit diesem Teilplan sollen die Auswirkungen der geplanten Entwicklungsmaßnahmen mit Blick auf Tendenzen einer Segregation bewertet und ein

komplexes System von Instrumenten entwickelt werden, um den Grad einer möglichen Segregation zu verringern sowie negative Auswirkungen auf andere städtische Bereiche in Folge der Maßnahmenumsetzung zu verhindern. Schätzungen zufolge haben bereits zwei Drittel aller ungarischen Städte ein IUDS – die auch in regelmäßigen Abständen überarbeitet werden müssen – aufgestellt.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden in Ungarn einige Programme zur Stadterneuerung umgesetzt. So steht beispielsweise in Budapest seit 1994 ein Fonds auf gesamtstädtischer Ebene zur Verfügung, aus dem Maßnahmen und Projekte der Stadterneuerung in den 23 Bezirken der Hauptstadt kofinanziert werden können. Ein weiteres Beispiel war das aus einem speziellen Fonds gespeiste Sonderprogramm zur Sanierung von Plattenbausiedlungen. Insgesamt steht die Finanzierung der Stadtentwicklung dank der Strukturfonds der Europäischen Union mittlerweile auf wesentlich stabilerem Grund. Daher spielen die städtische Dimension und Fragen der Stadtentwicklung auch eine Schlüsselrolle in der Umsetzung des *Neuen Ungarischen Entwicklungsplans (New Hungary Development Plan – National Strategic Reference Framework)*, der aus den EU-Strukturfonds kofinanziert wird. Für den Zeitraum zwischen 2007 und 2013 haben Städte die Möglichkeit, eine finanzielle Unterstützung im Rahmen der regionalen operationellen Programme zu erhalten. Mit diesen Mitteln kann auch die Umsetzung der jeweiligen lokalen Ansätze integrierter Stadtentwicklung einschließlich einer Ausweitung der Stadtsanierung oder einer sozialen Stadterneuerung unterstützt werden. Die Modernisierung und Sanierung privater Wohngebäude in benachteiligten Stadtteilen und Partnerschaften mit Akteuren der Zivilgesellschaft können ebenfalls einbezogen werden. Um eine solche Förderung aus den Strukturfonds für Maßnahmen der Stadtentwicklung zu erhalten, müssen die Städte über ein IUDS verfügen, anhand dessen die Kriterien für eine Förderfähigkeit der Ansätze integrierter Stadtentwicklung objektiv geprüft werden können. Durch den integrierten Ansatz können die gebietsbezogene Berücksichtigung verschiedener Politikansätze und der Einbezug der Interessen unterschiedlicher Akteure wie Verwaltung, Bewohner/innen, Wirtschaftsvertreter/innen sowie Nichtregierungsorganisationen gewährleistet werden.

Neben dem Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung haben auch andere in der LEIPZIG CHARTA benannte Themen in Ungarn an Bedeutung gewonnen: Dazu gehören die Stichworte Nachhaltigkeit, Flächenmanagement, Raumplanung sowie Energieeffizienz von Gebäuden. Daher hat sich Ungarn im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2011 insbesondere mit Fragen der Nachhaltigkeit

europäischer Stadtentwicklung auseinander gesetzt und in diesem Zusammenhang unterschiedliche Managementinstrumente zur Milderung der Klimawandels sowie Fragen der Anpassung der städtischen Strukturen an dessen Folgen untersucht, die Herausforderungen des demografischen Wandels in Europa und der Zuwanderung aus städtischer Perspektive analysiert und Anstrengungen unternommen, die städtische Dimension des territorialen Zusammenhalts im Rahmen der Überprüfung der Territorialen Agenda der Europäischen Union zu stärken.

## Zypern

In Zypern gewinnen Ansätze einer integrierten Stadtentwicklung zunehmend an Bedeutung. Da noch kein räumlich-spezifischer Entwicklungsplan für die Insel aufgestellt wurde, bildet auf nationaler Ebene der *Strategic Development Plan 2007–2013* den Rahmen für die räumliche Entwicklung, mit dem das übergeordnete strategische Ziel verfolgt wird, eine nachhaltige soziale und räumliche Kohäsion innerhalb und zwischen sowohl städtischen als auch ländlichen Räumen Zyperns herzustellen. Dabei geht es insbesondere um die Vermeidung von regionalen Disparitäten und sozialer Ausgrenzung, die Förderung einer lebendigen Landschaft sowie die Revitalisierung der Flächen entlang der Pufferzone und innerhalb der traditionellen Stadtzentren. Neben einer Verbesserung der Attraktivität des ländlichen Raums soll das übergeordnete Ziel des Plans vor allem im Rahmen integrierter Stadtentwicklung erreicht werden; im Einzelnen geht es um die Schaffung qualitativ hochwertiger öffentlicher Räume sowie die Aufwertung von sozialer und kultureller Infrastruktur, die Verbesserung von Bildung und Ausbildung und um die Gewährleistung eines ökologischen, effizienten und bezahlbaren Stadtverkehrs. Auch der Bereich Stadterneuerung mit den Elementen städtebauliche Erneuerung, soziale Durchmischung sowie besondere Berücksichtigung benachteiligter Bewohnergruppen, Verbesserung der Lebensbedingungen in den Quartieren, Stärkung der lokalen Ökonomie und Aufwertung im Niedergang befindlicher Innenstädte wird als Kernbereich integrierter Stadtentwicklung hervorgehoben (vgl. MVIV 2010: 109ff.; Nicis/EUKN 2008: 20; Planning Bureau of Cyprus 2006).

Diese Ziele werden bislang in verschiedenen (Stadtentwicklungs-)Projekten im Rahmen der nationalen Umsetzung des Operationellen Programms „Nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit“ verfolgt. Auch eine Reihe anderer Förderansätze enthält Elemente einer integrierten Stadtentwicklung, die in Zusammenarbeit von nationaler

## Quellen

EUKN (2010): National Urban Policy of Hungary [Internet]. O.O. URL: [http://www.eukn.org/Hungary/hu\\_en/E\\_library/Urban\\_Policy/National\\_Urban\\_Policy\\_of\\_Hungary](http://www.eukn.org/Hungary/hu_en/E_library/Urban_Policy/National_Urban_Policy_of_Hungary) (Stand: 4/2012).

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Weite Teile dieses Textes wurden vom ungarischen Belügyminisztérium (BM – Ministry of Interior) verfasst.

und kommunaler Ebene umgesetzt werden. Dazu gehören das *Listed Buildings Restoration Programme*, das *Buffer Zone Revitalisation Programme* und das *Programme for the reconstruction, radical improvement and renovation of government housing estates for refugees*, die sich schwerpunktmäßig auf die städtebauliche Erneuerung, die Aufwertung benachteiligter städtischer Bereiche sowie die Bewahrung des baukulturellen Erbes konzentrieren. Die Umsetzung dieser Programme erfolgt in der Regel gebietsbezogen und unter Beteiligung von Bewohner/innen und anderen lokalen Akteuren (MVIV 2010: 115ff.).

Ein integrierter gebietsbezogener Ansatz, der in starkem Maße auf gemeinwesenorientierten Methoden und Beteiligungsprozessen aufbaut, wird seit 2011 mit dem lokalen Pilotprojekt *Limassol Wine Villages Local Development Pilot Project: the contribution of heritage to local and regional development* (im Rahmen des *Council of Europe Local Development Pilot Projects Programme – LDPP*) verfolgt. Ziel des „bottom up“-Ansatzes ist es, auf Basis einer Mehrebenen-Governance Möglichkeiten und Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung, unter Berücksichtigung der Kenntnisse und Vorstellungen der Bewohner/innen zur Quartiersentwicklung, zu erproben. Die Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt in Limassol sollen auch zur Verbesserung anderer Planungsverfahren und Beteiligungsprozesse in Zypern generell sowie in anderen städtischen Kontexten beitragen.

Die gesetzliche Grundlage für die räumliche bzw. die Stadtentwicklungsplanung in Zypern ist die Planungsgesetzgebung (*Town and Country Planning Law*), in die seit 2008 auch Grundsätze der LEIPZIG CHARTA eingeflossen sind. Auch die kommunalen Planungsprozesse sind durch dieses Gesetz geregelt. So müssen die lokalen räumlichen Pläne (*local plans*), die jeweils den rechtlich bindenden Entwicklungsrahmen der Kommunen definieren, einen

umfangreichen Konsultationsprozess inklusive öffentlicher und fachbezogener Anhörungen durchlaufen, bei dem Bürger/innen und andere lokale Akteure, Interessengruppen sowie Vertreter/innen von Kommunalpolitik und -verwaltung einen weitgehenden Konsens über die Planung erreichen sollen. Diese Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten hat das Aufstellungsverfahren für die lokalen räumlichen Pläne wesentlich bereichert. Die lokalen Pläne werden mit den Grundsätzen der LEIPZIG CHARTA abgeglichen (da Costa 2011: 120ff.; MVIV 2010: 127; MMR 2009: 22; Nicosia/EUKN 2008: 31ff.).

Jenseits dieser gesetzlichen Regelungen und staatlichen Programme werden in Zypern Ansätze integrierter Stadtentwicklung auf der kommunalen Ebene auch eigenständig verfolgt. So setzen die vier größeren Städten des Landes – Nicosia, Limassol, Larnaca und Paphos – Strategien um, die neben städtebaulicher Erneuerung auch Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der kulturellen und sozialen Infrastruktur (Kulturzentren, Einrichtungen der Kinder- und Altenbetreuung), des Wohnumfeldes, zur Stärkung der lokalen Ökonomie sowie zur Aufwertung des Gebietsimages umfassen. Ziel ist es unter anderem, unter sozialen und demographischen Gesichtspunkten eine vielfältigere Bevölkerungsstruktur in den Quartieren zu erreichen und die Attraktivität der Stadtteile insgesamt zu erhöhen. Dazu werden beispielweise in Nicosia im Rahmen gebietsbezogener Ansätze auch neue Formen von Governance erprobt, Gemeinwesenarbeit eingesetzt sowie Empowerment und Partizipation der Quartiersbevölkerung betont (vgl. u.a. MVIV 2010: 113ff.; EUKN 2011; URBACT-SURE 2008: 36; Nicosia Municipality; Nicosia/EUKN 2008: 74).

## Quellen

- da Costa, Eva (2011): Urban Agglomeration Development Plans in Cyprus: A Participative Review Process. In: Maart Griesel und Frans van de Waart (Hrsg.) (2011): *Multilevel Urban Governance or the Art of Working Together. Methods, Instruments and Practices*. The Hague: 120 – 126.
- EUKN (2011): Urban Regeneration Projects in Nicosia [Internet]. O.O. URL: [http://www.eukn.org/Dossiers/EU\\_presidencies/Polish\\_Presidency/The\\_Urban\\_Dimension\\_of\\_Cohesion\\_Policy\\_the\\_past\\_present\\_and\\_future/Key\\_Publication\\_2011\\_The\\_Urban\\_Dimension\\_of\\_Cohesion\\_Policy/Sustainable\\_Case\\_Studies/Urban\\_Regeneration\\_Projects\\_in\\_Nicosia](http://www.eukn.org/Dossiers/EU_presidencies/Polish_Presidency/The_Urban_Dimension_of_Cohesion_Policy_the_past_present_and_future/Key_Publication_2011_The_Urban_Dimension_of_Cohesion_Policy/Sustainable_Case_Studies/Urban_Regeneration_Projects_in_Nicosia) (Stand: 3/2012).
- EUKN (2010): Planning System [Internet]. O.O. URL: [http://www.eukn.org/Cyprus/cy\\_en/EUKN/Cyprus\\_Urban\\_Policy/Planning\\_system](http://www.eukn.org/Cyprus/cy_en/EUKN/Cyprus_Urban_Policy/Planning_system) (Stand: 3/2012).
- MMR – Ministry for Regional Development of the Czech Republic (2009): „Assessment Report“ on the Implementation of the Leipzig Charter on Sustainable European Cities (Czech Presidency) [Internet]. Prag. URL: <http://www.eukn.org/dsresource?objectid=166461> (Stand: 4/2012).
- MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.
- Nicosia/EUKN (2008): European survey: Levers of public action for the development of sustainable cities. Appendix 1: Answers to the first part of the questionnaire. November 6th, 2008 (French Presidency) [Internet]. The Hague. URL: <http://urbact.eu/fileadmin/corporate/doc/AppelOffre/European%20survey%20EN.pdf> (Stand: 3/2012).
- Nicosia Municipality (o.J.): Nicosia Master Plan. Priority Projects [Internet]. O.O. URL: [http://www.nicosia.org.cy/english/enniaio\\_proteraitotitas.shtml](http://www.nicosia.org.cy/english/enniaio_proteraitotitas.shtml) (Stand: 3/2012).
- Planning Bureau of Cyprus (2006): Strategic Development Plan 2007 – 2013. Nicosia.
- URBACT – SURE (2008): SURE Baseline Study. Socio-economic approaches of Urban REhabilitation [Internet]. O.O. URL: [http://urbact.eu/fileadmin/Projects/SURE/outputs\\_media/SURE\\_baseline\\_study\\_FINAL.pdf](http://urbact.eu/fileadmin/Projects/SURE/outputs_media/SURE_baseline_study_FINAL.pdf) (Stand: 3/2012).

## C Länder mit vorwiegend kommunalen Ansätzen integrierter Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)

### Estland

In Estland werden Stadtentwicklung und Stadterneuerung vor allem von privaten (Markt-)Akteuren bestimmt, während der öffentliche Sektor mittels räumlicher Planung zumeist eine rahmengebende Rolle übernimmt. Eine eigenständige Stadtpolitik und Ansätze einer integrierten Stadtentwicklung spielen daher auf nationaler Ebene bislang eine noch untergeordnete Rolle. Auch der LEIPZIG CHARTA wird bisher nur eine geringe Bedeutung für die

estnische Stadtpolitik beigemessen (vgl. MVIV 2010: 191ff.; MMR 2009: 19ff.; Pehk 2008: 38ff.).

Im Rahmen der nationalen Umsetzung der EU-Strukturfondsförderung werden gleichwohl erste Ansätze einer integrierten Stadtentwicklung erprobt. Seit 2008 wird in den fünf größeren Städten Estlands das Programm *Development of Urban Areas* durchgeführt, das Maßnahmen und Projekte zur Gestaltung bzw. Aufwertung des

öffentlichen Raumes und von Grün- und Freiflächen, zur Schaffung eines nachhaltigen städtischen Verkehrs sowie zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur (insbesondere zur Kinderbetreuung) unterstützt. Aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wird das Programm *Strengthening the competitiveness of regions* finanziert, das die Aufwertung und Wiedernutzbarmachung brachgefallener ehemaliger Militär- und Industriestandorte unter anderem für ökonomische Zwecke zum Ziel hat (vgl. MVIV 2010: 192; Minister for Regional Affairs 2007).

Stadtentwicklung ist in Estland vor allem Aufgabe der kommunalen Ebene. Zu den Schwerpunkten zählen in der Regel die Aufwertung der Innenstädte und des öffentlichen Raums, städtebauliche Erneuerung von Quartieren und Wohnungsbeständen (Sanierung, Renovierung, Wohnungsfeldverbesserung, Steigerung der Gebäudeenergieeffizienz) sowie Fragen eines nachhaltigen Stadtverkehrs (vgl. MVIV 2010: 190ff.). Wichtige Grundlagen sind dabei integrierte Entwicklungspläne, zu deren Aufstellung die estnischen Kommunen gesetzlich verpflichtet sind. Die Pläne haben in der Regel den Charakter von strategischen Leitbildern und enthalten Umsetzungsempfehlungen mit einer zeitlichen Perspektive von mindestens drei Jahren. Dabei liegt der generelle Schwerpunkt der Entwicklungsziele auf der sozio-ökonomischen Entwicklung der jeweiligen Kommune, es sollen aber auch die Partizipation und Co-Produktion der Stadtgesellschaft für eine lebenswerte städtische Umgebung berücksichtigt werden (vgl. MVIV 2010: 200; City Development Service of the Tartu City Government 2006; City of Tallin).

## Griechenland

Basis für Stadtentwicklung in Griechenland ist das Gesetz 2508/97 (GG-124 A) zur nachhaltigen Entwicklung von Städten und Dörfern, das im Kern die rechtlichen Grundlagen griechischer Stadtplanung enthält. Als übergeordnete Ziele werden hier unter anderem Umweltschutz und Eindämmung von Zersiedelungstendenzen, Wohnraumentwicklung, (städtebauliche) Entwicklung benachteiligter Stadtteile inklusive sozialer und technischer Infrastrukturen, umweltgerechte Erneuerung von Innenstädten sowie Schutz archäologischer bzw. historisch und kulturell wertvoller Standorte genannt. Wie diese Ziele erreicht werden sollen, muss unter anderem in regionalen Raumordnungsplänen und kommunalen Flächennutzungsplänen festgehalten werden; außerdem sind Voruntersuchungen durchzuführen, auf deren Basis Sanierungs- oder Programmgebiete ausgewiesen werden. Auf die Bedeutung

In der Gesamtschau spielt integrierte Stadtentwicklung trotz aller Leitbilder und Entwicklungspläne in der kommunalen Praxis bislang eine eher nachgeordnete Rolle, und Stadtentwicklungsprojekte sind häufig eher sektoral als handlungsfeldübergreifend ausgerichtet. So findet beispielsweise die geforderte Partizipation von Bewohner/innen und lokalen Akteuren in der Stadtentwicklung noch wenig Berücksichtigung (vgl. Pehk 2008: 44ff.).

### Quellen

City Development Service of the Tartu City Government (2006): The Development Strategy Tartu 2030. Tartu. URL: <http://www.visittartu.com/vvfiles/5/5339e688b5812a5522ee6b251ce42412.pdf> (Stand: 5/2012).

City of Tallin: Tallinn Innovation Strategy 2009–2013 [Internet]. O.O. URL: <http://www.tallinn.ee/est/Tallinn-Innovation-Strategy-2009-2013> (Stand: 5/2012).

Minister for Regional Affairs (2007): Conditions for the Measure "Strengthening of the Competitiveness of Regions". Regulation No. 7 of the Minister for Regional Affairs of 22 October 2007 [Internet]. O.O. URL: [http://www.siseministeerium.ee/public/PKT\\_korrektne\\_eng.pdf](http://www.siseministeerium.ee/public/PKT_korrektne_eng.pdf) (Stand: 5/2012).

MMR – Ministry for Regional Development of the Czech Republic (2009): „Assessment Report“ on the Implementation of the Leipzig Charter on Sustainable European Cities (Czech Presidency) [Internet]. Prag. URL: <http://www.eukn.org/dsresource?objectid=166461> (Stand: 4/2012).

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Pehk, Teele (2008): Who makes the city? Mapping the urban planning system in Tartu, Estonia. Master Thesis. University of Tampere [Internet]. Tampere. URL: <http://tutkielmat.uta.fi/pdf/gradu03429.pdf> (Stand: 5/2012).

der Beteiligung von Bürger/innen und sonstiger relevanter lokaler Akteure an der Planung und Ausgestaltung konkreter Maßnahmen und Projekte wird explizit hingewiesen (Gesetz 2508/97).

Die Federführung für Stadterneuerungsprogramme und deren Monitoring liegt beim griechischen Ministerium für Umwelt, Raumordnung und öffentliche Arbeiten. Entscheidungen für die Entwicklung der Bereiche Patras, Heraklion, Larissa, Volos, Kavala und Ioannina werden von diesem Ministerium und dem jeweiligen Landkreis gemeinsam getroffen, in großen städtischen Agglomerationen kooperieren das Ministerium und der jeweilige Stadtrat. Finanziert werden die geforderten Ansätze nachhaltiger Stadtentwicklung unter anderem durch öffentliche Investitionsprogramme sowie jährliche Zuwendungen des

Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und öffentliche Arbeiten und einer für die Realisierung der Vorhaben eingesetzten staatlichen Agentur. Kommunale Anteile fließen in entsprechende Maßnahmen und Projekte ebenso ein wie Mittel von Regionalbehörden, teilweise ergänzt durch Ressourcen Dritter (Gesetz 2508/97).

Umfassende Strategien einer stärker integrierten Stadtentwicklung wurden erstmals im Zuge der EU-Gemeinschaftsinitiative *URBAN* (1994 bis 1999) in sechs griechischen Stadtgebieten umgesetzt. Die hierbei und im Rahmen von *URBAN II* (2001 bis 2006) gewonnenen Erfahrungen fließen seitdem in nationale Projekte zur integrierten Entwicklung benachteiligter Siedlungseinheiten ein, die auch im ländlichen Raum Griechenlands liegen (vgl. EUKN). Benachteiligte Räume wurden in Griechenland lange Zeit kaum wahrgenommen, unter anderem weil sie weniger stark ausgeprägt waren als vergleichbare Teilräume in anderen europäischen Ländern. Sozio-ökonomische Ungleichheiten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen existieren zwar auch in Griechenland – insbesondere als Folge der auch hier seit den 1990er-Jahren zu beobachtenden Deindustrialisierungsprozesse sowie der aktuellen Wirtschaftskrise –, sie führen jedoch vergleichsweise seltener als in anderen europäischen Ländern zu ausgeprägten räumlichen Konzentrationen (vgl. EUKN). Zukünftig sollen jedoch ein noch stärkeres Augenmerk auf die Entwicklung benachteiligter Stadtteile gerichtet und damit der integrative Blick auf sozial-räumliche Zusammenhänge weiter geschärft werden (vgl. MVIV 2010: 282).

Darüber hinaus werden Ansätze einer integrierten Entwicklung von (städtischen) Teilräumen vor allem in Athen

im Zusammenhang mit der Erneuerung der historischen Stadtmitte (Plaka) und dem Schutz des historischen und kulturellen Erbes realisiert (vgl. MVIV 2010: 290ff.). Insgesamt zeigen die griechischen Erfahrungen, dass erfolgreiche integrierte Stadt(teil)entwicklung vor allem von folgenden Faktoren abhängt (vgl. MVIV 2010: 293f.):

- explizite Koordinierung der Bündelung unterschiedlicher Handlungsfelder aus dem sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, Umwelt- und städtebaulichen Bereich,
- Koordinierung der verschiedenen involvierten Steuerungs- und Handlungsebenen,
- Einrichtung von Vor-Ort-Büros,
- umfangreiche Einbeziehung aller relevanten Akteure (Bewohner/innen und sonstige lokale Akteure) in die Planung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten,
- Monitoring und Evaluation.

## Quellen

EUKN – European Urban Knowledge Network: National Urban Policy in Greece [Internet]. O.O. URL: [http://www.eukn.org/E\\_library/Urban\\_Policy/National\\_Urban\\_Policy\\_of\\_Greece](http://www.eukn.org/E_library/Urban_Policy/National_Urban_Policy_of_Greece) (Stand: 5/2012).

Economou, Dimitris, George Petrakos und Yannis Psycharis (2004): National Urban Policy in Greece. In: Euricur – European Institute for Comparative Urban Research, Erasmus University Rotterdam (Hrsg.): National Urban Policies in the European Union. Bearbeiter: Leo van den Berg, Erik Braun, Jan van der Meer. Rotterdam: 76-77.

Gesetz 2508/97. O.O. O.J.

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

## Kroatien

Bedeutende Rahmenbedingungen für Stadt(teil)entwicklung in Kroatien sind die Folgen des Krieges zwischen 1991 und 1995 und der zu Beginn der 1990er-Jahre einsetzende Transformationsprozess.

Besonders im Fokus steht dabei die Wohnraumversorgung in den Städten. Nachdem zu sozialistischen Zeiten die Situation vor allem durch Desinvestition nicht nur im (historischen) Altbaubestand, sondern auch in Neubaugebieten geprägt war, wurden im Krieg 14 Prozent des Wohnungsbestands beschädigt oder zerstört. Seit Anfang der 1990er-Jahre wird Wohnraum, für den allgemein extrem niedrige Mieten zu entrichten war, massiv privati-

siert – heute befinden sich 82 Prozent aller Wohnungen in Kroatien in Privatbesitz –, mit den Folgen stark zersplitterter Eigentümerstrukturen und fehlenden Privatkapitals für Modernisierung und Sanierung. Darüber hinaus sind viele Städte mit den Problemen illegaler Siedlungen, unzureichender sozialer und technischer Infrastruktur, der Konzentration sozialer Probleme (Arbeitslosigkeit, Armut, unzureichende Arbeitsmarktqualifikationen, Gefahr der Ausgrenzung), (lokal)ökonomischem Niedergang sowie unzureichender kommunaler Ressourcen konfrontiert; die Stadtregionen weisen erhebliche Zersiedlungstendenzen auf. Insbesondere bei der Wohnraumversorgung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen zeigte

sich lange Zeit ein erheblicher Nachholbedarf (MVIV 2010: 93ff.; vgl. auch Cavrić/Toplek/Šiljeg 2008: 2; Sunega/Bezovan 2007: 8).

Staatliche Mittel wurden und werden im Rahmen der *Physical Planning Strategy and Programme of the physical plans* für die Wiederherstellung des kulturhistorischen Erbes, die Reparatur beschädigter bzw. den Wiederaufbau zerstörter Gebäude unter Berücksichtigung des Aspektes Barrierefreiheit, Wohnumfeldverbesserung, die Entwicklung des öffentlichen Raumes bzw. von Frei- und Grünflächen, für die Verbesserung der technischen Infrastruktur sowie in Teilen für sozialen Wohnungsbau eingesetzt (MVIV 2010: 93, 100). Stadterneuerung wird auf der nationalen Ebene also vor allem aus der baulich-städtebaulichen Planungsperspektive gedacht. Die Umsetzungsverantwortung liegt bei den Regionen und vor allem den Kommunen, wo sich jedoch angesichts der fragmentierten Eigentümerstrukturen oftmals das Problem einer nur schwierig zu erreichenden Konsenses über Entwicklungsziele, Maßnahmen und Projekte der Stadt(teil)erneuerung stellt (ebd.: 94).

Im Bereich der Stadterneuerung ist die partizipative Einbindung von Bürger/innen in die Entscheidungsfindung über öffentliche Anhörungen hinaus bisher eher gering

## Luxemburg

Ein Programm zur integrierten Stadt(teil)entwicklung hat das Großherzogtum Luxemburg bislang auf nationaler Ebene nicht aufgelegt. Gleichwohl ist es Ziel, den in der LEIPZIG CHARTA formulierten integrativen Ansatz ebenso in stärkerem Maße zu berücksichtigen wie die im europäischen Kontext erarbeiteten Empfehlungen zu diesem Politikfeld. Dazu wurde unter anderem die „Nationale Informationsstelle für Stadtpolitik“ (*Cellule nationale d'Information pour la Politique Urbaine – CIPU*) eingerichtet, die gemeinsam von der Universität Luxemburg, drei Ministerien (Ministère de l'Economie et du Commerce extérieur, Ministère du Logement, Département de l'Aménagement du territoire du Ministère du Développement durable et des Infrastructures) sowie drei Kommunen (Luxemburg, Esch-sur-Alzette, Kommunalverbund Nordstad) getragen wird. Ziel der Informationsstelle ist es, auf nationaler Ebene eine Plattform für den Erfahrungsaustausch in der Stadtentwicklung zu schaffen, sich in die zukünftige Gestaltung der luxemburgischen Stadtpolitik einzubringen und als Schnittstelle zwischen europäischer, nationaler sowie lokaler Ebene zu fungieren. Die Arbeit der CIPU richtet sich an Akteure der Stadtentwicklung

ausgeprägt, allerdings ist die Einrichtung von Diskussionsforen und Teilnehmernetzwerken vorgesehen (MVIV 2010: 99, 101ff.). Das Zusammenbringen von Interessen unterschiedlicher Akteure sowie die Stärkung transparenter Teilnehmernetzwerken werden als Voraussetzungen für eine gelingende integrierte Stadt(teil)entwicklung gesehen (ebd.: 106; Karzen 2003).

### Quellen

Cavrić, Branko, Silvija Toplek und Ante Šiljeg (2008): Measuring sustainable urban development in selected coastal cities: an indicator and GIS based approach for city of Zadar and Pula [Internet]. O.O. URL: <http://www.ioiusa.net/articles/view/141598/?topic=24394> (Stand: 3/2012).

Karzen, Mirna (2003): Sustainable Towns of Croatia. Program for the Development of Urban Public Spaces in Croatia. Final Policy Paper [Internet]. O.O. URL: [http://www.policy.hu/karzen/Research\\_Proposal/research\\_proposal.html](http://www.policy.hu/karzen/Research_Proposal/research_proposal.html) (Stand: 3/2012).

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Sunega, Petr, und Gojko Bezovan (2007): Regional differences in housing availability and affordability in the Czech Republic and in Croatia. Sustainable Urban Areas. International Conference 25 – 28 June 2007, Rotterdam. Workshop: East European Housing & Urban Policy.

in Ministerien und Kommunen, in der freien Wirtschaft sowie in der Forschung. Sie umfasst vor allem Netzwerkarbeit und Wissensvermittlung, beispielsweise im Rahmen von Veranstaltungen. Auch eine Datenbank zur Stadtentwicklung, Informationen über Förderprogramme sowie die Unterstützung bei der Antragstellung auf Fördermittel gehören zum Aufgabenportfolio von CIPU (Becker 2010: 43ff.).

Den übergeordneten Rahmen für die räumliche Planung im Großherzogtum Luxemburg bildet derzeit das im Jahr 2003 verabschiedete *Programme Directeur* mit seinen drei Handlungsfeldern „Verkehr und Kommunikation“, „Umwelt und natürliche Ressourcen“ sowie „Städtische und ländliche Entwicklung“. Mit Letzterem wird die in hohem Maße integrative „Schaffung von Städten und Dörfern, die den sozialen Anforderungen gerecht werden, eine hohe Lebensqualität bieten und die Politik der sozialen Integration fördern“, verfolgt (MI 2005a: 12). Eine Umsetzungsstrategie für das *Programme Directeur* findet sich im *Integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept für Luxemburg* (IVL; MI 2005b), das auch als koordinierender Rahmen für

die *Plans Directeur Sectoriel* dient. Mit ihnen wird das *Programme Directeur* in den vier als prioritär benannten thematischen Teilplänen „Verkehr“, „Freiraum und Landschaft“, „Gewerbe- und Industriezonen“ sowie „Wohnen“ detailliert (ML/MIAT 2009: 7). Mit dem Teilplan „Wohnen“ wird unter anderem angestrebt, „gemischte Sozial- und Siedlungsstrukturen (zu) fördern, um der Verdrängung von Wohnquartieren aus den Ortszentren (...) entgegenzuwirken“ (ML/MIAT 2009: 60). Insbesondere um dem Druck auf den luxemburgischen Wohnungsmarkt zu begegnen, wurde im Rahmen des *Pacte Logement* mit Gesetzescharakter die Kooperation von staatlicher und kommunaler Ebene festgelegt. Kommunen erhalten für Maßnahmen und Projekte zur Verringerung der Wohnungskosten und zur Verbesserung der sozialen Durchmischung nicht nur staatliche Mittel, sondern es wird ihnen durch den *Pacte Logement* in festgesetzten Stadterneuerungsbereichen (*zones à restructurer*) auch ein Vorkaufsrecht für Immobilien eingeräumt, um Steuerungsmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt zu erhalten (vgl. ML 2008).

Um in den städtischen Zentren Luxemburgs eine kohärente und integrierte Entwicklung zu ermöglichen, wurden auf regionaler Ebene vier Zielräume (*Konventionsgebiete*) definiert, in denen auf Basis eines Vertrages zwischen der Regierung und den jeweiligen Gemeinden ökonomische, ökologische und soziale Ziele im Sinne eines nachhaltigen und integrierten Ansatzes verfolgt werden (vgl. DAT).

Schließlich finden sich integrative Stadtentwicklungsansätze auf der kommunalen Ebene der Stadt Luxemburg. Hier wurde im Rahmen des im Jahr 2005 aufgestellten mittelfristigen *Integrativen Stadtentwicklungskonzepts Luxemburg 2020* und der gleichzeitig unter Beteiligung der Gebietsbe-

wohnerschaft entstandenen 24 Stadtteilrahmenpläne mit ersten Überlegungen zu integrativen Erneuerungsansätzen für benachteiligte Quartiere begonnen. Hintergrund ist unter anderem die Tatsache, dass sich im Großherzogtum Luxemburg sozial-räumliche Benachteiligung allein schon aufgrund der geographischen Situation des Landes fast ausschließlich auf die vier größeren Städte – und hier insbesondere auf hochverdichtete (Altbau-)Bereiche im Zentrum der Hauptstadt – konzentrieren (vgl. Ville de Luxembourg 2005: 14ff.).

## Quellen

- Becker, Tom (2010): Europäisierung der Städtepolitik? Das Beispiel „CIPU“ in Luxemburg. In: *Europa Regional* 18 (2010) 1: 38 – 47.
- DAT – Département de l'aménagement du territoire: Développement régional au niveau d'importantes agglomérations urbaines [Internet]. O.O. URL: [http://www.dat.public.lu/developpement\\_regional\\_poles\\_urbains/developpement\\_regional\\_importantes\\_agglo\\_urbaines/index.html](http://www.dat.public.lu/developpement_regional_poles_urbains/developpement_regional_importantes_agglo_urbaines/index.html) (Stand: 2/2012).
- MI – Ministerium für Inneres und Raumplanung, Direktion Raumplanung (Hrsg.) (2005a): Eine nachhaltige Raumentwicklung für Luxemburg. Die wesentlichen Leitideen aus dem Programme Directeur. Luxemburg.
- MI – Ministerium für Inneres und Raumplanung, Direktion Raumplanung (Hrsg.) (2005b): IVL – Ein Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept für Luxemburg. Luxemburg.
- ML – Ministère des Classes Moyennes, du Tourisme et du Logement (Hrsg.) (2008): Le Pacte Logement en bref. Luxemburg.
- ML/MIAT – Ministère des Classes Moyennes, du Tourisme et du Logement, Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire (Hrsg.) (2009): Plan Directeur Sectoriel „Logement“. Vorentwurf. Luxemburg.
- Ville de Luxembourg (Hrsg.) (2005): Integratives Stadtentwicklungskonzept Luxemburg 2020. Bearbeiter: Bureau d'Etudes en Urbanisme & Aménagement du Territoire ZILM. Luxemburg.

## Mazedonien

In Mazedonien bestehen zwischen städtischen und ländlichen Räumen starke soziale Unterschiede, was zu einer anhaltenden Land-Stadt-Wanderung führte und führt. In den Städten lassen sich außerdem Flüchtlinge nieder, die aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen in den Nachbarstaaten Mazedoniens in den 1990er-Jahren ihre Heimatländer verlassen haben (vgl. United Nations 2004: 2). Diese Zuwanderungen führen in den Städten unter anderem zu (teilräumlichen) Konzentrationen benachteiligter Bevölkerungsgruppen, die vor allem von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind. Zu den weiteren Herausforderungen, denen sich Stadtentwicklung in Mazedonien stellen muss, gehört die massenhafte Privatisierung ehemals

öffentlicher Wohnungsbestände in den 1990er-Jahren mit der Folge, dass es in den betroffenen Quartieren aufgrund mangelnder Ressourcen der neuen Eigentümer zu Desinvestition in die Bausubstanz kommt – ein Phänomen, das auch aus anderen Transformationsstaaten bekannt ist. Schließlich sind die Städte aufgrund unzureichender planerischer und steuernder Instrumente in hohem Maße mit dem Problem unkontrollierter und illegaler Bebauung konfrontiert (vgl. MVIV 2010: 548; Frank/Minervini/Pavlovska 2007: 8ff.; United Nations 2004: 1).

Vor diesem Hintergrund wurden auf der staatlichen Ebene Mazedoniens unter anderem die zentralen Entwicklungs-

ziele ökonomische Stärkung gering entwickelter Landesteile, Armutsbekämpfung, verbesserte Wohnraumversorgung sowie Stadtentwicklung auch unter sozialen Gesichtspunkten formuliert (vgl. United Nations 2004: 4f.). Grundlage für die Erreichung dieser Ziele sind die Regierungsinitiativen *Annual Programme for urban planning created and funded by the Government of Republic of Macedonia*, *Annual Programme for construction and maintenance of housing owned by the Republic of Macedonia* sowie *Annual programme for equable regional development*, deren Schwerpunkte zwar überwiegend im baulich-physischen Bereich liegen, die jedoch zumindest indirekt auch die Handlungsfelder Bildung, Beschäftigung, ökonomische Entwicklung, Bewahrung des Kulturerbes, sowie – allgemein – soziale Integration adressieren (vgl. MVIV 2010: 539).

Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1991 wurden Stadtentwicklungsprozesse im Wesentlichen von privaten Entwicklern bzw. Unternehmen dominiert und waren daher stark marktorientiert. Der Schwerpunkt lag dabei auf der rein baulich-physischen Errichtung von Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen (vgl. MVIV 2010: 535; World Bank 2006: 47f.). Heute ist Stadtentwicklung in Mazedonien vor allem Aufgabe der kommunalen Ebene, denn das im Jahr 2002 verabschiedete *Law on Self-Governement* sieht eine sukzessive Dezentralisierung öffentlicher Aufgaben von der staatlichen auf die kommunale Ebene vor, unterstützt durch ergänzende Gesetze wie das *Law on Spatial and Urban Planning* sowie das *Law on Environment*. Neben generellen Aufgaben einer öffentlichen Verwaltung liegt nun die Steuerung der Handlungsfelder Bildung und Kultur, Soziales, Gesundheit, ökonomische Entwicklung, Umwelt sowie auch Planung und Stadtentwicklung in kommunaler Verantwortung. Das Gesetz garantiert den Kommunen Autonomie und sichert eine Grundfinanzierung der kommunalen Haushalte aus öffentlichen Steuereinnahmen des Staates (vgl. Frank/Minervini/Pavlovska 2007: 6ff.), die allerdings in vielen Fällen keine ausreichende finanzielle Sicherheit für die Umsetzung insbesondere der Planungsaufgaben bzw. für die Erstellung der gesetzlich

geforderten *General Urban Plans (GUP)*, die für einen Zeitraum von zehn Jahren die räumliche Entwicklung der Städte und Gemeinden festlegen sollen, darstellt. Überlegungen zu einer integrierten Stadtentwicklung können aus finanziellen Gründen, aber auch aufgrund vielfach unzureichender Erfahrungen in den meist noch jungen Kommunalverwaltungen nur in wenigen Fällen in Angriff genommen werden; so stehen auch Partizipationsprozesse im Rahmen der Stadtentwicklung vielerorts noch am Anfang (vgl. Hristova 2009: 292; World Bank 2006: 47ff.).

Insgesamt ist es in Mazedonien ein wichtiges Ziel, die Koordination und Abstimmung aller Verwaltungsebenen und -einheiten zu intensivieren und lokale Akteure auf Basis des gesetzlichen Rahmens zur kommunalen Selbstverwaltung stärker in die Stadtentwicklung einzubeziehen (vgl. MVIV 2010: 549; Frank/Minervini/Pavlovska 2007: 8).

## Quellen

Frank, Edward, Corrado Minervini und Danica Pavlovska (2007): *Municipal Administrative Reform and Land Development Issues in the Former Yugoslav Republic of Macedonia (FYRoM)*. Papers in Land Management No. 5. Cambridge.

Hristova, Aneta (2009): *Eine Hauptstadt im Umbruch: Die postsozialistische Stadtentwicklung von Skopje*. In: Uwe Altröck, Ronald Kunze, Elke Pahl-Weber, Ursula von Petz und Dirk Schubert (Hrsg.): *Jahrbuch Stadterneuerung 2009. Schwerpunkt „Megacities und Stadterneuerung“*. Berlin: 281 – 292.

Ministry of Environment and Physical Planning, Government of the Republic of Macedonia (2004): *Spatial Plan of the Republic of Macedonia*. Skopje.

MVIV – Gobierno de España – Ministerio de Vivienda (2010): *Integrated Urban Regeneration in the European Union*. Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

United Nations (2004): *Human settlement country profile Republic of Macedonia* [Internet]. O.O. URL <http://www.un.org/esa/agenda21/natlinfo/countr/macedonia/HSettlMacedoniao4f.pdf> (Stand: 5/2012).

World Bank (2006): *Former Yugoslav Republic of Macedonia. Issues in Urban and Municipal Development. A Policy Note*. O.O.

## Serbien

Zu den zentralen Rahmenbedingungen für Stadtentwicklung in Serbien zählen der Nachklang der kriegerischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien sowie – unter anderem damit zusammenhängend – der noch nicht abgeschlossene Transformationsprozess seit 1990. Vor allem für die Städte gehörten physische Zerstörungen und die erhebliche Zuwanderung von Kriegsflüchtlingen zu den

Folgen. Daneben wurde durch die Kriege und die in diesem Zusammenhang gegen Serbien ausgesprochenen internationalen Sanktionen die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft verlangsamt. Der wirtschaftliche Strukturwandel setzte erst Anfang des neuen Jahrtausends ein: So steht das Land heute vor der Herausforderung einer im Vergleich mit anderen osteuropäischen Ländern

extremen Deindustrialisierung mit gravierenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Arbeitslosigkeit ist weit verbreitet, das allgemein niedrige Lohnniveau steht vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten gegenüber, Armut und ein geringer Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung sind die Folgen (Vujošević 2010: 22ff.; Djordjević/Dabović 2009: 144).

Eine räumliche Implikation dieser wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen ist die Herausbildung benachteiligter städtischer Wohnquartiere, die unter anderem durch bauliche/städtebauliche Mängel, Desinvestition, mangelhafte technische, verkehrliche und soziale Infrastruktur, Defizite im Wohnumfeld und bei Grün- und Freiflächen sowie durch Umweltprobleme charakterisiert sind. Hinzu kommt eine Verschärfung des innerstädtischen Wohnungsmangels aufgrund massiver Zuwanderungen (seit den 1970er-Jahren anhaltende Landflucht, kriegsbedingter Zuzug von Flüchtlingen). War es für lange Zeit nicht möglich, in den Kernstädten privat Grundstücke zu erwerben, schießen heute die Bodenpreise in innerstädtischen Lagen (spekulationsbedingt) in die Höhe. Dies führt dazu, dass ärmere Bevölkerungsteile entweder aus eigener Motivation in den suburbanen Raum ausweichen (Erwerb von Grundbesitz) oder in Teilen dorthin gedrängt werden, weil das Wohnen in der Innenstadt zu teuer geworden ist. Generell sind Kernstädte und suburbaner Raum aufgrund einer vielerorts eher zögerlichen Anwendung planerischer und steuernder Instrumente (noch immer) in hohem Maße mit dem Problem unkontrollierter und illegaler Bebauung konfrontiert (Vujošević 2010: 22ff.; gtz 2010; Lazarević/Djukic 2006: 3ff., 7, 11ff.).

Die nationale Ebene Serbiens reagierte auf diese Herausforderungen mit dem 2009 verabschiedeten Planungsgesetz (*Planning and Building Act*) und dem im Jahr 2010 aufgelegten, gesetzlich bindenden *Spatial Plan of the Republic of Serbia 2010 – 2014 – 2025* als Rahmen für Stadtentwicklung. Schwerpunkte des Planungsgesetzes sind Regelungen zu Landnutzungsrechten und privatem Grundbesitz, Fragen der Regulierung und Steuerung der Flächennutzung sowie die Einführung hierarchisch abgestufter Planungsinstrumente auf der lokalen Ebene und von Beteiligung in Planungsverfahren (gtz 2010: 4ff.; Djordjević/Dabović 2009: 148f.). Zu den Zielen des *Spatial Plan* gehören eine ausgeglichene, nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung der Regionen Serbiens sowie der Erhalt der natürlichen Ressourcen und des (bau) kulturellen Erbes. Besonders betont wird dabei die Berücksichtigung der in der LEIPZIG CHARTA geforderten integrierten, politikfeldübergreifenden Betrachtung räumlicher Entwicklungsaspekte sowie die Einbeziehung eines breiten Akteurs-

kreises – Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft – in Planungen auf nationaler und lokaler Ebene. Anhand eines Indikatorensystems soll die Umsetzung des Plans regelmäßig überprüft werden (vgl. Republic of Serbia 2010).

Im Zuge der Dezentralisierung des Verwaltungsaufbaus Serbiens seit 2000 ist Stadtentwicklung heute vor allem Aufgabe der kommunalen Ebene. Erste Ansätze integrierter Stadt(teil)entwicklung werden hier unter anderem in den Städten Kragujevac und Uzice mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) erprobt. In diesen Kommunen werden integrierte Entwicklungskonzepte für zentrale innerstädtische Quartiere mit explizitem Bezug zur LEIPZIG CHARTA erarbeitet. Ziele sind unter anderem die Stärkung der Innenentwicklung (Erhöhung der baulichen Dichte, Konversion, Baulanderschließung), die Verbesserung der technischen und sozialen Infrastruktur sowie die Aufwertung des öffentlichen Raums. Darüber hinaus geht es im Rahmen dieser Projekte darum, die ressortübergreifende Zusammenarbeit auf der Verwaltungsebene zu stärken und vielfältige Beteiligungsansätze in den Kommunen zu verankern. Insgesamt sollen die beteiligten Kommunen beim Aufbau von Fachkompetenzen und bei der Einführung technischer und rechtlicher Instrumente – beispielsweise zur Steuerung der Flächennutzung und zur Bodenpolitik – unterstützt werden (gtz 2010: 19). Auch die Hauptstadt Belgrad hat mit der *City of Belgrade Development Strategy* einen strategischen Stadtentwicklungsplan aufgestellt, der integrative Elemente enthält und neben baulich-physischen, infrastrukturellen und ökonomischen Themen die Handlungsfelder Soziales, Gesundheit sowie Management und Organisation berücksichtigt (City of Belgrade/PALGO Center 2008).

## Quellen

- City of Belgrade/PALGO Center (Hrsg.) (2008): *City of Belgrade Development Strategy – Goals, Concept and Strategic Priorities*. Draft. Beograd.
- Djordjević, Dejan, und Tijana Dabović (2009): *System of Spatial Planning in Serbia: a Critical Overview*. In: *Razgledi* 31: 143 – 157.
- gtz – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (2010): *Unapređenje upravljanja zemljištem na nivou lokalnih samouprava u Srbiji / Strengthening of local land management in Serbia*. Beograd.
- Lazarević, Eva Vanista und Aleksandra Djukic (2006): *NGO Association for Urban Regeneration Belgrade, Serbia*. Paper presented at The Corporate Responsibility Research Conference 2006 Dublin. Belgrade.
- Republic of Serbia – Ministry of Environment and Spatial Planning, Republic Agency for Spatial Planning (2010): *Spatial Plan of the Republic of Serbia 2010 – 2014 – 2025 – Abridged Version*. Belgrade.

## Slowakei

Zu den größten Herausforderungen der Stadtentwicklung in der Slowakei zählt nach wie vor die Bewältigung des Transformationsprozesses, zu dessen Merkmalen starke Deindustrialisierung bei gleichzeitiger Tertiärisierung der Wirtschaft unter anderem mit den Folgen (Langzeit-) Arbeitslosigkeit bzw. – allgemein – Polarisierung des Einkommensniveaus und von Lebensstilen gehören. Räumlich schlägt sich dies vor allem in den Städten nieder, in denen sich neben (hochwertigen) Neubauvierteln vor allem innerstädtische Altbauquartiere und Großwohnsiedlungen zu benachteiligten Stadtteilen entwickeln. Insbesondere Großwohnsiedlungen zeichnen sich meist durch niedrige Gebäudestandards (beispielsweise bei der Energieeffizienz), Sanierungsbedarf, ein unzureichendes Wohnumfeld (z. B. fehlende Grünanlagen) und eine mangelnde Verkehrsanbindung an die Gesamtstadt aus (Bucek 2004: 39f.). Ein generelles Problemfeld liegt in der umfangreichen Privatisierung von Wohnraum nach 1989 – heute befinden sich mehr als 96 Prozent des Wohnungsbestandes in privater Hand, wobei es sich in der Mehrheit um vormalige Mieter handelt, die in vielen Fällen nicht über die notwendigen Mittel zum Bestandserhalt verfügen (MVIV 2010: 571ff.).

In der Slowakei gibt es auf nationaler Ebene bislang weder Ansätze einer (kohärenten) Stadtentwicklungs- noch einer Stadterneuerungspolitik, um diesen Herausforderungen zu begegnen, jedoch zielen verschiedene sektorale Politiken auch auf städtische Belange (unter anderem Soziales und Wirtschaftsentwicklung). Themen der Stadterneuerung werden auch im Rahmen der Raum- und Stadtplanung berücksichtigt, die sich wiederum auf das Gesetz zur Förderung der Regionalentwicklung (Act No. 539/2008) stützt (MVIV 2010: 571ff.). Generell standen in der Slowakei bis vor kurzem die Handlungsfelder Flächen- bzw. Siedlungsmanagement, Altlastensanierung und Schutz der städti-

schen Umwelt, Erhalt des kulturellen Erbes, Verbesserung der sozialen Infrastruktur in technischer und inhaltlicher Hinsicht (Bildung, Gesundheit, Kultur) sowie Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit auf der Agenda des Aktionsplans für nachhaltige Entwicklung 2005 – 2010 (Akčný plán trvalo udržateľného rozvoja; Úrad vlády SR 2012). Außerdem fördert der Staat Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen durch günstige Kredite aus seinem Wohnraumentwicklungsfonds sowie durch Steuernachlässe des Ministeriums für Bauen und Regionalentwicklung (MVIV 2010: 571ff.). In räumlich besonders isolierten Lagen stellt der Staat seit den 1990er-Jahren Wohnraum für Roma bereit, was allerdings deren ohnehin schwierige sozial-räumliche Integration nicht erleichtert (Hurrle 2004: 89).

Ein stärker integrativer Ansatz ist von der nationalen Stadtentwicklungsstrategie zu erwarten, die sich derzeit in Vorbereitung befindet (MVIV 2010: 571ff.).

### Quellen

Bucek, Ján (2004): Cities in Slovakia. In: Ministry of the Interior and Kingdom Affairs (Hrsg.) (2004): Cities in the New EU Countries. Position, Problems, Policies. Amstelveen: 37–42.

Hurrle, Jakob (2004): Die Dritte Welt in der Ersten Welt. Entwicklungs- und Erneuerungsstrategien für ländliche Roma-Ghettos in der Slowakei. In: Uwe Altrock, Simon Güntner, Sandra Huning und Deike Peters (Hrsg.): Zwischen Anpassung und Neuerfindung. Raumplanung und Stadtentwicklung in den Staaten der EU-Osterweiterung. Planungsrundschau Nr. 11. Cottbus: 89 – 107.

MVIV – Gobierno de España – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union.

Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Úrad vlády SR (2012): Urban renewal and landscape regeneration [Internet]. O.O. URL: <http://www.tur.vlada.gov.sk/1108/6-urban-renewal-and-landscape-regeneration.php> (Stand: 4/2012).

## Türkei

Ein vergleichsweise starkes Wirtschaftswachstum mit Globalisierungstendenzen, ein ebenfalls starkes Bevölkerungswachstum sowie mit der ökonomischen Entwicklung zusammenhängende umfangreiche Land-Stadt-Wanderungen, die zu einer starken Expansion der Städte führen,

zählen zu den wesentlichen Rahmenbedingungen für Stadtentwicklung in der Türkei. Nicht nur in Istanbul, Ankara und İzmir, sondern auch in mittleren und größeren anatolischen Städten ist dadurch ein zunehmender Druck auf den Grundstücks- und Wohnungsmarkt entstanden,

verbunden mit sozial-räumlicher Segregation. Von staatlicher Seite wird dabei vor allem der Umgang mit illegalen Siedlungen (*Gecekondu*) in innerstädtischen Stadtbezirken als besondere städtebauliche und sozialpolitische Herausforderung gesehen (MVIV 2010: 677ff.; Uluşan/Dülgeroğlu 2011: 1).

Die illegale Besiedlung privater oder öffentlicher Grundstücke geht in der Türkei bis in die 1950er-Jahre zurück. Damals flossen (knappe) öffentliche Ressourcen eher in den massiven Aufbau von (städtischen) Wirtschaftsstandorten als in Stadtentwicklung und Wohnungsbau. In der Folge entwickelten sich türkische Städte vor allem durch private Bauaktivitäten von Zuwanderern, die in den Städten Arbeit fanden, wobei öffentliche Planungen und Regulierungen weitgehend fehlten. Auf diese Weise entstand beispielsweise in Istanbul rund um den Stadtkern ein Ring illegal errichteter Wohnviertel, die – wie andere *Gecekondu* auch – im Laufe der Zeit allerdings legalisiert und auf dieser Basis sukzessive erweitert bzw. ausgebaut wurden. Auf diese Weise ist bis heute rund die Hälfte des türkischen Wohnungsbestands entstanden, der unter städtebaulichen und gesundheitlichen Gesichtspunkten zum Teil gravierende Mängel aufweist: schlechte Bausubstanz, Instandhaltungsmängel, defizitäre Energieeffizienz, fehlende Erdbbensicherheit, große bauliche Dichte, fehlende Grün- und Freiflächen, unzureichende Belichtung und Belüftung etc. Hinzu kommen soziale Probleme wie niedriger Bildungsstand der Gebietsbewohner/innen, Arbeitslosigkeit, Armut etc. (Inceoglu/Yürekli 2011: 2; MVIV 2010: 677ff.; Uluşan/Dülgeroğlu 2011: 3ff.).

Vor diesem Hintergrund und aufgrund zunehmenden Drucks auf innerstädtische Armutsgebiete – Nachfrage nach zentrumsnahe Wohnraum für Angehörige der Mittelschicht, expandierender Tourismus etc. – hat der türkische Staat einen (städtebaulichen) „Not-Aktionsplan“ aufgestellt, wonach in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden die Entstehung weiterer *Gecekondu* zu verhindern, bereits existierende Armutsgebiete zu entwickeln und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen mit Sozialwohnungen (am Stadtrand) zu versorgen sind (Inceoglu/Yürekli 2011: 4ff.; MVIV 2010: 677ff.; Mutman/Turgut 2011: 4ff.; Uluşan/Dülgeroğlu 2011: 5ff.).

Für die Umsetzung entsprechender Strategien, die in der Regel jeweils zwei bis zweieinhalb Jahren dauern und Voruntersuchungen, Planungen, Umsiedlungsmaßnahmen, Abriss sowie Neubau umfassen, ist die staatliche Behörde für Wohnungsentwicklung (*TOKİ – Toplu Konut İdaresi Başkanlığı*) verantwortlich. Sie arbeitet eng mit den jeweiligen Kommunen zusammen, die vor allem für die Aus-

stattung der aufgewerteten Wohnquartiere mit (sozialer) Infrastruktur zuständig sind (MVIV 2010: 678ff.). Die Erneuerungsprozesse in *Gecekondu* bzw. in benachteiligten innerstädtischen Stadtteilen, die von baulichem Verfall und sozialer Entmischung betroffen sind, setzen meist bei einer umfangreichen Neugestaltung ganzer Ensembles an, wobei oft nur die (historischen) Fassaden erhalten bleiben. Nach Abschluss der Maßnahmen haben die ehemaligen Hausbesitzer und Mieter zwar ein Vorkaufsrecht, allerdings besteht in den meisten Quartieren aufgrund gestiegener Immobilienpreise nach Abschluss der Projekte die erhebliche Gefahr einer Gentrifizierung mit entsprechenden Verdrängungseffekten (Inceoglu/Yürekli 2011: 4ff.). Unter anderem in Istanbul, wo eine Vielzahl von *Gecekondu* bzw. benachteiligten Stadtteilen erneuert wurde, konnte die Erfahrung gemacht werden, dass Erneuerungsmaßnahmen vor allem dann erfolgreich und von der lokalen Bevölkerung akzeptiert sind, wenn sie in ein ganzheitliches Entwicklungskonzept integriert sind und in starkem Maße partizipativ durchgeführt werden (vgl. Mutman/Turgut 2011: 9ff.).

Über den „Notfall-Aktionsplan“ mit Fokus *Gecekondu* hinaus ist in der Türkei von staatlicher Seite bisher kein weiteres Programm zur Stadtentwicklung oder -erneuerung aufgelegt worden. Allerdings versteht sich der Plan durchaus als Teil einer integrativen Gesamtstrategie zur Wohnraumversorgung, in der auch wirtschaftliche, infrastrukturelle, soziale und Gesundheitsaspekt im Sinne von Nachhaltigkeit berücksichtigt werden (MVIV 2010: 679ff.).

## Quellen

Inceoğlu, Arda, und Ipek Yürekli (2011): Urban transformation in Istanbul: potentials for a better city. Enhr Conference 2011 – 5-8 July, Toulouse.

Mutman, Demet, und Hulya Turgut (2011): A Social and Spatial Restructuring in Inner-City Residential Areas: The Case of Istanbul. Enhr Conference 2011 – 5-8 July, Toulouse.

MVIV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010): Integrated Urban Regeneration in the European Union.

Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010. Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.

Uluşan, Haluk, und Yurdanur Dülgeroğlu (2011): Reading the urban „mixitie“ through residential environments in a mega city: case Istanbul. Enhr Conference 2011 – 5-8 July, Toulouse.

Bevor in Kapitel 7 wesentliche Ergebnisse der Länderbetrachtungen in den Gruppen A, B und C zusammengefasst werden, soll zunächst ein kontrastierender Blick auf Strategien integrierter Stadt(teil)entwicklung auch in Ländern außerhalb Europas gerichtet werden.

# 6 Kontraste: Integrierte Stadt(teil)entwicklung in Brasilien, China, Indien und den USA

Zwar lassen sich die Situationen in Brasilien, China, Indien und den USA – allein schon aufgrund der Größe und Einwohnerzahl dieser Länder, aber auch in Bezug auf Staatsaufbau, politische Systeme, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen etc. – nicht mit denen europäischer Staaten vergleichen. Dennoch lohnt sich ein Blick nach

## Brasilien

Brasilien erlebt seit Mitte des 20. Jahrhunderts – und hier insbesondere zwischen Ende der 1960er- und Mitte der 1970er-Jahre – ein starkes wirtschaftliches Wachstum. Zu den Folgen gehört eine rasante Transformation von einem ländlich geprägten Staat (der Anteil der Landbevölkerung betrug 1950 noch 74 Prozent) zu einem der am stärksten verstädterten Länder der Welt. Auf der Suche nach Arbeitsplätzen zieht die Landbevölkerung vor allem in die größeren Agglomerationen. Heute leben fast 85 Prozent der brasilianischen Bevölkerung in Städten; trotz einer in den letzten Jahren erkennbar deutlichen Abschwächung der Landflucht wird bis zum Jahr 2045 ein weiterer Anstieg des Verstädterungsgrades auf über 90 Prozent mit dann mehr als 200 Mio. städtischen Bewohnern prognostiziert. Gleichzeitig sind die Städte mit einem Anteil von rund 90 Prozent am Bruttoinlandsprodukt auch die Motoren der Wirtschaft des Landes (UN 2012; vgl. Bueno/Sedeh 2010; Osorio 2007: 4).

Diese Entwicklung geht mit verschiedenen Brüchen einher. So ist Brasilien heute von einer erheblichen gesellschaftlichen Ungleichheit gekennzeichnet, die sich vor allem in starken Einkommensunterschieden zwischen verschiedenen Regionen sowie zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zeigt; die Kluft zwischen Arm und Reich ist sehr ausgeprägt. Insbesondere die Städte weisen deutliche sozial-räumliche Disparitäten auf: Wohlhabenderen Quartieren sowohl in den Kernstädten als auch im suburbanen Raum mit Tendenzen der Privatisierung des Stadtraums (bis hin zur Entstehung von *Gated Communities*) stehen illegale und informelle Siedlungen (*Favelas* und *Vilas*) gegenüber. Die Bevölkerung in diesen Quartieren ist in hohem Maße von Arbeitslosigkeit und Armut, mangelhaften hygienischen Bedingungen, Umweltproblemen sowie Kriminalität betroffen. In der Regel fehlt ihr ein adäquater Zugang zu sozialen Infrastrukturen (Bildung, Gesundheit) und zu Mobilitätsmöglichkeiten, so dass potenzielle Arbeitsstätten nur schwer erreicht werden können (vgl. Imperato/Ruster 2003). Hinzu kommt, dass viele der Siedlungen in topographisch problematischen Lagen errichtet wurden und erheblichen Risiken beispielsweise

Übersee, um dadurch die Wahrnehmung von Problem-entwicklungen und -lösungsmöglichkeiten im städtischen Kontext Europas durch die Auseinandersetzung mit fremden Perspektiven zu schärfen und dadurch Impulse für den Umgang mit der eigenen Situation zu erhalten.

durch Überflutungen und Erdbeben bei Starkregen ausgesetzt sind (Bueno/Sedeh 2010; vgl. del Rio 2009: 27ff.; Osorio 2007).

Erste Ansätze, um auf diese Entwicklungen zu reagieren, wurden auf nationaler Ebene nach dem Ende der Militärherrschaft im Jahr 1985 und der Rückkehr des Landes zur Demokratie mit der 1988 verabschiedeten neuen Verfassung (*Constituição da República Federativa do Brasil*) und ihren tiefgreifenden Veränderungen für den Staatsaufbau getroffen. Sie regelt seither unter anderem die Autonomie der Städte in politischer, fiskalischer und wirtschaftlicher Hinsicht (damals ein Novum in Lateinamerika) und betont das Erfordernis einer stärker sozialen sowie inklusiven Stadtentwicklung. Grundlage für die Stadtentwicklung sind Masterpläne, die laut Verfassung jede Kommune über 20.000 Einwohner aufstellen muss (del Rio 2009: 24ff.; Osorio 2007: 6).

Im Jahr 2001 wurde mit dem City Statute (*Estatuto da Cidade*) eine weitere wichtige gesetzliche Grundlage für die Stadtentwicklung brasilianischer Städte eingeführt. Vor dem Hintergrund des Leitgedankens „Recht auf Stadt“, worunter eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung verstanden wird, die den Zugang aller Bewohner/innen zu städtischen Ressourcen ermöglichen soll, werden im City Statute Rahmen, Regeln sowie Instrumente zur Steuerung und partizipativen Gestaltung der kommunalen Entwicklung festgelegt. Zentrales Instrument ist die Möglichkeit der Ausweisung illegaler und informeller Siedlungen als *Special Areas of Social Interest (AEIS)* im Rahmen kommunaler Masterpläne. Damit wird die Existenz dieser Wohngebiete offiziell anerkannt, was die Einrichtung sozialer Infrastruktur in den betroffenen Quartieren ermöglicht. Generell werden im City Statute die Prinzipien integrierter Stadtentwicklung inklusive Gebietsbezug und Partizipation aller relevanten Akteure aufgegriffen (gemeinsame Steuerungsgremien von Bewohner/innen und Verwaltung, Einrichtung von Bürgerhaushalten etc.; vgl. Bueno/Sedeh 2010; del Rio 2009: 30ff.; vgl. auch Cities Alliance/Ministry of Cities Brazil 2010, Osorio 2007: 6f.).

Insgesamt liegt der Schwerpunkt nachhaltiger Stadtentwicklung in den Bereichen Aufwertung öffentlicher Räume (z.B. Rio de Janeiro, Curitiba), Erneuerung historischer Innenstadtquartiere (z.B. Salvador, Bélem), Konversion von Industriebrachen (z.B. Porto Alegre), vor allem jedoch in der Aufwertung der Favelas (vgl. del Rio/Siembieda 2009: 125ff.). Eine Reihe brasilianischer Städte legt in einigen Fällen bereits seit Anfang der 1980er-Jahre entsprechende integrierte und gebietsbezogene kommunale Programme für die Aufwertung illegaler Siedlungen auf. Beispiele finden sich unter anderem in Belo Horizonte (PROFAVELA), Recife (PREZEIS), Rio de Janeiro (Favela-Bairro) oder São Paulo (multirão Programme, Guarapiranga Programm; vgl. Imperato/Ruster 2003: 76ff.; Duarte/Magalhães 2009; Baker 2006).

Für die Aufwertung von Favelas müssen in der Regel bestimmte Kriterien erfüllt sein (unter anderem geeignete topographische Situation, legalisierter Status im Masterplan sowie legalisierte Nutzungsrechte der Bewohner/innen). Die Legalisierung der Siedlungen ermöglicht der jeweiligen Stadt, dort Steuern zu erheben, Mindeststandards für die Gebäudesicherheit aufzustellen, die Erschließung sowie Ver- und Entsorgung (Elektrizität, Trinkwasser, Kanalisation, Abfallbeseitigung) zu gewährleisten und soziale Infrastruktureinrichtungen (unter anderem zur Bildung und Gesundheitsversorgung) zu schaffen, wobei die Partizipation der Siedlungsbevölkerung bei Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen eine wesentliche Rolle spielt (vgl. Bueno/Sedeh 2010; Duarte/Magalhães 2009; Baker 2006). Um ihre Entwicklungsmaßnahmen in der Vielzahl der illegalen Siedlungen Stadt gezielter steuern zu können, haben Kommunen wie São Paulo Monitoringsysteme aufgebaut und vernetzungsorientierte Management- und Organisationsstrukturen auf kommunaler Ebene (unter anderem ressortübergreifende Steuerungsgremien, Etablierung eines öffentlich gewählten Kontrollgremiums) und auch eine Mediationsinstanz zur Vermittlung zwischen Verwaltung und Bewohner/innen eingerichtet (vgl. u.a. The Cities Alliance 2009).

Zu den Herausforderungen der Stadtentwicklung in Brasilien in den kommenden Jahren zählen der häufig noch schwierige Prozess der Eigentumslegalisierung, die Kontrolle der durch Aufwertungen entstehenden Bodenpreisentwicklungen sowie damit verbundener Spekulationen (vor allem beim Neubau von Wohnungen für umgesetzte Favela-Bewohner/innen) sowie die Verhinderung neuer illegaler Siedlungen angesichts anhaltender Urbanisierungsprozesse (vgl. Bueno/Sedeh 2010; Baker 2006: 19).



## Quellen

- Baker, Judy L. (2006): Integrated Urban Upgrading for the poor: The Experience of Ribeira Azul, Salvador, Bahia. World Bank Policy Research Working Paper 3861, March 2006. Washington, D.C.
- Bueno, Fernando Serpone, und Veridiana Sedeh (2010): No Excuses Slum Upgrading [Internet]. O.O. URL: <http://citiscopes.org/2010/no-excuses-slum-upgrading> (Stand: 6/2012).
- Cities Alliance/Ministry of Cities Brazil (2010): The City Statute: A commentary. São Paulo.
- del Rio, Vincente (2009): Introduction: Historical Background. In: Vincente del Rio und William Siembieda (Hrsg.): Contemporary Urbanism in Brazil – Beyond Brasilia. Gainesville: 1–36.
- del Rio, Vincente, und William Siembieda (Hrsg.) (2009): Contemporary Urbanism in Brazil – Beyond Brasilia. Gainesville.
- Duarte, Christiane Rose, und Fernanda Magalhães (2009): Upgrading Squatter Settlements into City Neighborhoods. The Favela-Bairro Program in Rio de Janeiro. In: Vincente del Rio und William Siembieda (Hrsg.): Contemporary Urbanism in Brazil – Beyond Brasilia. Gainesville: 266–290.

Imparato, Ivo, und Jeff Ruster (2003): Slum Upgrading and Participation. Lessons from Latin America. World Bank – Directions in Development. Washington, D.C.

Osorio, Leticia Marques (2007): Positive policies and legal responses to enhance security of tenure in Brazil. Case study prepared for Enhancing Urban Safety and Security: Global Report on Human Settlements 2007 (UN-Habitat).

The Cities Alliance (Hrsg.) (2009): Social Housing in São Paulo: Challenges and New Management Tools. Washington, D.C.

United Nations – Population Division of the Department of Economic and Social Affairs (2012): World Urbanization Prospects, the 2011 Revision.

## China

Funktion, Struktur und Bevölkerungszusammensetzung chinesischer Städte sind seit rund 30 Jahren einem grundlegenden Wandel unterworfen. Bis zu den 1980er-Jahren steuerte der chinesische Staat die Entwicklung von Städten als (Produktions-)Zentren seiner Planwirtschaft. Bodenpreise spielten dabei keine Rolle, so dass auch in den Innenstädten große Industriebetriebe angesiedelt wurden. Städte verfügten kaum über eigene Ressourcen für Siedlungs- und Infrastrukturausbau, und Wohnraum wurde seitens staatlicher Betriebe oder von den dafür zuständigen städtischen Ämtern zu extrem niedrigen Mieten im Sinne einer jedem/r Bewohner/in zustehenden Sozialleistung zur Verfügung gestellt (Zhou/Logan 2008: 143). Insgesamt lag das Augenmerk der chinesischen Zentralregierung darauf, das Größenwachstum urbaner Räume zu beschränken und dafür die Anzahl kleiner und mittlerer Städte zu erhöhen (White/Wu/Chen 2008: 118).

Die zunehmende Öffnung Chinas gegenüber internationalen Wirtschaftsverflechtungen seit den 1980er-Jahren, d.h. die weitgehende Ablösung der Plan- durch Marktwirtschaft, ist mit einer massiven Land-Stadt-Wanderung verbunden: Zwischen 1980 und dem Jahr 2000 sind knapp 270 Mio. Chinesen auf der Suche nach Arbeit bzw. attraktiveren Verdienstmöglichkeiten vom Land in die Städte gezogen. Umfasste die städtische Bevölkerung im Jahr 1980 noch rund 190 Mio. Menschen, waren es in 2005 bereits mehr als 560 Mio.. Schätzungen besagen, dass der Verstädterungsgrad der chinesischen Bevölkerung im Jahr 2020 bei mehr als 60 Prozent liegen wird (Yusuf/Nabeshima 2008: 1, 8; vgl. auch Fan 2008: 80).

Die staatliche Steuerung der Stadtentwicklung ist im Zuge der wirtschaftlichen Öffnung Chinas zurückgegangen. Seit 1988 können Städte selbständig Steuern erheben, wobei sich der Staat im Gegenzug aus der Finanzierung lokaler Entwicklungen weitgehend zurückzieht. Nun ist es die Aufgabe der Lokalregierungen, staatliche Politik in den Städten zu finanzieren und umzusetzen. Dazu gehören nicht nur die Bereiche Infrastrukturentwicklung und öffentliche Sicherheit, sondern auch Beschäftigungspolitik, die Bereit-

stellung öffentlicher Dienstleistungen, die früher an den jeweiligen Arbeitsplatz gebunden waren, sowie die soziale Absicherung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Vor diesem Hintergrund steht allerdings der Druck städtischer Lokalregierungen, kurzfristige Einnahmen (beispielsweise im Immobiliensektor) zur Sicherung ihrer finanziellen Basis erzielen zu müssen, eher langfristig orientierten strategischen und integrierten Planungen, die auch Fragen sozialer Sicherung berücksichtigen, oftmals im Wege. Die jeweilige Steuer- und Sozialpolitik unterscheidet sich von Stadt zu Stadt teilweise erheblich, und die Konkurrenz selbst einzelner Stadtbezirke um die Ansiedlung von Privatunternehmen ist gestiegen, denn die Erlöse aus Grundstückverkäufen und -vermietungen sind ihre Haupteinnahmequelle (Saich 2008: 181ff.; Zhou/Logan 2008: 150).

Die starke Urbanisierung führt zu vielfältigen Herausforderungen: Während bei der Wohnraumversorgung in den Städten wenig Engpässe zu verzeichnen sind, ist dies bei Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung sowie bei öffentlichem Personennahverkehr häufig der Fall. Zwei Drittel der chinesischen Städte sind sowohl aufgrund ihrer Lage in trockeneren Regionen als auch aufgrund ihres starken Bevölkerungswachstums von Wasserknappheit bedroht. Der stark wachsende motorisierte Individualverkehr hat eine hohe Luftverschmutzung und die Zersiedlung des suburbanen Raums zur Folge. Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels stellt sich auch der steigende Energieverbrauch in den Städten als sehr problematisch dar (Wang 2009: 3ff.; Yusuf/Nabeshima 2008: 8ff.).

Die ökonomische Entwicklung der Innenstädte ist von einem massiven Rückgang des produzierenden Sektors bei gleichzeitig starker Tertiärisierung bzw. einem raschen Wachstum unternehmensbezogener Dienstleistungen gekennzeichnet. Auch der Wohnungsmarkt differenziert sich (räumlich) aus; zum Teil wurde er privatisiert, und es ist ein marktbasierter Immobiliensektor bzw. Bodenmarkt mit entsprechenden Preisbildungsmechanismen entstanden. Diese Entwicklungen gehen mit einer vergleichsweise starken Suburbanisierung einher, die neu für das Land ist

und spezifische sozial-räumliche Muster aufweist: In chinesischen Suburbs finden sich Siedlungen einkommensstarker Pendlerhaushalte – teilweise als gated communities –, Arbeitersiedlungen und Armutsgebiete zugezogener Landbevölkerung in unmittelbarer Nachbarschaft. Auch der produzierende Sektor (und seine Beschäftigten) hat sich – teilweise als Ergebnis gezielter Umsiedlungen – aus dem innerstädtischen Gebiet in neue suburbane Gewerbe- und Wohngebiete verlagert, verbunden mit einem massiven Ausbau des Straßen- und Autobahnnetzes. Das Arbeitsplatzwachstum im suburbanen Raum hat teilweise das im innerstädtischen Bereich übertroffen (Zhou/Logan 2008: 140ff.).

Insgesamt haben die Ungleichheiten zwischen Stadt und Land zugenommen, aber auch zwischen sowie innerhalb von Städten kommt es zu teilweise erheblichen sozial-räumlichen Ausdifferenzierungen. Unter anderem ist das Lohngefälle nicht nur von Stadt zu Land gestiegen, sondern es gibt zum Teil auch erhebliche Einkommensunterschiede zwischen einzelnen Provinzen und Städten. Insbesondere in Metropolen wie Shanghai, in denen die Wirtschaft überdurchschnittlich wächst, nimmt die soziale Ungleichheit zu. Hier prägen sich – verbunden mit der Ausdifferenzierung von Lebensstilen bzw. generell der Entwicklung urbaner Lebensstile – neue (ungleiche) Einkommens- und Konsummuster aus, die zu einer differenzierten Nachfrage unter anderem nach Wohnraum, Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur führen (White/Wu/Chen 2008: 115ff.; Zhou/Logan 2008: 142ff.).

Wichtiger Ausgangspunkt für die Betrachtung sozial-räumlicher Prozesse in China ist sein Hukou-System, das im Sinne einer Wohnstandortzuweisung und -kontrolle Ende der 1950er-Jahre gesetzlich verankert und seitdem mehrfach modifiziert wurde. Ursprünglich wurde danach jedem Chinesen ein Wohnort im „landwirtschaftlichen“ oder „nicht landwirtschaftlichen“ – also städtischen – Bereich zugewiesen. Auf dieser Basis beschränkten sich Land-Stadt-Wanderungen auf ein Minimum. Im Zuge der wirtschaftlichen Transformation und aufgrund des damit verbundenen wachsenden Arbeitskräftebedarfs in den Städten wurde das Hukou-System jedoch seit Mitte der 1980er-Jahre sukzessive reformiert. So hat der Staat im Jahr 1985 temporäre städtische Aufenthaltsgenehmigungen für ländliche Zuwanderer eingeführt, verbunden mit einer zunehmend marktgesteuerten Lebensmittel- und Wohnraumversorgung. Mitte der 1990er-Jahre führten Metropolen wie Shanghai so genannte „blue stamp“-Hukou ein, auf deren Basis sich gut ausgebildete und über eigenes Kapital verfügende Migranten in der Stadt niederlassen durften. Im Jahr 2003 veröffentlichte der chinesische



Staatsrat schließlich eine Richtlinie, nach der Migranten aus ländlichen Gebieten prinzipiell das Recht haben, in Städten zu arbeiten, wobei die Umsetzung dieser Vorgabe

allerdings Angelegenheit der jeweiligen Kommune ist. Vor allem die Metropolen Beijing, Guangzhou sowie Shanghai halten vergleichsweise stark am Hukou-System fest, um den Zuzug ländlicher Bevölkerung weiterhin regulieren und limitieren zu können und damit nicht für ihre Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitsbereich aufkommen zu müssen (Fan 2008: 66ff.; White/Wu/Chen 2008: 121ff.; Yusuf/Nabeshima 2008: 5).

Die städtischen Arbeitsmärkte bieten insbesondere in den Bereichen Bau sowie Handel und Dienstleistungen umfassende Beschäftigungsmöglichkeiten für die „floating population“ der Zuwanderer mit ländlichem Hukou, die also nicht aufgrund von Arbeitslosigkeit, sondern allein deswegen marginalisiert sind, weil sie keinen legalen Aufenthaltsstatus für die Städte besitzen. Sie tragen ein erheblich größeres Risiko zu verarmen, sind durch ihren limitierten Zugang zu sozialen Dienstleistungen und Sicherungssystemen (Gesundheit, Bildung, Arbeitslosenunterstützung, Rente) strukturell benachteiligt und werden vielfach diskriminiert (Fan 2008: 70ff.; Yusuf/Nabeshima 2008: 7f.; Zhou/Logan 2008: 157).

Da staatliche und kommunale Politik in starkem Maße auf städtebauliche und infrastrukturelle Entwicklung fokussiert, weniger jedoch Fragen im sozialen Bereich in den Blick nimmt, ist hier teilweise erheblicher Nachholbedarf zu konstatieren, wenngleich auch in diesem Bereich einige Entwicklungs- bzw. Reformansätze erkennbar sind. So gibt es von staatlicher Seite Bestrebungen, städtische Armut in Zusammenarbeit mit Stadtteilorganisationen im Rahmen partizipativer Strategien zu bekämpfen und in diesem Bereich auch Monitoring und Evaluierungen einzuführen. Darüber hinaus sind Reformansätze beispielsweise bei staatlichen Transferleistungen für arme Bevölkerungsgruppen erkennbar. Insbesondere der Zugang von Migran-

ten ohne städtischen Hukou zu sozialen Leistungen bleibt jedoch eine große Herausforderung, und es zeigt sich, dass die meisten Städte Schwierigkeiten haben, die gleiche Qualität öffentlicher Dienstleistungen anzubieten wie vor der Dezentralisierung staatlicher Aufgaben auf die kommunale Ebene (Saich 2008: 181ff.; Taylor 2008: 98; Yusuf/Nabeshima 2008: 14, 24ff.).

## Quellen

- Fan, C. Cindy (2008): Migration, Hukou, and the City. In: Shahid Yusuf und Tony Saich (2008): China Urbanizes. Consequences, Strategies, and Policies. The World Bank. Washington, D.C.: 65 – 89.
- Friedmann, John (2005): China's Urban Transition. Minneapolis.
- Logan, John R. (Hrsg.) (2008): Urban China in Transition. Malden, Oxford, Carlton.
- Saich, Tony (2008): The Changing Role of Urban Government. In: Shahid Yusuf und Tony Saich (2008): China Urbanizes. Consequences, Strategies, and Policies. The World Bank. Washington, D.C.: 181 – 206.
- Taylor, John G. (2008): Poverty and Vulnerability. In: Shahid Yusuf und Tony Saich (2008): China Urbanizes. Consequences, Strategies, and Policies. The World Bank. Washington, D.C.: 91 – 104.
- Wang, Rui (2009): Sustainable Urban Development in China. A Literature Review on Issues, Policies, Practices, and Effects. UCLA, Los Angeles.
- White, Michael J., Fulong Wu und Yiur Por (Vincent) Chen (2008): Urbanization, Institutional Change, and Sociospatial Inequality in China, 1990 – 2001. In: John R. Logan (Hrsg.) (2008): Urban China in Transition. Malden, Oxford, Carlton: 115–139.
- Yusuf, Shahid, und Kaoru Nabeshima (2008): Optimizing Urban Development. In: Shahid Yusuf und Tony Saich (2008): China Urbanizes. Consequences, Strategies, and Policies. The World Bank. Washington, D.C.: 1 – 40.
- Yusuf, Shahid, und Tony Saich (2008): China Urbanizes. Consequences, Strategies, and Policies. The World Bank. Washington, D.C.
- Zhou, Yixing, und John R. Logan (2008): Growth on the Edge: The New Chinese Metropolis. In: John R. Logan (Hrsg.) (2008): Urban China in Transition. Malden, Oxford, Carlton: 140–160.

## Indien

Indien ist eines der am wenigsten urbanisierten Länder der Welt (weniger als ein Drittel der Bevölkerung lebt in Städten), besitzt aber in absoluten Bevölkerungszahlen nach China global das zweitgrößte Städtensystem. Ein Anstieg der Stadtbevölkerung auf 37 Prozent bis zum Jahr 2025 bzw. 50 Prozent im Jahr 2050 wird prognostiziert (UN 2012).

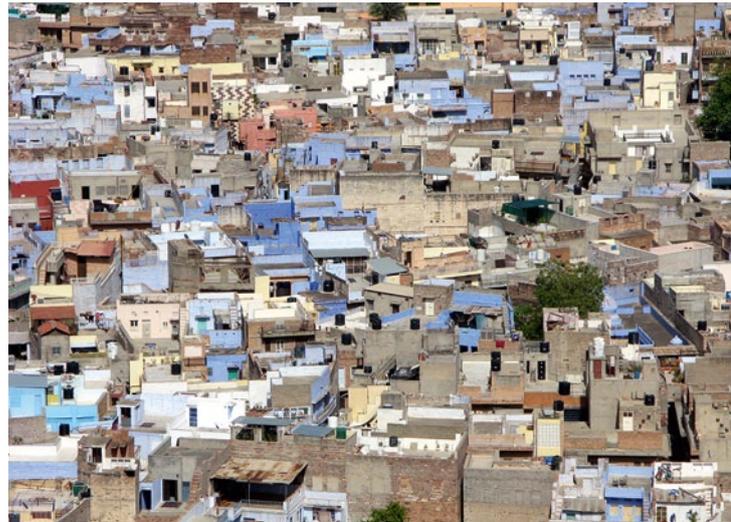
Bis Anfang der 1990er-Jahre war die Wirtschaft Indiens in vielen Bereichen in hohem Maße reguliert und orientierte sich stark am sozialistischen Modell der Planwirtschaft

(Verstaatlichung wichtiger Industriezweige, Aufstellung von Fünf-Jahres-Plänen). Deregulierung bzw. eine zunehmende Marktliberalisierung führten in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem wirtschaftlichen Aufschwung sowohl im industriellen als auch im tertiären Sektor, wobei zwei Drittel des indischen Bruttosozialprodukts heute in den Städten entstehen. Damit verbunden ist eine deutliche Zunahme von Wanderungsbewegungen aus wirtschaftlich unterentwickelten, ärmeren Landesteilen sowie aus Nepal und Bangladesch in indische Städte.

Da hier jedoch weder Arbeitsplätze noch Wohnungen im benötigten Umfang zur Verfügung stehen, leben große Teile der zugewanderten Bevölkerung unter prekären Bedingungen in illegalen/informellen Siedlungen bzw. Slums – in einigen Städten betrifft dies mehr als die Hälfte aller Einwohner/innen. Zu den gravierendsten Problemen zählen in diesen Siedlungen neben der Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen vor allem der oftmals völlig unzureichende bauliche Zustand der meist schlichten Unterkünfte, sehr mangelhafte hygienische Verhältnisse (unzureichende Trinkwasserversorgung und Entwässerung, Verschmutzung von Wasser und Böden, Seuchengefahr), fehlende infrastrukturelle Versorgung, erhebliche psychosoziale Probleme wie Alkoholismus, Kriminalität und Prostitution sowie ein geringes Bildungs- und Ausbildungsniveau der Bewohner/innen. Aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilität und eines erschwerten Zugangs zu Bildung sind die Bewohner/innen dieser Siedlungen zusätzlich benachteiligt (vgl. Schubert 2009; Mahadevia/Joshi 2009: 4).

Nicht nur in den informellen Siedlungen, sondern generell sind Indiens Städte von hoher Einwohnerdichte, einem Mangel an Wohnraum, erheblichen (durch den motorisierten Verkehr induzierten) Umweltproblemen sowie einer häufig defizitären Ausstattung mit technischer, verkehrlicher und sozialer Infrastruktur geprägt. Ähnlich wie die Städte Brasiliens zeigen sich auch hier große soziale und räumliche Disparitäten: Den Slums stehen sich immer schneller ausbreitende Satellitenstädte im suburbanen Raum, *New Towns* und *Integrated Townships* gegenüber, die oftmals nach außen deutlich abgegrenzt sind und in sich als autarke Stadtteile funktionieren. Diese Stadtquartiere mittlerer und höherer Einkommenschichten werden häufig bei der Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen bevorteilt, was die sozial-räumlichen Disparitäten beim Zugang zu Infrastruktur und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge verstärkt. Eine auf Eliten ausgerichtete Gesellschaftsstruktur, fehlende fachliche Kompetenzen in den Kommunalverwaltungen sowie ein zunehmender Grad an Korruption leisten diesen Entwicklungen zusätzlich Vorschub (Schubert 2009: 104; Chattopadhyay 2008: 5ff.).

Um auf die Probleme in den Städten reagieren und angesichts des prognostizierten weiteren Wachstums städtischer Räume deren Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität für Investoren erhöhen zu können, hat Indien für den Zeitraum 2005–2012 auf nationaler Ebene ein Förderprogramm zur Stadtentwicklung aufgelegt. Mit dem Programm *Jawaharlal Nehru National Urban Renewal Mission (JNNURM)* sollen 63 ausgewählte Städte mit hohem Investitionsbedarf bei technischer und verkehrlicher Infra-



struktur unterstützt werden. Ziele sind eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung sowie die Steigerung der Effizienz städtischer Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (u.a. Hygiene, Be- und Entwässerung, Ver- und Entsorgung, Straßen, städtischer Verkehr), Stadterneuerung in Altbau-bereichen (u.a. Reduzierung der Verkehrsbelastung, Verlagerung nachteiliger gewerblicher und industrieller Nutzungen), Berücksichtigung baukultureller Belange, insgesamt eine bessere Steuerung der Planung, die Beteiligung der Öffentlichkeit an Entwicklungsprozessen sowie eine größere Verbindlichkeit der Kommunalverwaltung gegenüber den Bürger/innen. Daneben nimmt das *JNNURM* auch explizit die Situation der armen städtischen Bevölkerung in den Blick: Integrierte Slumentwicklung, Sicherung der Wohnraumversorgung und Verbesserung der Gebäudeausstattung, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung sowie soziale Sicherheit sind weitere Ziele. Das Programm ist verknüpft mit einer Reihe von Reformansätzen zum Aufbau moderner Verwaltungsstrukturen,

-handlungsweisen und -kompetenzen in den Kommunen. So soll *JNNURM* dazu beitragen in den Städten eine transparente und moderne Haushaltsführung aufzubauen, stadtweite kohärente Planungssysteme zu schaffen, Governance-Ansätze zu fördern, das kommunale Steuersystem zu reformieren und die wirtschaftliche Tragfähigkeit kommunaler Einrichtungen zu erreichen (Government of India 2004).

Zuständig für die Umsetzung der nationalen Ansätze sind die jeweiligen Kommunalverwaltungen (*Urban Local Bodies – ULB*), denen seit Mitte der 1990er-Jahre im Rahmen von Dezentralisierungsbestrebungen eine Vielzahl vormals nationalstaatlich organisierter Aufgaben übertragen wurde. So sind die *ULB* beispielweise für die Grundversorgung der Bevölkerung mit Infrastruktur und Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die Aufwertung von Slums sowie für Stadtplanung und Stadtentwicklung verantwortlich (Vaidya 2009: 13ff.; Tiwari o.J.). Für die Umsetzung des *JNNURM* muss jede Stadt einen *City Development Plan (CDP)* mit Leitlinien, Handlungsansätzen und Finanzierungskonzepten aufstellen, auf dessen Basis konkrete Maßnahmen und Projekte identifiziert werden (*DPR – Detailed Project Report*). Bei der Realisierung von einzelnen Projekten sollen neben staatlichen Fördergeldern auch private Mittel im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) zum Einsatz kommen. Dabei ist der Einsatz staatlicher Mittel zum Teil an die verpflichtende Umsetzung von Verwaltungsreformen gebunden (Government of India 2004: 6; Vaidya 2009: 25ff.; vgl. auch Mahadevia/Joshi 2009: 8ff.).

Insgesamt betrachtet stellt das Programm *JNNURM* einen neuen Ansatz der Stadtentwicklung in Indien dar, es bleibt jedoch offen, wie erfolgreich diese Politik in der Umsetzung und bei den Reformbemühungen sein wird. So hat sich in der jüngeren Vergangenheit gezeigt, dass der Programmfokus Infrastrukturentwicklung aufgrund einer damit einhergehenden Aufwertung von Stadträumen Bodenspekulation ausgelöst und so vielerorts zur Verdrängung

von benachteiligten Bevölkerungsgruppen geführt hat. Die Bodenpreisentwicklung sowie eine fehlende Bodenpolitik behindern beispielsweise auch die Errichtung sozialer (nicht-kommerzieller) Infrastruktureinrichtungen (Schulen, Parks); das Ziel einer sozial gerechteren Stadtentwicklung ist für die Kommunen so kaum erreichbar. Hinzu kommen administrative Schwierigkeiten, da trotz Aufgabendezentralisierung viele staatliche Gesetze noch nicht an die neue Zuständigkeitsverteilung der nationalen und kommunalen Ebene angepasst worden sind, was in der Praxis immer wieder zu Konflikten zwischen beiden Ebenen führt (vgl. Mahadevia/Joshi 2009: 3; Vaidya 2009: 13ff.; Mahadevia 2001: 246ff.).

## Quellen

- Chattopadhyay, Basudha (2008): Sustainable Urban Development in India. Some Issues. New Delhi.
- Government of India – Ministry of Urban Development (2011): Jawaharlal Nehru National Urban Renewal Mission. Annual Update 2010 – 11. New Delhi.
- Government of India – Ministry of Urban Employment and Poverty Alleviation/Ministry of Urban Development (2004): Jawaharlal Nehru National Urban Renewal Mission. Overview. New Delhi.
- Mahadevia, Darshini (2002): Sustainable Urban Development in India: An Inclusive Perspective. In: Development in Practice, Volume 11, Numbers 2 & 3, May 2001: 242 – 259.
- Mahadevia, Darshini, und Rutul Joshi (2009): Subversive Urban Development in India: Implications on Planning Education. Ahmedabad.
- Schubert, Dirk (2009): Der größte Slum Asiens: Dharavi (Mumbai) – Von Fehlschlägen der "Sanierung" zum Modellprojekt? In: Uwe Altröck, Ronald Kunze, Elke Pahl-Weber, Ursula von Petz und Dirk Schubert (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2009. Berlin: 99 – 114.
- Tiwari, D.P. (o.J.): Challenges in Urban Planning for local bodies in India [Internet]. Bhopal. URL: <http://www.gisdevelopment.net/application/urban/overview/urban00037.htm> (Stand: 6/2012)
- United Nations – Population Division of the Department of Economic and Social Affairs (2012): World Urbanization Prospects, the 2011 Revision.
- Vaidya, Chetan (2009): Urban issues, reforms and way forward in India. Working Paper No. 4/2009-DEA. New Delhi.

## USA

Das Bild U.S.-amerikanischer Städte wird seit langem mit der Suburbanisierung der weißen Mittelklasse und einer Ausdifferenzierung kernstädtischer Wohnquartiere vor allem nach ethnisch-rassistischen Kriterien bei besonders starker Segregation der afro-amerikanischen Minderheit assoziiert („Chinatown“, Ghettos der Afroamerikaner etc.), wobei das Geschäftszentrum (*CBD – Central Business*

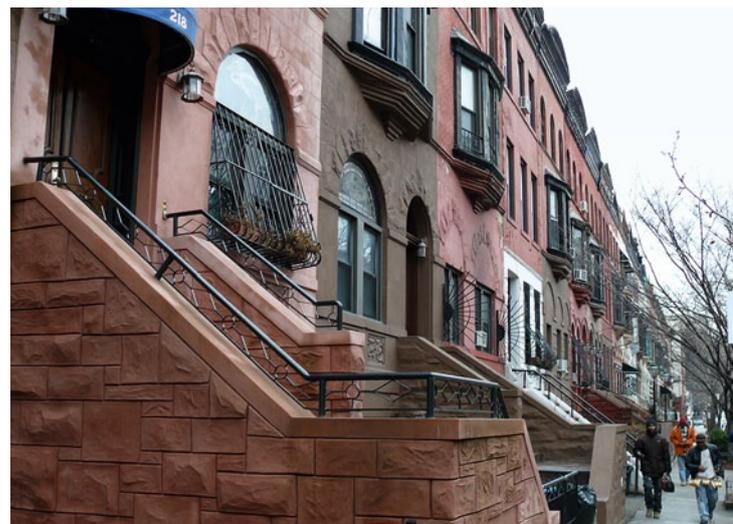
*District*) weitgehend ohne Wohnnutzungen bleibt. Stadt und suburbaner Raum werden dabei als funktionale Einheit betrachtet, bei der die Kernstadt ihr Hinterland organisiert. Die gesellschaftlichen und sozial-räumlichen Dynamiken basieren vor allem auf der Annahme einer Abfolge von Zuwanderung mit Verdrängungseffekten bei Altingesessenen sowie der allmählichen Verschmelzung der

Neuankömmlinge mit der Kerngesellschaft, was wiederum mit sozial-räumlichen Differenzierungen unter ethnischen und sozio-ökonomischen Gesichtspunkten einhergeht und Motor für Segregationsprozesse ist (vgl. u.a. Dear 2005: 34f.; Falke 2008: 183ff.).

Die jüngere Entwicklungsgeschichte nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist vor allem durch den Niedergang altindustrieller fordistischer Kernstädte, das Erstarren suburbaner Räume sowie die Entstehung neuer post-fordistischer Stadtlandschaften im (Süd-)Westen der USA charakterisiert. Vor allem die ehemaligen Industriestädte im Norden (*rustbelt*) wie Detroit oder Pittsburgh, aber auch vergleichsweise prosperierende Metropolen mit einem ehemals großen Anteil industrieller Massenproduktion wie Los Angeles in Kalifornien sind in Folge der wirtschaftlichen Restrukturierung seit den 1970er-Jahren (Deindustrialisierung, Tertiärisierung etc.) in besonderem Maße von – meist ethnisch-rassisch unteretzten – Polarisierungen bei Arbeitsmarktzugängen und Einkommen sowie damit von Arbeitslosigkeit und Armut großer Teile ihrer kernstädtischen Bevölkerungen betroffen. Zu den Folgen gehörte die Herausbildung stark benachteiligter Stadtteile bei einer beschleunigten Suburbanisierung von (weißen) Mittelschichtshaushalten (vgl. Dear 2005: 33ff.; Falke 2008: 183f.).

Heute leben mehr als 60 Prozent der städtischen Bevölkerung im suburbanen Raum mit seinen Versprechen ethnisch-rassischer und sozio-ökonomischer Homogenität, von Sicherheit und dem Ausbleiben gravierender Integrationsprobleme in den (öffentlichen) Schulen (Falke 2008: 184f.; Thieme/Laux 2005: 40ff.). Dabei entwickelt sich Suburbia vielerorts von einem „Anhängsel“ der Kernstadt zu eigenständigen städtischen Zentren mit eigenen Arbeitsmärkten und Infrastrukturangeboten, wie es beispielsweise im Großraum Los Angeles/Orange County an vielen Stellen zu beobachten ist. Der suburbane Raum determiniert so zunehmend die Entwicklung der Kernstädte (Dear 2005: 30). Als besondere Herausforderung in den Suburbs gilt die Alterung insbesondere der geburtenstarken Jahrgänge (Falke 2008: 185). Gehörten die typischen suburbanen Bewohner/innen überwiegend der weißen Mittelklasse an, zeigt sich seit einigen Jahren der Trend einer Ansiedlung auch einkommensstärkerer Asiaten und Hispanics (Thieme/Laux 2005: 43).

In vielen Kernstädten differenzieren sich sozial-räumliche Siedlungsmuster vor dem Hintergrund anhaltender Immigration insbesondere aus asiatischen und lateinamerikanischen Ländern und einer damit verbundenen steigenden Zahl ethnischer Minderheitengruppen zum Teil noch stärker aus als bisher. In den meisten Großstädten ist die ein-



stige weiße Bevölkerungsmehrheit heute (deutlich) in der Minderheit. Es kommt zu einer fortschreitenden sozial-räumlichen Fragmentierung der Gesamtstadt (vorwiegend

nach ethnisch-rassistischen, aber auch nach wirtschaftlichen Kriterien) bei ebenso starker Homogenisierung ihrer Teilräume, wobei die wachsende Anzahl privater Siedlungen (*CID – Common Interest Developments*) bzw. *gated communities* mit ihrem exkludierenden Überwachungscharakter ein Beispiel für diese Prozesse am „oberen Rand“ der sozio-ökonomischen Skala ist (vgl. Dear 2005: 30ff.; Falke 2008: 186; Thieme/Laux 2005: 41ff.).

Auf der anderen Seite stellt sich die große Herausforderung, benachteiligte Bevölkerungsgruppen bzw. Haushalte in den Kernstädten mit sozialen Dienstleistungen und vor allem erschwinglichem Wohnraum versorgen zu müssen. Hier setzt die Stadtförderungspolitik des Bundes an, die in der Verantwortung des U.S.-amerikanischen Ministeriums für Wohnen und Stadtentwicklung (*U.S. Department for Housing and Urban Development – HUD*) liegt. Das HUD hat sich zur Aufgabe gesetzt, einen Beitrag zur Entwicklung nachhaltiger, inkludierender Gemeinden sowie zur qualitativen, erschwinglichen Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsgruppen zu leisten. Dazu stehen pauschale staatliche Finanzzuweisungen für unterschiedliche Bereiche der Gemeindeentwicklung (*Community Development Block Grants*) und verschiedene Fördermöglichkeiten bzw. -programme zur Verfügung, unter anderem zur

- Schaffung von Wohneigentum bzw. erschwinglichen Wohnmöglichkeiten für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen,
- Wohnraumversorgung und institutionellen Unterstützung von Obdachlosen,
- Förderung der Einrichtung von wirtschaftlichen Sonderförderungszonen (*Empowerment Zones*) in benachteiligten Stadtteilen,
- Unterstützung von Organisationen und Institutionen einzelner ethnischer Bevölkerungsgruppen bzw. zur generellen Förderung der Gemeinwesenentwicklung,
- Förderung des Kapazitätsaufbaus lokaler Organisationen zur Quartiers- und Wohnungsentwicklung mit dem Ziel einer integrierten Entwicklung von Stadtteilen mit benachteiligter Bewohnerschaft.

Vor allem bei diesem letzten Punkt setzen in den USA integrierte Strategien der Stadt(teil)entwicklung an, wie das Beispiel der Quartierserneuerung in Harlem und der South Bronx in New York zeigen. Beide Gebiete waren von den 1950er- bis zu den 1980er-Jahren von der Abwanderung einkommensstarker Haushalte bei gleichzeitigem Zuzug ärmerer Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichem ethnischem Hintergrund geprägt. Desinvestition in den Wohnungsbestand führte zu gravierenden städtebaulichen Missständen. Umfassend wurde auf diese Situation in den

1980er- und 1990er-Jahren mit Gesetzen, Steuererleichterungen und staatlichen Förderprogrammen unter anderem zur Bildung von Wohneigentum sowie zur Sanierung der Wohnungsbestände reagiert. Die neuen Entwicklungsansätze waren (erstmalig) integrativ ausgerichtet und basierten auf einer intensiven Einbeziehung unter anderem von Privatinvestoren, Projekt- und intermediären Bauträgern sowie von *Community Development Corporations (CDC)* – lokalen Bewohnerorganisationen, die seit den 1960er-Jahren mangels planerischer Initiativen der Stadt die Entwicklung ihrer Quartiere selbst in die Hand nahmen und dadurch umfangreiche Erfahrungen unter anderem mit Projektmanagement und *Fundraising* sammeln konnten. Erfolgreich realisiert wurden unter anderem Wohnungs(bau)projekte für unterschiedliche Einkommensgruppen, aber auch Maßnahmen zur Förderung der lokalen (ethnischen) Ökonomie (Matuschewski 2005: 14ff.).

## Quellen

- Dear, Michael (2005): Die Los Angeles School of Urbanism. In: Geographische Rundschau 57, Heft 1: 30 – 36.
- Falke, Andreas (2008): Föderalismus und Kommunalpolitik. In: Peter Lösche (Hrsg.) (2008): Länderbericht USA. Bonn: 160 – 195.
- HUD – U.S. Department for Housing and Urban Development [Internet]. O.O. URL: <http://portal.hud.gov/hudportal/HUD> (Stand: 6/2012).
- Lösche, Peter (Hrsg.) (2008): Länderbericht USA. Bonn.
- Matuschewski, Anke (2005): Revitalisierung innerstädtischer Slums und Ghettos in New York City? In: Geographische Rundschau 57, Heft 1: 14 – 21.
- Parnreiter, Christof (2008): Von Mauern und Löchern: Zuwanderung in die USA. In: Geographische Rundschau 60, Heft 10: 40 – 50.
- Thieme, Günter, und Hans Dieter Laux (2005): Jenseits von „Black and White“. Suburbanisierung ethnischer Minderheiten in den USA. In: Geographische Rundschau 57 (2005) Heft 10: 40 – 50.

Bei der Betrachtung von Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Strategien im Kontext von Stadt(teil)entwicklung in Brasilien, China, Indien und den USA zeigen sich bei allen Unterschieden auch Gemeinsamkeiten, die zumindest in Ansätzen Entsprechungen in europäischen Ländern finden.

Aus den Länderdarstellungen zu Brasilien, China und Indien wird deutlich, dass hier städtisches Wirtschaftswachstum mit der Zuwanderung weniger qualifizierter Arbeitskräfte einhergeht, was zu wachsender sozialer Ungleichheit und starken sozial-räumlichen Ausdifferenzierungen der Städte bis hin zur Entstehung großer benachteiligter Quartiere führt. In den USA als traditionellem Einwanderungsland basieren solche Fragmentierungen vor allem auf ethnisch-rassistischen Kriterien und beziehen in starkem Maße auch den suburbanen Raum ein. Insgesamt sind die hier betrachteten Länder mit einem weit größeren Ausmaß an sozialer Ausgrenzung und der Entstehung benachteiligter Stadträume konfrontiert, als dies in europäischen Städten der Fall ist.

Die Strategien zum Umgang mit benachteiligten Quartieren ähneln sich in Brasilien, China, Indien und den USA zumindest insofern, als dass solche Siedlungsräume zunächst – wenn auch in unterschiedlichem Maße – als Bestandteile von Städten und Stadtgesellschaft akzeptiert werden. Auf dieser Basis erfolgt ihre mehr oder weniger starke Berücksichtigung in staatlichen Programmen und bei verschiedenen Planungs- und Entwicklungsbelangen der jeweiligen Städte. Integrative, gebietsbezogene partizipative Ansätze, die gleichermaßen bauliche und soziale Ziele verfolgen, erweisen sich als am besten geeignete Strategie zur Entwicklung benachteiligter Quartiere, wenngleich die Ausprägung solcher Handlungsansätze in den betrachteten Staaten sehr unterschiedlich ist.

Insgesamt zeigt sich in allen vier Ländern, dass die staatliche Unterstützung (integrierter) Stadt(teil)entwicklung sowohl in strategischer als auch in finanzieller Hinsicht von großer Bedeutung ist, insbesondere um stabile Rahmenbedingungen für Entwicklungen auf kommunaler Ebene zu schaffen.

# 7 Der Stand integrierter Stadt(teil)entwicklung in Europa: Zusammenfassung und Fazit

Der Vergleich von Ansätzen integrierter Stadt(teil)entwicklung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ihren Beitrittskandidaten sowie in Norwegen und der Schweiz zeigt bei allen Unterschieden von Land zu Land – auch im Vergleich mit den Ergebnissen der Untersuchung von 2007 (BMVBS 2007) – einige generelle Trends:

- Integrierte, gebietsbezogene Strategien der Stadt(teil)entwicklung spielen in Westeuropa nach wie vor eine große Rolle und gewinnen in Ländern Mittel- und Osteuropas zunehmend an Bedeutung.
- Im gesamteuropäischen Kontext kann zwischen Ländern unterschieden werden,
  - in denen auf nationaler Ebene umfassende Programme zur integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) aufgelegt worden sind (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Schweden, Schweiz),
  - in denen auf nationaler oder regionaler Ebene Programme zur integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) aufgelegt worden sind oder in denen auf nationaler Ebene dafür Leitlinien entwickelt wurden (Bulgarien, Island, Lettland, Litauen, Malta, Montenegro, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern) oder
  - in denen vorwiegend kommunale Ansätze zur integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) realisiert werden (Estland, Griechenland, Kroatien, Luxemburg, Mazedonien, Slowakei, Türkei).
- Bei dieser Dreiteilung sind die Grenzen fließend, weil in vielen der betrachteten Länder integrierte Stadt(teil)entwicklung derzeit an Bedeutung gewinnt. Im Vergleich zur Situation im Jahr 2007 haben heute deutlich mehr Länder den integrativen Gedanken auf der nationalen Ebene verankert, und auch in den Kommunen werden integrierte Entwicklungsstrategien häufiger umgesetzt, was zum Teil auf die Anforderungen der EU-Förderpolitik zurückzuführen ist.
- Insbesondere in den Ländern der ersten Gruppe hat sich gezeigt, dass der nationalen Ebene die Rolle einer wichtigen Impulsgeberin insbesondere für die integrierte Entwicklung benachteiligter Wohnquartiere (im gesamtstädtischen Kontext) zukommt. Diese Motorenfunktion wird nicht nur durch die Formulierung inhaltlicher Rahmenbedingungen, sondern auch durch die Bereitstellung von Fördermitteln ausgefüllt, die allerdings angesichts des mit der Wirtschaftskrise verbundenen Sparzwangs vielerorts rückläufig sind (z.B. in Dänemark, Deutschland, Großbritannien).
- Eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten und -Beitrittskandidaten, vor allem der Großteil der betrachteten mittel- und osteuropäischen Länder, konzentriert sich im Zusammenhang mit Stadtentwicklung noch immer vorrangig auf städtebauliche Maßnahmen. Gründe hierfür sind unter anderem die Folgen der umfangreichen Privatisierung ehemals öffentlicher Wohnungsbestände (private Desinvestition, zersplitterte Eigentumsverhältnisse) sowie ein nach wie vor hoher Investitionsbedarf bei der Infrastrukturerneuerung.
- In den meisten westeuropäischen Staaten werden im Rahmen integrierter Stadt(teil)entwicklungsstrategien neben städtebaulichen Aspekten auch soziale und lokalwirtschaftliche Fragestellungen, Umweltbelange sowie Fragen der Integration ethnischer Minderheiten und der (Aus-) Bildung benachteiligter Bevölkerungsgruppen betont.
- Insgesamt gehören zu den wichtigsten Zielen und Themen nationaler Ansätze integrierter Stadt(teil)entwicklung:
  - Entwicklung benachteiligter Stadtteile,
  - soziale Kohäsion und Integration,
  - Wohnen (Neubau, Sanierung, Modernisierung),
  - Berücksichtigung des baukulturellen und archäologischen Erbes,
  - Infrastrukturentwicklung,
  - nachhaltiger Stadtverkehr, Mobilität, ÖPNV,
  - lokale Ökonomie, Qualifizierung und Beschäftigung, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsmarktpolitik,
  - Bekämpfung des Klimawandels, energetische Sanierung, Steigerung der Energieeffizienz,
  - Umweltschutz und -entwicklung.
- Insbesondere in mittel- und osteuropäischen Ländern sensibilisiert die Inanspruchnahme von Fördermöglichkeiten der EU in starkem Maße für Fragen der integrierten Stadt(teil)entwicklung (Bulgarien, Estland, Rumänien, Slowenien, Ungarn).
- Strategien, die in besonderem Maße integrativ ausgerichtet sind, werden vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung benachteiligter Quartiere verfolgt.

- Ein expliziter Gebietsbezug, der unter anderem in der LEIPZIG CHARTA als wichtiges Element integrierter Stadt(teil)entwicklung hervorgehoben wird, bildet in zahlreichen Ländern die Basis für entsprechende Strategien (Bulgarien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Lettland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien, Zypern).
  - Lokale integrierte Entwicklungspläne/-konzepte sind in vielen Ländern eine (formalisierte) Basis für bzw. grundlegendes Instrument einer nachhaltigen Stadt(teil)entwicklungspolitik (Bulgarien, Deutschland, Estland, Irland, Litauen, Malta, Niederlande, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tschechische Republik, Ungarn).
  - Vor allem in den Ländern mit komplexen integrierten Ansätzen spielt die Bündelung unterschiedlicher Finanzmittel auf nationaler, regionaler und/oder kommunaler Ebene eine wichtige Rolle (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Portugal, Schweden, Schweiz).
  - Dies geht in vielen Fällen mit einem Vertragsschluss zwischen nationaler und/oder regionaler und/oder kommunaler Ebene einher (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Schweden).
  - In einem Großteil der untersuchten Länder sind im Zusammenhang mit integrierter Stadt(teil)entwicklung gesonderte Management- und Organisationsstrukturen aufgebaut worden (Bulgarien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Lettland, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Großbritannien, Österreich, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tschechische Republik). Dazu gehören ressortübergreifende Gremien auf nationaler, regionaler, kommunaler und auf Quartiersebene sowie die Vernetzung dieser Ebenen untereinander, mit denen teilweise das Ziel eines verbesserten Verwaltungshandelns verfolgt wird.
  - Auf kommunaler Ebene wird die Bildung lokaler Partnerschaften zwischen Kommune, Bürger/innen, Wirtschafts- und vor allem Wohnungsunternehmen, sozialen Trägern und Einrichtungen betont (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal). Die Einbeziehung der Privatwirtschaft, von Stiftungen und anderer Dritter kann zusätzliche Ressourcen mobilisieren.
  - 2007 vor allem in den westeuropäischen Ländern, heute im gesamten Europa spielen Empowerment, Aktivierung und Beteiligung der lokalen Bevölkerung und anderer relevanter Akteure eine (zunehmend) große Rolle bei der integrierten Stadt(teil)entwicklung (Belgien, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Lettland, Litauen, Malta, Montenegro, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Türkei, Zypern).
  - In nur relativ wenigen der untersuchten Länder wird explizit auf die Bedeutung von Verstärkungsansätzen (so in Dänemark und Deutschland) und Monitoring hingewiesen (Deutschland, Frankreich, Island, Montenegro, Niederlande, Schweden).
- In verschiedenen Quellen (v.a. MVIV 2010) und seitens der interviewten Gesprächspartner/innen auf der kommunalen Verwaltungs- und der Quartiersebene werden bzw. wurden (vereinzelt) Voraussetzungen für den Erfolg integrierter Stadt(teil)entwicklung genannt, die sich stark generalisierend zusammenfassen lassen:
- Enge Kooperation von nationaler, kommunaler und Gebietsebene,
  - Integration teilträumlicher Maßnahmen und Projekte in gesamtstädtische Strategien,
  - starke Berücksichtigung (projektunspezifischer) Gemeinwesenarbeit,
  - umfangreiche und transparente Einbeziehung aller relevanten Akteure, Institutionen und Organisationen (Bewohner/innen; örtliche Interessengruppen; lokale Gewerbetreibende, Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen) in die Formulierung von Zielen sowie die Planung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten,
  - explizite Koordinierung der Bündelung unterschiedlicher Handlungsfelder aus dem sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, infrastrukturellen, Umwelt- und städtebaulichen Bereich im Sinne ressortübergreifender Zusammenarbeit für einen ganzheitlichen Ansatz,
  - Institutionalisierung der aufgebauten Kooperations- bzw. Netzwerkstrukturen (z.B. durch Verträge),

- Finanzierung im Sinne eines Monofonds, aus dem sowohl bauliche als auch soziale und wirtschaftliche Maßnahmen und Projekte gleichermaßen gefördert werden können,
  - Monitoring und Evaluation,
  - Stärkung der fachlichen Kompetenzen von Verwaltungsmitarbeiter/innen sowie von anderen in die integrierte Stadt(teil)entwicklung involvierten Akteuren,
  - Intensivierung des allgemeinen (internationalen) Erfahrungsaustausches.
2. Dabei zeigt sich, dass auf die „LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt“ entweder explizit Bezug genommen wird (beispielsweise in Bulgarien, Deutschland, Finnland, Lettland, Luxemburg, Rumänien, Spanien, Ungarn, Zypern) oder ihre Elemente zumindest in der kommunalen Umsetzungspraxis faktisch berücksichtigt werden.
  3. Es lässt sich feststellen, dass angesichts der Wirtschaftskrise, der damit verbundenen Sparzwänge und der insgesamt enger werdenden Spielräume auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene Ansätze integrierter Stadt(teil)entwicklung und entsprechende Programme in vielen EU-Mitgliedstaaten einen erheblichen Bedeutungszuwachs erleben.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der hier vorgestellten Länderdarstellung drei Trends:

1. Ansätze integrierter Stadt(teil)entwicklung stellen in allen EU-Mitgliedstaaten und -Beitrittskandidaten sowie in Norwegen und der Schweiz zunehmend eine Handlungsmaxime dar – entweder im Rahmen nationaler Programme und/oder im Zuge kommunaler Strategien zur ganzheitlichen Entwicklung städtischer Räume.

Insgesamt stellt sich in Europa die Herausforderung, den in vielen Bereichen der Stadt(teil)entwicklung bereits beschrittenen Weg umfassender integrierter Handlungsansätze vor dem Hintergrund enger werdender finanzieller Spielräume weiter zu verfolgen – dies vor allem in enger Partnerschaft von nationaler und kommunaler Ebene sowie von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft.

## Literatur

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2010):

Transnationale Perspektiven für Klimaschutz und Klimaanpassung. Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV B nutzen können, Berlin (Bearbeiter: Daniel Zwicker-Schwarm, Andrea Wagner, Cornelia Rösler, Anja Neubauer).

BBSR online – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung:

Reference Framework for Sustainable Cities (RFSC) [Internet]. O.O. URL: [http://www.bbsr.bund.de/nn\\_22410/BBSR/DE/Stadtentwicklung/StadtentwicklungEuropa/EuropaeischeStadtpolitik/Netzwerke/rfsc/o1\\_start.html](http://www.bbsr.bund.de/nn_22410/BBSR/DE/Stadtentwicklung/StadtentwicklungEuropa/EuropaeischeStadtpolitik/Netzwerke/rfsc/o1_start.html) (Stand: 2/2012).

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2007): Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt. Berlin

(Bearbeiter: Thomas Franke, Wolf-Christian Strauss, Bettina Reimann, Klaus J. Beckmann).

BZK – Ministry of the Interior and Kingdom Relations (2005): Ministerial Meeting Urban Policy „Cities Empower Europe“. Conclusions Dutch Presidency 2004, 13.01.2005.

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (2007): Nachhaltiger Stadtverkehr und benachteiligte Stadtquartiere – gute Praxisbeispiele in Europa. Berlin.

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.) (2003):

Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Bericht der Programmbegleitung. Berlin.

Dohnke, Jan, Antje Seidel-Schulze und Hartmut Häußermann (2012): Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007–2009. Difu-Impulse 4/2012. Berlin

ER – Rat der Europäischen Union (2006): Die erneuerte EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung. Brüssel. 15./16. Juni 2006.

ER – Rat der Europäischen Union (2005a): Erklärung über die Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Anlage 1. Brüssel. 16./17. Juni 2005.

ER – Rat der Europäischen Union (2005b): Tagung des Europäischen Rates am 22./23.3.2005 in Brüssel – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, März 2005.

EUKN – European Urban Knowledge Network (2006): Städtebauliche Aufwertungsstrategien in benachteiligten Stadtquartieren – gute Praxisbeispiele in Europa The Hague.

EU-KOM – Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2010): Communication from the Commission. Europe 2020. A strategy for smart, sustainable and inclusive growth. Brüssel.

- EU-KOM – Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2008):  
Fostering the urban dimension. Analysis of the Operational Programmes co-financed by the European Regional Development Fund (2007–2013).  
Brüssel.
- EU-KOM – Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006a):  
Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament.  
Die Kohäsionspolitik und die Städte: Der Beitrag der Städte zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen. Brüssel.
- EU-KOM – Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006b):  
Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament  
über eine thematische Strategie für die städtische Umwelt. Brüssel.
- EU-KOM – Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006c):  
Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates  
vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung  
und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999.  
Amtsblatt der EG L 207 vom 5. Juli 2006. Brüssel: 1–11.
- EU-KOM – Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005):  
Mitteilung der Kommission. Die Kohäsionspolitik im Dienste von  
Wachstum und Beschäftigung. Strategische Leitlinien der Gemeinschaft  
für den Zeitraum 2007–2013. Brüssel.
- EU-KOM – Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000):  
The Lisbon European Council – An Agenda of Economic and Social  
Renewal for Europe. Contribution of the European Commission to the  
Special European Council in Lisbon, 23–24<sup>th</sup> March 2000. Brüssel.
- EU-KOM – Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1999):  
Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament,  
den Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Ausschuß der Regionen.  
Nachhaltige Stadtentwicklung in der Europäischen Union:  
Ein Aktionsrahmen. Brüssel.
- Final Appendix to the final statement by the ministers in charge of urban  
development for implementing the Leipzig Charter.  
Marseille, 25th November 2008.
- First Action Programm for the Implementation of the Territorial Agenda of  
the European Union. Agreed on the 23<sup>rd</sup> November 2007, at Ponta Delgada,  
Azores.
- Franke, Thomas, Rolf-Peter Löhr und Robert Sander (2000):  
Soziale Stadt – Stadterneuerungspolitik als Stadtpolitikerneuerung.  
In: Archiv für Kommunalwissenschaften, 39. Jahrgang 2000,  
II. Halbjahresband, Berlin: 243–268.
- Franke, Thomas, und Wolf-Christian Strauss (2005):  
Management gebietsbezogener integrativer Stadtteilentwicklung.  
Ansätze in Kopenhagen und Wien im Vergleich zur Programmumsetzung  
„Soziale Stadt“ in deutschen Städten. Difu-Materialien 8/2005. Berlin.
- Griesel, Maart, und Frans van de Waart (Hrsg.) (2011):  
Multilevel Urban Governance or the Art of Working Together. Methods,  
Instruments and Practices. The Hague.
- Häußermann, Hartmut (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“.  
In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B10–11/2000: 13–21.
- Lille Priorities. Conclusions of the French Presidency of the European Union  
at the end of the informal meeting of Ministers responsible for urban affairs  
at the Conference „Europe, spatial and urban development“. Lille, 2.11.2000.
- MS – Marseille Statement. Final Statement by the ministers in charge of  
urban development. Marseille, 25.11.2008.
- MIF – Ministry of the Interior Finland (2006): Senior Officials' Meeting on  
Urban Policy. Lappeenranta 2006. Conclusions by the Presidency.
- Ministerio de Vivienda, Dirección General de Urbanismo y Política de Suelo  
(2006): Wohnungsbaupolitik als Instrument für Stadterneuerung.  
Bericht Spaniens für das 17. Treffen der Wohnungsbauminister der  
Europäischen Union. Barcelona, 16. und 17. Oktober 2006. Madrid.
- MMR – Ministry for Regional Development of the Czech Republic (2009):  
„Assessment Report“ on the Implementation of the Leipzig Charter on  
Sustainable European Cities (Czech Presidency) [Internet]. Prag.  
URL: <http://www.eukn.org/dsresource?objectId=166461> (Stand: 4/2012).
- MOP – Ministry of the Environment and Spatial Planning (2008a):  
Coordination between Territorial and Urban Development.  
Final Report on Action 1.1 of the First Action Programme for the  
Implementation of the Territorial Agenda of the EU. Ljubljana.
- MOP – Ministry of the Environment and Spatial Planning (2008b):  
Slovenian Presidency Report on activities in the field of territorial cohesion  
and urban development. Ljubljana.
- MVV – Gobierno de Espana – Ministerio de Vivienda (2010):  
Integrated Urban Regeneration in the European Union.  
Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban development, June 2010.  
Attached Documents. Document I: List of countries surveyed. O.O.
- ODPM – Office of the Deputy Prime Minister (2005a):  
Conclusions of Bristol Ministerial Informal Meeting on Sustainable  
Communities in Europe. UK Presidency, Bristol.
- ODPM – Office of the Deputy Prime Minister (2005b):  
European Evidence Review: Ministerial Informal Meeting on Sustainable  
Communities. Source document UK Presidency.
- Stiftung SPI (2007): Aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder  
und Jugendliche in benachteiligten Stadtquartieren – gute Praxisbeispiele  
in Europa. Berlin.
- Swianiewicz, Pawel, Rob Atkinson und Ana Baucz (2011):  
Background Report on the urban dimension of the Cohesion Policy post  
2013. Report prepared at the request of the Polish EU Presidency. Warsaw.
- Instituto Universitario de Urbanística de la Universidad de Valladolid (2010):  
Integrated Urban Regeneration in Europe. Summary Document. June 2010,  
Valladolid.
- TD – Toledo Informal Ministerial Meeting on Urban Development  
Declaration. Toledo, 22. Juni 2010.
- TRD – Toledo Reference Document on Integrated Urban Regeneration and  
its strategic potential for a smarter, more sustainable and socially inclusive  
urban development in Europe. Toledo, 2010.
- URBACT (2007): Stärkung der lokalen Ökonomie und der lokalen Arbeits-  
marktpolitik in benachteiligten Stadtquartieren – gute Praxisbeispiele in  
Europa. Saint-Denis La Plaine.
- Van Dijken, Koos, Mart Grisel und Wim Hafkamp (2008):  
Levers of public action for the development of sustainable cities.  
The Hague. November 10th, 2008.
- Working Paper of Urban Development. Trio Presidency of Spain-Belgium-  
Hungary (January 2010–June 2011) [Internet]. O.O.  
URL: [http://www.rfsustainablecities.eu/IMG/pdf/TRIO\\_PRESIDENCY\\_EN\\_cle0723b3.pdf](http://www.rfsustainablecities.eu/IMG/pdf/TRIO_PRESIDENCY_EN_cle0723b3.pdf) (Stand: 2/2012).



**Bundesinstitut  
für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung



## Impressum

### Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

### Bearbeitung

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH  
Zimmerstraße 13 - 15  
10969 Berlin  
Thomas Franke, Christa Böhme,  
Wolf-Christian Strauss, Klaus J. Beckmann

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)  
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)  
Deichmanns Aue 31 - 37  
53179 Bonn  
André Müller in Zusammenarbeit mit Thomas Marshall

### Redaktion

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH  
Patrick Diekelmann

### Stand

Oktober 2012

### Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin

### Bildnachweis

Wolfgang Aichinger: Seite 77  
BMVBS/Frank Ossenbrink: Seite 7  
Günther Burghardt: Seite 81 (unten)  
Thomas Franke: Titel (oben rechts), Seite 79  
Manuela Hocke: Seite 81 (oben)  
Olaf Schnur: Seite 83 (unten)  
Wolf-Christian Strauss: Titel (oben links, unten), S. 31, 39, 57, 83 (oben)

### Gestaltung und Satz

Oswald und Martin Werbeagentur, Berlin

### Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation kann unter der Adresse  
<http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de> heruntergeladen werden.

Die Inhalte dieser Studie geben die Auffassung der Autoren wieder.

ISBN 978-3-88118-511-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliographie: <http://dnb.d-nb.de>

